

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1978

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



Herausgeber Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

INHALT

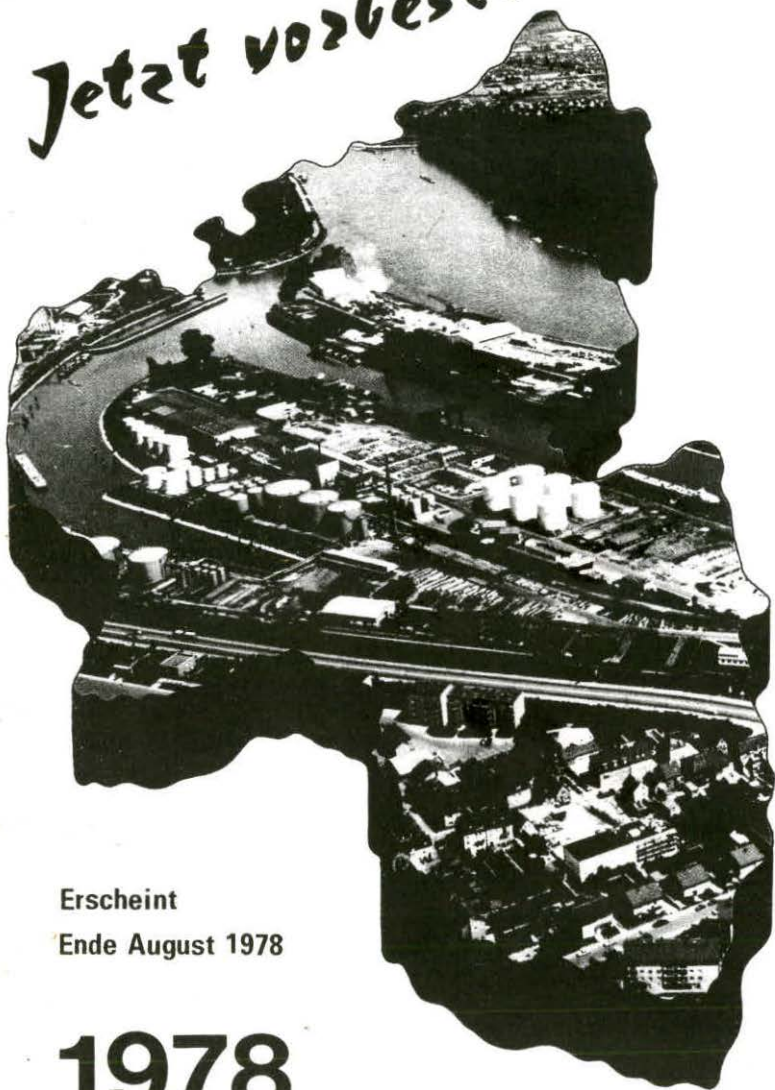
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	149	Seit 1970 steht den Gemeinden ein Anteil von 14% am Aufkommen aus der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer zu. Zur Verteilung des Gesamtbetrages an die einzelnen Gemeinden dient ein Schlüssel, der auf der Basis der Lohn- und Einkommensteuerstatistiken errechnet und in der Regel für drei Jahre festgesetzt wird.
Sonderausgaben 1974	154	Als steuermindernde Beträge wurden von den Einkommensteuerpflichtigen 1974 Sonderausgaben in Höhe von 2,3 Mrd. DM sowie 1,03 Mrd. DM an Freibeträgen für außerordentliche Belastungen geltend gemacht.
Schulabgänger 1978	157	Um einen Überblick über die Situation der Entlassschüler zu gewinnen, wurde im März 1978 eine Befragung der Schulabgänger durchgeführt.
Studien- und Berufswünsche 1978	163	Immer weniger Abiturienten und Fachoberschüler wollen studieren. Dies ergab eine Befragung zum Beginn des Jahres 1978.
Schwangerschaftsabbrüche 1977	166	Auf Grund der gesetzlichen Neuregelung des § 218 StGB wurden während des Jahres 1977 in Rheinland-Pfalz 587 legale Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen.
Arbeitnehmerverdienste 1977	170	Nachdem schon 1976 eine verbesserte Verdienstsituation der Arbeitnehmer beobachtet werden konnte, wurden 1977 Lohn- und Gehaltssteigerungen in annähernd gleicher Höhe wie im Vorjahr ermittelt.
Anhang	49*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	55*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes



Rheinland- Pfalz

heute

Jetzt vorbestellen!



Erscheint

Ende August 1978

1978

Bestellkarte

Ich bestelle Ex.

Rheinland - Pfalz heute - 1978

zum Preis von 60 Pfennig
ab 100 Ex. 40 Pfennig

Name / Dienststelle / Firma:

.....

.....

.....

()

..... (Datum)

..... (Unterschrift)

Der vierfarbige Prospekt "Rheinland - Pfalz heute" dient der Schnellinformation. Er gibt auf 20 Seiten einen Überblick über die wichtigsten Eckwerte aus den Bereichen Bevölkerung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft und Staat; außerdem Vergleichszahlen der Flächenländer und des Bundesgebiets.

Neu aufgenommen ist eine Tabelle zum Thema Umweltschutz.

443/78



40 Pf.
Porto

An das

Statistische Landesamt

Rheinland - Pfalz

Mainzer Straße 15 / 16

5427 BAD EMS

Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer wird aktualisiert

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stellt für die meisten Gemeinden die wichtigste Steuereinnahmequelle dar. Mit 911 Mill. DM trug er 1977 rund 41% zu den kommunalen Steuereinnahmen bei. Die Verteilung des Gesamtbetrags an die einzelnen Gemeinden erfolgt nach einem Schlüssel, der auf der Basis der Lohn- und Einkommensteuerstatistiken errechnet wird; entsprechend dem Turnus dieser Statistiken werden die Schlüsselzahlen in der Regel in dreijährigem Abstand aktualisiert. Um einen angemessenen Ausgleichseffekt zu erzielen, wird die Schlüsselzahl einer Gemeinde nicht einfach als Anteil ihres örtlichen Einkommensteueraufkommens am Gesamtaufkommen im Land ermittelt, vielmehr werden die Steuerleistungen der einzelnen Steuerpflichtigen nur bis zu bestimmten Höchstgrenzen des zu versteuernden Einkommens berücksichtigt. Es ist geplant, diese sogenannten Sockelbeträge anzuheben, um eine zu weitgehende Nivellierung zu vermeiden.

Modellrechnungen mit alternativen Sockelbetragsgrenzen zeigen, daß eine Beibehaltung der geltenden Sockelbeträge von 16 000 DM bzw. 32 000 DM die kleinen und die steuer-schwachen Gemeinden gegenüber der bisherigen Verteilung begünstigen würde. Eine Anhebung auf 40 000 DM bzw. 80 000 DM ließe die bestehende Verteilung im wesentlichen unverändert. Auch von hohen Sockelbeträgen gehen jedoch fühlbare Umverteilungseffekte aus, wie der Vergleich mit dem Rechenmodell ohne Begrenzung zeigt. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 149

Sonderausgaben gegenüber 1971 um fast 50% angestiegen

Die berücksichtigungsfähigen Sonderausgaben der unbeschränkt Steuerpflichtigen haben sich 1974 gegenüber 1971 um 748 Mill. DM oder 48% auf 2,3 Mrd. DM erhöht. Ihr Anteil am Gesamtbetrag der Einkünfte betrug 13,4%. Der Sonderausgabenpauschbetrag wurde 1974 in 41 800 Fällen (8,3%) mit insgesamt 39 Mill. DM abgesetzt. Mehr als 91% aller Einkommensteuerpflichtigen hatten beschränkt abzugsfähige Sonderausgaben nachgewiesen, wobei es sich im wesentlichen um Versicherungsbeiträge (2,5 Mrd. DM) und nur zu einem geringen Teil um Beiträge an Bausparkassen (91 Mill. DM) handelte. Der hiervon berücksichtigungsfähig abgesetzte Betrag von insgesamt 1,8 Mrd. DM entsprach einem Anteil von mehr als drei Vierteln (78,3%) aller Sonderausgaben. Insgesamt 301 Mill. DM (13,1%) erreichte der von den Steuerpflichtigen geltend gemachte Betrag für Kirchensteuer, während die gezahlte Vermögensteuer (64,8 Mill. DM) nur einem Anteil von 3% entsprach. Zu den Sonderausgaben zählen außerdem Teile der Lastenausgleichsabgaben (4,3 Mill. DM), Steuerberatkungskosten (11,6 Mill. DM), Spenden für steuerbegünstigte Zwecke (35,4 Mill. DM) sowie absetzbare Verluste in Höhe von 25,3 Mill. DM. Die zur Ermittlung des zu versteuernden Einkommens noch absetzbaren Freibeträge für außergewöhnliche Belastungen und sonstige vom Einkommen abzusetzenden Beträge erreichten insgesamt 1,03 Mrd. DM, wobei allein 740 Mill. DM auf Kinderfreibeträge entfielen, die infolge der Kindergeldregelung durch das EStG 1975 letztmalig 1974 gewährt worden sind. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 154

Mehr Mädchen als Jungen suchen noch einen Ausbildungsplatz

Um rechtzeitig einen Überblick über die Ausbildungssituation der Entlaßschüler zu erhalten, wurde im Mai 1978 erneut eine Befragung der Schulabgänger aus den allgemeinbildenden und einem Teil der berufsbildenden Schulen durchgeführt. Befragt wurden insgesamt 76 253 Schulabgänger, 57,4% davon wollten nach der Schulentlassung in einen Beruf. Die meisten dieser Schüler, rund 40 700, suchten eine Ausbildungsstelle, nur rund 3 100 einen Arbeits- und keinen Ausbildungsplatz. Mehr als ein Drittel aller Schüler beabsichtigte, nach der Schulentlassung einen weiteren schulischen Bildungsgang zu absolvieren, und zwar 27,3% der Schüler und 41,5% der Schülerinnen. Vergleichsweise wenige Schulabgänger strebten eine Ausbildung im öffentlichen Dienst an (3,8%), wollten zur Bundeswehr (3,5%) oder suchten weder einen Ausbildungs- noch einen Arbeitsplatz, sondern wollten zu Hause bleiben (0,9%).

Von den 40 700 Schülern, die eine berufliche Ausbildung anstrebten, hatten zum Zeitpunkt der Befragung bereits mehr als zwei Drittel (27 500) einen Ausbildungsplatz gefunden. 13 200 Schüler suchten noch einen Lehrherrn; das sind etwas weniger Schulabgänger ohne Ausbildungsvertrag als im Vorjahr. Die besten Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden, hatten die Schüler aus Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen; soweit sie eine Berufsausbildung absolvieren wollten, hatten von ihnen im Mai nahezu drei Viertel bzw. 70% (Hauptschüler) einen gesicherten Ausbildungsvertrag. Von den ausbildungswilligen Schulabgängern aus berufsbildenden Schulen hatte erst gut die Hälfte, von den Schülern aus Sonderschulen sogar weniger als die Hälfte eine Ausbildungsstelle gefunden. Bei allen Schularten war die Situation der Mädchen schlechter als die der Jungen. Im Mai hatten zwar 72,9% der männlichen Schüler, die eine Ausbildung im dualen System anstrebten, aber nur 61,2% der Schülerinnen bereits eine Lehrstelle gefunden. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 157

Studienneigung von Abiturienten und Fachoberschülern nimmt weiter ab

Im Februar 1978 wurden rund 12 300 Abiturienten und Fachoberschüler an den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Kollegs und Fachoberschulen des Landes nach ihren Studien- und Berufswünschen gefragt. Dabei zeigte sich, daß immer weniger Abiturienten und Fachoberschüler studieren wollen. Nur noch gut zwei Drittel der Befragten gaben an, nach Erlangung der Studienberechtigung ein Studium aufnehmen zu wollen. 1972 hatten noch 9 von 10 befragten Schülern die Absicht, zu studieren.

Mit dem Rückgang der Studienneigung nahm die Unsicherheit unter den Abiturienten und Fachoberschülern zu. Jeder fünfte befragte Schüler war im Februar noch unentschlossen hinsichtlich seines späteren Berufs- bzw. Bildungsweges. Seit 1972 hat sich damit der Anteil der Unentschlossenen mehr als verdreifacht. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil derer, die von vornherein nicht die Absicht hatten zu studieren, von 3,7% auf 13,2% an. Offensichtlich haben Mädchen seltener vor zu studieren als Jungen. 18,7% der befragten Schülerinnen, aber nur 9,8% der befragten Schüler beabsichtigten, nach dem Erwerb der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife kein Studium aufzunehmen. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 163

587 legale Schwangerschaftsabbrüche

Mit Inkrafttreten des 15. Strafrechtänderungsgesetzes am 22. Juni 1976 wurden auch die neugefaßten Bestimmungen über den Schwangerschaftsabbruch geltendes Recht. Der zuvor bestehende Rechtszustand, demzufolge jeder nicht medizinisch indizierte Schwangerschaftsabbruch mit Strafe bedroht war, hat insofern eine Änderung erfahren, als unter bestimmten Voraussetzungen auch bei anders motivierten Abbrüchen ein strafrechtlicher Tatbestand nicht mehr gegeben ist.

Nach den vorliegenden statistischen Meldungen wurden 1977 in Rheinland-Pfalz insgesamt 587 legale Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Unterstellt man, daß diese Zahl etwa identisch ist mit der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche bei weiblichen Personen, welche im Lande wohnhaft waren, so errechnen sich auf 100 000 Frauen im gebärfähigen Alter 51 Abbrüche. Bezogen auf 10 000 der im Berichtsjahr Geborenen ergaben sich 171 Abbrüche.

Bei der Altersgliederung der erfaßten Frauen findet sich mit Abstand die stärkste Besetzung in der Gruppe der 35- bis 40jährigen (26,7%). Nach ihrem Familienstand waren die Frauen mit Schwangerschaftsabbruch zu drei Viertel verheiratet und zu einem Siebtel (15,7%) ledig. 6,8% waren geschieden, 1,5% verwitwet.

Stark vier Fünftel der in der Schwangerschaftsabbruch-Statistik nachgewiesenen Frauen mußten ledige minderjährige Kinder versorgen. Ein Vergleich mit der Gesamtheit der im gebärfähigen Alter befindlichen Mütter zeigt, daß Frauen mit Kindern eher Schwangerschaften beenden lassen, als solche ohne Kinder.

Mehr als die Hälfte der 1977 in Rheinland-Pfalz vorgenommenen legalen Schwangerschaftsbeendigungen war medizinisch indiziert. Ein bedeutender Anteil entfiel auf die sonstige schwere Notlage (37,5%); weit geringer waren die Fälle der eugenischen Indikation (10,1%) und nur in einem Falle wurde der Abbruch der Schwangerschaft mit deren Entstehen infolge einer strafbaren sexuellen Handlung begründet.

Unter den angewendeten Abbruchmethoden dominierte die Curettage (Ausschabung des Uterus), sie bewirkte in zwei Drittel der Fälle das Schwangerschaftsende. Gut ein Fünftel der Schwangerschaftsabbrüche wurde durch Vakuumaspiration (Absaugmethode) vorgenommen. Bei mehr als 95% der Frauen verlief der Eingriff komplikationslos. Unter den Nachweisungen der Komplikationen ist ein Todesfall verzeichnet.

Von den insgesamt 54 000 im Bundesgebiet vorgenommenen legalen Schwangerschaftsabbrüchen des Jahres 1977 entfällt auf Rheinland-Pfalz anteilmäßig stark 1 Prozent. Zahlenmäßig nimmt das Land vor dem Saarland (401 Abbrüche) die vorletzte, bezogen auf die Geborenenzahl die letzte Stelle ein. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 166

Preissituation nahezu unverändert

Im Juni kam es bei den Verbraucherpreisen im allgemeinen nur zu unbedeutenden Preisveränderungen. So ergaben sich im Bereich der Nahrungs- und Genußmittel gegenüber dem Vormonat leichte Preisnachlässe für Frischfleisch (bis — 1%), Kabeljau (— 1,6%), Eier, Rotkohl in Gläsern, Bohnenkaffee, Schwarzen Tee und Weinbrand. Dagegen erhöhten sich die Preise für frisches Rotbarsch-/Goldbarschfilet (+ 4,6%),

Flaschenbier und Fruchtsaftgetränke (je + 1,2%). Lediglich im Bereich von Frischgemüse und Obst kam es infolge jahreszeitlich bedingten Angebotes zu größeren Preisausschlägen. Den Verteuerungen bei Weißkohl (+ 26,7%), Rotkohl (+ 24,7), Blumenkohl (+ 15,7), Tafelbirnen (+ 15,7) und Weintrauben (+ 22,1%) standen Preisnachlässe bei Kartoffeln (— 20,1%), Kopfsalat (— 19,5), Tomaten (— 30,3) und Bananen (— 12,2%) gegenüber. In den übrigen Bereichen der Lebenshaltung waren kaum nennenswerte Preisveränderungen zu registrieren. Die in einer Berichtsgemeinde heraufgesetzten Gaspreise bewirkten rechnerisch im Landesdurchschnitt eine Erhöhung um 2,2%.

Bei einem Vergleich der Preise mit denen vor einem Jahr ergaben sich Preissteigerungen von über 10% für Kakao, Apfel- und Johannisbeersaft, Salatgurken, Tafelbirnen, Dauneneinziehddecken, Bettfedern, Jeans für Knaben und Ölöfen. Um 5 bis 10% verteuerten sich im Jahresvergleich Fischkonserven, Margarine, Linsen, Schokoladenerzeugnisse, Schwarzer Tee, Flaschenbier, nahezu alle Textil- und Lederwaren, Handwerkerleistungen und Wohnungsmieten. Geringere Preiserhöhungen bis 5% erfuhren Fleisch und Fleischwaren, Eier, Milch, Butter, Brot und einzelne Haushaltsartikel. Wesentliche Verbilligungen ergaben sich dagegen für Kartoffeln und Frischgemüse (bis — 46,8%), Zitronen (— 16,9) und Bohnenkaffee (— 16%). Auch Rundfunk- und Fernsehgeräte, Toilettenartikel, Gemüsekonserven und Heizöl wurden preiswerter als vor zwölf Monaten angeboten. pi

Verdienste der Industriearbeiter 1977 um 7% gestiegen

Im Jahre 1977 erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter (einschließlich Hoch- und Tiefbau) um 7,0% auf 11,15 DM. Damit blieb die Zuwachsrate nur ganz geringfügig unter der von 1976, die 7,4% betragen hatte. Männliche Industriearbeiter verdienten durchschnittlich 11,79 DM (+ 7,0%), weibliche 8,27 DM (+ 7,0%) je Stunde. Seit 1975 wird die Lohnskala der einzelnen Wirtschaftszweige von der Energiewirtschaft und Wasserversorgung angeführt; 1977 wurde hier ein durchschnittlicher Bruttostundenverdienst von 13,89 DM ermittelt. Danach folgt die chemische Industrie mit einem Stundenlohn von 13,38 DM.

Die bezahlten Wochenstunden in der Industrie, welche sich 1976 um 1,1 Stunden auf 42,5 Stunden erhöht hatten, blieben gegenüber dem Vorjahr auf nahezu gleicher Höhe; sie beliefen sich für Industriearbeiter insgesamt auf 42,4 Stunden.

Im Handwerk nahmen die durchschnittlichen effektiven Bruttostundenverdienste der männlichen Arbeiter von 9,78 DM im November 1976 um 5,9% auf 10,36 DM im November 1977 zu. In den einzelnen Handwerkszweigen wurden die höchsten Stundenlöhne mit 10,93 DM für Maler gezahlt, danach folgten Tischler (10,65 DM) und Fleischer (10,64 DM).

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in der Industrie stiegen um 7,6% auf 2 483 DM und diejenigen der technischen Angestellten um 6,6% auf 3 048 DM. In der chemischen Industrie wurden abermals die höchsten Gehälter gezahlt; im Oktober 1977 waren es 3 400 DM für männliche und 2 440 DM für weibliche Angestellte. Die Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe kamen auf durchschnittliche Gehälter von 1 877 DM (+ 8,2%). wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 170

Neue Schlüsselzahlen für die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer

Verteilung der Einkommensteuer

Seit der Neuordnung des Steuerverbundes durch die Finanzreform von 1969 partizipieren die Gemeinden am Aufkommen der Einkommensteuer. Nach Art. 106 Abs. 5 des Grundgesetzes erhalten sie einen Anteil, der von den Ländern an ihre Gemeinden auf der Grundlage der Einkommensteuerleistungen ihrer Einwohner weiterzuleiten ist. In § 1 des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 8. September 1969 ist dieser Anteil auf 14% des Aufkommens an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer festgelegt, wobei jeweils von den Beträgen auszugehen ist, die die Finanzbehörden im Gebiet eines Landes einnehmen; bei der Lohnsteuer wird das Ergebnis der Zerlegung nach § 5 des Zerlegungsgesetzes berücksichtigt. Zur weiteren Verteilung des vierteljährlich festgestellten Gesamtbetrages an die einzelnen Gemeinden dient ein Schlüssel, dem die im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuerstatistiken ermittelten Steuerleistungen zugrunde liegen. Entsprechend dem dreijährigen Turnus dieser Statistiken werden die Schlüsselzahlen in der Regel alle drei Jahre neu berechnet und durch Landesverordnung festgesetzt. Zur Zeit gelten die auf Grund der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1971 ermittelten Schlüsselzahlen, die zunächst nur für die Jahre 1975 bis 1977 angewandt werden sollten (Verordnung des Bundesministers der Finanzen vom 20. Juni 1975), wegen besonderer Umstände aber auch noch für das Jahr 1978 maßgeblich sind (Verordnung vom 14. März 1978).

Die Gemeindefinanzreform von 1969 verfolgte mehrere Ziele. Allgemein war die finanzielle Basis der Gemeinden durch die Beteiligung an einer wachstumsstarken Einzelsteuer zu verbreitern; außerdem sollte die Abhängigkeit der kommunalen Haushalte von der Gewerbesteuer abgebaut werden. Abgesehen davon, daß die sehr konjunkturempfindliche Gewerbesteuer ein unerwünschtes prozyklisches Ausgabeverhalten der Gemeinden begünstigte, brachte sie auch strukturell große Ungleichgewichte in der finanziellen Ausstattung der Gemeinden, die durch den Gewerbesteuerausgleich zwischen Betriebsgemeinden und Wohngemeinden nur unzureichend beseitigt werden konnten.

Ausgleichsfunktion und Sockelbeträge

Die Ausgleichsfunktion wird durch die Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer an sich schon gewährleistet, da die Steuerbeträge den

Gemeinden entsprechend dem Wohnsitz des Steuerpflichtigen zugerechnet werden, so daß der Gemeindeanteil auch dorthin fließt, wo für diesen Bürger hauptsächlich kommunale Leistungen erbracht werden müssen. Darüber hinaus beabsichtigte der Gesetzgeber, durch ein besonderes Verfahren bei der Berechnung der Schlüsselzahlen den Ausgleichseffekt zu verstärken. Nach § 3 des Gemeindefinanzreformgesetzes wird die Schlüsselzahl einer Gemeinde nicht einfach als Anteil ihres örtlichen Einkommensteueraufkommens am Gesamtaufkommen im Land ermittelt, vielmehr werden die Steuerleistungen nur bis zu bestimmten Höchstgrenzen des zu versteuernden Einkommens berücksichtigt. Diese sogenannten Sockelbeträge waren ursprünglich auf 8 000 DM, in den Fällen des § 32 a Abs. 2 bis 4 EStG (zusammenveranlagte Ehegatten) auf 16 000 DM jährlich festgesetzt; sie wurden durch Änderungsgesetz vom 27. Dezember 1971 auf 16 000 DM bzw. 32 000 DM angehoben.

Die Steuerleistungen von Personen, deren zu versteuerndes Einkommen diese Grenze überschreitet, werden bei der Berechnung der Schlüsselzahlen nur mit dem Betrag berücksichtigt, der einem Einkommen in Höhe des Sockelbetrags entspricht. Bleiben bei allgemein steigenden Einkommen die Sockelbeträge unverändert, dann wachsen immer mehr Steuerfälle über die Sockelbetragsgrenze mit der Folge, daß die Verteilung des Einkommensteueranteils zunehmend nivelliert wird. Überschreiten im theoretischen Extremfall alle Steuerpflichtigen die Sockelbetragsgrenze, so wird der Gemeindeanteil nicht mehr nach den Einkommensteuerleistungen, sondern nach der Zahl der Steuerpflichtigen verteilt. Um eine so weitgehende Nivellierung, die dem Verfassungsgebot widerspricht, zu vermeiden und den Ausgleichseffekt in angemessenen Grenzen zu halten, müssen bei steigenden Einkommen die Sockelbeträge von Zeit zu Zeit erhöht werden. Nachdem die Höchstgrenzen von 16 000 DM bzw. 32 000 DM unverändert für sechs Jahre gegolten hatten, schien bei der Neuberechnung der Schlüsselzahlen auf der Basis der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1974 eine Anpassung an die Einkommensentwicklung unumgänglich. Daher wurden die Schlüsselzahlen für fünf Varianten ermittelt und die Auswirkungen auf die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und auf die Steuereinnahmen der Gemeinden in Modellrechnungen untersucht.

Einkommensteueranteil wichtigste Steuereinnahmequelle

Ein Blick auf die Bedeutung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für die kommunalen Finanzen zeigt, daß hier durchaus ein zentrales Problem des finanziellen Ausgleichs zwischen den Gemeinden berührt ist. In den meisten Gemeinden ist der Einkommensteueranteil an die Stelle der Gewerbesteuer als stärkste Steuereinnahmequelle getreten. Mit einem Gesamtvolumen von 911 Mill. DM trug er 1977 rund 41% zu den kommunalen Steuereinnahmen bei; die Steuereinnahmen ihrerseits machen rund ein Drittel der kommunalen Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) aus. Seit der Einführung im Jahre 1970 ist der Einkommensteueranteil stärker gestiegen (+ 162%) als die gesamten kommunalen Steuereinnahmen (+ 133%), so daß sich sein Beitrag zu den Steuereinnahmen um mehr als 4 Prozentpunkte erhöht hat. Besondere Bedeutung hat der Einkommensteueranteil für die Haushaltswirtschaft der kleineren Gemeinden. Tendenziell ist der Anteil an den Steuereinnahmen umso größer, je weniger Einwohner die Gemeinde hat; in den Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern entfällt im Durchschnitt mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Dies verdeutlicht, welche schwerwiegenden Folgen die Neufestsetzung der Schlüsselzahlen, verbunden mit der Wahl neuer Sockelbeträge, für die einzelne Gemeinde haben kann.

Komplexe Ursachen für geänderte Verteilung

Bei jeder Neuberechnung der Schlüsselzahlen schlagen sich alle Änderungen nieder, die seit der letzten Berechnung, im vorliegenden Fall also zwischen 1971 und 1974, eingetreten sind. Aus der Sicht der einzelnen Gemeinde werden zunächst alle

Schwellenwerte zur Abgrenzung der Steuerkraftgruppen:
Einnahmen aus den Realsteuern und dem Gemeindeanteil
an der Einkommensteuer 1976

Gemeindegrößenklasse	Steuerstarke Gemeinden	Gemeinden mit durch- schnittlicher Steuerkraft	Steuer- schwache Gemeinden
	DM je Einwohner		
100 000 und mehr Einw.	857 und mehr	571 - 857	unter 571
50 000 - 100 000 "	766 und mehr	510 - 766	unter 510
20 000 - 50 000 "	638 und mehr	425 - 638	unter 425
10 000 - 20 000 "	530 und mehr	353 - 530	unter 353
5 000 - 10 000 "	492 und mehr	328 - 492	unter 328
3 000 - 5 000 "	450 und mehr	300 - 450	unter 300
1 000 - 3 000 "	388 und mehr	258 - 388	unter 258
unter 1 000 "	311 und mehr	207 - 311	unter 207

Faktoren wirksam, die die Entwicklung des örtlichen Aufkommens an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer bestimmen, so vor allem

- die Zahl der Steuerpflichtigen, die ihrerseits wieder von einer ganzen Reihe sozialer und wirtschaftlicher Faktoren abhängt, zum Beispiel den Wanderungen
- Höhe, Art und Umfang der Beschäftigung
- Altersstruktur der Bevölkerung
- Änderungen des Steuerrechts; hier ist anzumerken, daß die Einkommensteuerreform von 1975 sich erst nach der nächsten Neuberechnung der Schlüsselzahlen, voraussichtlich also ab 1981, auswirken wird.

Da die Schlüsselzahlen auf der Grundlage der Lohn- und Einkommensteuerstatistiken ermittelt werden, ist außerdem die möglichst vollständige Erfassung aller Steuerfälle von Bedeutung. Während dies bei der veranlagten Einkommensteuer durch die Auswertung der Steuerbescheide weitgehend gewährleistet ist, muß bei der Lohnsteuer erfahrungsgemäß mit einer gewissen Untererfassung gerechnet werden, da der Rücklauf der Lohnsteuerkarten von Steuerpflichtigen, die keinen Lohnsteuerjahresausgleich beantragen, nicht immer gesichert ist; auch das Bemühen der kommunalen Verwaltungen, im Hinblick auf die finanziellen Folgen für einen vollständigen Rücklauf zu sorgen, hatte bisher nur begrenzten Erfolg.

Als Faktor, der auf die Berechnung der Schlüsselzahlen selbst einwirkt, kommt die Begrenzung der anrechenbaren Steuerleistungen durch die Sockelbeträge hinzu, sei es, daß ein unveränderter Höchstbetrag bei allgemein steigenden Einkommen den Ausgleichseffekt verstärkt, oder daß die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer durch die Neufestlegung der Grenzen gezielt beeinflußt wird. Schließlich ist auch noch ein technischer Effekt zu beachten: Die Schlüsselzahl einer Gemeinde wird als Anteil des anrechenbaren örtlichen Steueraufkommens an der entsprechenden Landessumme ermittelt, so daß auch die landesdurchschnittliche Entwicklung der Bezugsgröße in die Schlüsselzahl eingeht. Die Schlüsselzahl und damit der Anteil der einzelnen Gemeinde wird also nur steigen, wenn die genannten Faktoren insgesamt zu einer überdurchschnittlichen Zunahme des

Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1976

Gebietskörperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse	Steuer- ein- nahmen insgesamt	Ge- meinde- anteil an der Ein- kommen- steuer	Beitrag des Ge- meinde- anteils an der Ein- kommen- steuer
	1 000 DM	%	%
Kreisfreie Städte	798 448	280 442	35,1
100 000 und mehr Einwohner	510 203	169 515	33,2
50 000 - 100 000 "	180 245	70 775	39,3
20 000 - 50 000 "	108 000	40 152	37,2
Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise	1 165 170	495 777	42,5
Verbandsfreie Gemeinden	330 939	131 165	39,6
50 000 - 100 000 Einwohner	37 211	12 069	32,4
20 000 - 50 000 "	119 836	43 469	36,3
10 000 - 20 000 "	121 282	48 704	40,2
5 000 - 10 000 "	52 345	26 876	51,3
Ortsgemeinden	753 749	364 612	48,4
10 000 - 20 000 Einwohner	25 788	12 336	47,8
5 000 - 10 000 "	187 114	75 806	40,5
3 000 - 5 000 "	101 451	49 212	48,5
1 000 - 3 000 "	255 176	129 579	50,8
unter 1 000 "	184 220	97 679	53,0
Verbandsgemeinden	3 053	-	-
Landkreise	77 430	-	-
Insgesamt	1 963 619	776 219	39,5

anrechenbaren örtlichen Aufkommens aus der Einkommensteuer geführt haben.

40% der Gemeinden steuerschwach

Die Modellrechnungen, die vor allem den Effekt alternativer Sockelbeträge auf die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer zeigen sollen, basieren auf den Verhältnissen des Jahres 1976. Neben der Auswertung nach Gemeindegrößenklassen war auch eine Differenzierung nach der Steuerkraft vorgesehen, wobei die Pro-Kopf-Einnahmen aus den Realsteuern und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer den Maßstab lieferten. Für jede Gemeindegrößenklasse wurden drei Steuerkraftgruppen gebildet. Als steuerstark wurden die Gemeinden eingestuft, deren Pro-Kopf-Einnahmen um mindestens 20% über dem Bundesdurchschnitt der jeweiligen Größenklasse lagen; als steuerschwach galten die Gemeinden, die um mehr als 20% hinter dem Bundesdurchschnitt zurückblieben. Nach diesem Kriterium sind 16,5% der rheinland-pfälzischen Gemeinden als steuerstark anzusehen, während 40,4% zu den steuerschwachen Gemeinden zählen. Hierin kommt hauptsächlich die relativ große Zahl steuerschwacher kleiner Gemeinden zum Ausdruck. In den oberen Größenklassen zeigt sich ein günstigeres Bild; so wurden von den 38 Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern 12 als steuerstark und nur 3 als steuerschwach eingestuft.

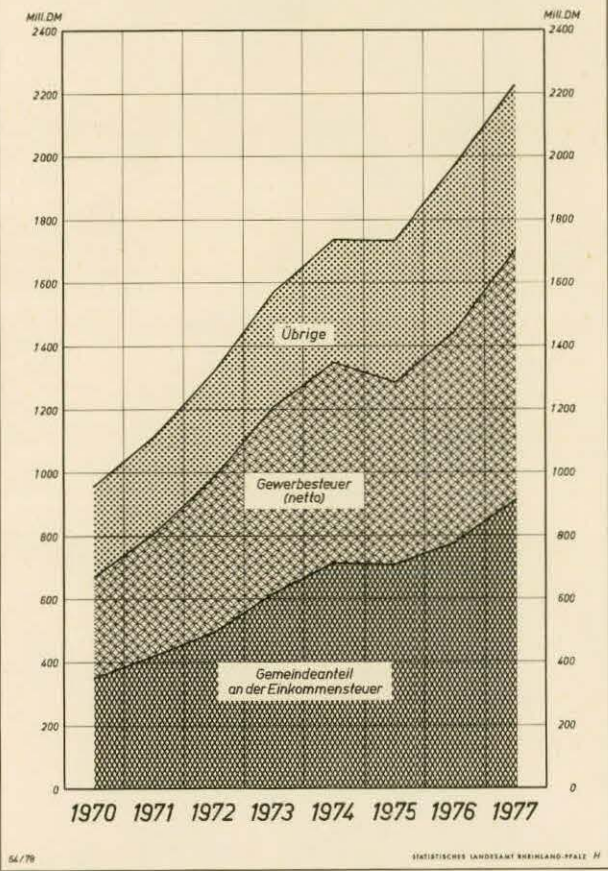
Unveränderte Sockelbeträge begünstigen kleine Gemeinden

Wegen der teilweise geringen Besetzung einzelner Gruppen lassen die Ergebnisse nicht in allen Fällen eindeutige Tendenzen erkennen. Es wird jedoch deutlich, daß eine Beibehaltung der Sockelbetragsgrenze von 16 000 DM bzw. 32 000 DM die kleinen und die steuerschwachen Gemeinden begünstigen würde. Im Durchschnitt ergibt sich für die Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern ein Gewinn, der in der Regel mit abnehmender Gemeindegröße anwächst. Berücksichtigt man außerdem noch die Steuerkraft, so zeigt sich, wie zu erwarten, daß der relativ größte Zuwachs bei den steuerschwachen Gemeinden eintritt; jedoch können auch die steuerstarken Gemeinden mit weniger als

Zahl der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen und Steuerkraftgruppen 1976

Gemeindegrößenklasse	Ins-gesamt	Steuerstarke Gemeinden	Gemeinden mit durchschnittl. Steuerkraft	Steuerschwache Gemeinden
100 000 und mehr Einw.	4	1	3	-
50 000 - 100 000 "	5	-	4	1
20 000 - 50 000 "	10	5	5	-
10 000 - 20 000 "	19	6	11	2
5 000 - 10 000 "	68	25	37	6
3 000 - 5 000 "	62	15	40	7
1 000 - 3 000 "	445	96	213	136
unter 1 000 "	1 708	236	687	785
Insgesamt	2 321	384	1 000	937

Steuereinnahmen der Gemeinden (Gv.) 1970-1977



3 000 Einwohnern noch einen Gewinn verzeichnen. Letzteres ist darauf zurückzuführen, daß die durchschnittlichen Steuerleistungen je Einwohner in der Regel mit abnehmender Gemeindegröße ebenfalls zurückgehen, so daß bei dem relativ niedrigen Aufkommen in den unteren Größenklassen die Begrenzung durch den Sockelbetrag auch in steuerstarken Gemeinden weniger durchschlägt; es ist zu beachten, daß die Steuerstärke in Abhängigkeit von der Größenklasse definiert ist. Umgekehrt gilt dieses Argument auch für größere Gemeinden, die trotz ihrer Steuerschwäche Einbußen hinnehmen müssen, da bei dem relativ hohen Durchschnittsaufkommen der Sockelbetrag den Zuwachs des anrechenbaren Steueraufkommens beschränkt.

Die Anhebung der Sockelbeträge auf 25 000 DM bzw. 50 000 DM würde tendenziell ein ähnliches Resultat bringen; allerdings sind die relativen Gewinne und Verluste gegenüber der seit 1975 geltenden Verteilung weniger stark ausgeprägt. Während sich für die steuerschwachen Gemeinden wiederum in den Größenklassen bis zu 20 000 Einwohnern Vorteile ergeben, stellen sich in der steuerstarken Gruppe nunmehr die Gemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern besser. In dieser Verschiebung zugunsten der höheren Größenklassen, die sich auch bei den anderen Steuerkraftgruppen abzeichnet, zeigt sich der Einfluß der erhöhten Sockelbeträge.

Gemeindegrößenklasse Steuerkraftgruppe ¹⁾	Tatsächliche Verteilung nach den Schlüsselzahlen 1971	Verteilung nach den Schlüsselzahlen 1974 bei folgenden Sockelbeträgen				
		16 000 bzw. 32 000 DM	25 000 bzw. 50 000 DM	40 000 bzw. 80 000 DM	75 000 bzw. 150 000 DM	ohne Begrenzung (gesamtes örtl. Aufkommen)
		DM je Einwohner				
100 000 und mehr Einwohner	297,34	277,79	292,54	296,65	295,89	290,19
A	324,06	308,35	325,17	325,65	319,63	305,22
B	286,16	264,99	278,89	284,51	285,95	283,90
C	-	-	-	-	-	-
50 000 - 100 000 Einwohner	242,87	231,83	234,48	237,78	241,60	242,58
A	-	-	-	-	-	-
B	240,57	229,62	231,08	234,00	237,81	239,54
C	256,04	244,51	253,93	259,43	263,34	259,97
20 000 - 50 000 Einwohner	246,59	236,22	242,44	247,80	253,78	266,81
A	248,56	232,35	237,75	243,41	251,54	272,30
B	244,48	240,35	247,45	252,49	256,17	260,95
C	-	-	-	-	-	-
10 000 - 20 000 Einwohner	226,45	228,23	230,74	232,77	234,50	248,35
A	254,30	244,56	252,10	257,36	261,74	317,13
B	217,88	226,79	227,04	227,48	228,08	222,32
C	188,96	188,85	188,01	188,63	188,26	179,54
5 000 - 10 000 Einwohner	222,73	223,00	223,70	225,02	227,45	230,52
A	241,84	238,95	245,15	250,61	257,03	269,79
B	214,26	214,87	212,68	212,13	212,74	210,34
C	189,75	203,30	197,78	192,21	188,09	183,08
3 000 - 5 000 Einwohner	200,41	207,82	204,96	204,29	205,21	206,40
A	225,93	222,83	223,16	227,13	233,72	254,26
B	195,64	204,01	200,42	198,59	197,97	193,53
C	171,65	196,53	190,79	186,53	183,76	174,30
1 000 - 3 000 Einwohner	173,85	183,13	176,61	173,47	171,52	168,51
A	200,76	201,42	197,95	199,06	203,02	219,22
B	179,79	187,98	181,53	177,88	175,18	166,88
C	141,18	159,46	150,32	144,65	139,20	129,97
unter 1 000 Einwohner	142,77	156,05	146,03	140,27	135,52	128,65
A	176,24	181,01	174,29	171,75	171,56	171,00
B	151,91	163,55	153,47	147,48	142,09	132,88
C	114,06	133,73	122,15	115,09	108,90	101,96
Insgesamt	212,30	212,30	212,30	212,30	212,30	212,30
A	242,10	235,47	239,79	242,51	245,60	258,38
B	217,29	215,97	216,19	216,34	216,20	212,53
C	146,64	162,02	154,27	149,38	144,89	137,37

1) A: steuerstarke Gemeinden; B: Gemeinden mit durchschnittlicher Steuerkraft; C: steuerschwache Gemeinden.

40 000 DM bzw. 80 000 DM: Verteilung kaum verändert

Eine Anhebung der Sockelbetragsgrenze auf 40 000 DM bzw. 80 000 DM, wie sie nach dem vorliegenden Gesetzentwurf von der Bundesregierung angestrebt wird, würde die derzeit bestehende Verteilung nicht wesentlich verändern. Die steuerschwachen Gemeinden erlangen noch einen kleinen Vorteil; außerdem wird die Verlagerung zugunsten der Gemeinden mittlerer Größe (3 000 bis 50 000 Einwohner) nun deutlich sichtbar. Dieser Trend würde durch eine weitergehende Erhöhung der Sockelbeträge auf 75 000 DM bzw. 150 000 DM nochmals verstärkt. Darüberhinaus ergibt sich in diesem Fall auch ein nennenswerter Vorteil für die steuerstarken Gemeinden, und zwar hauptsächlich zu Lasten der steuerschwachen Gemeinden.

Der völlige Wegfall der Begrenzung durch Sockelbeträge ist zwar keine realistische Möglichkeit für die anstehende Entscheidung, liefert aber einen interessanten Vergleichsmaßstab, an dem die Ausgleichswirkung der übrigen Varianten gemessen werden kann. Gegenüber der geltenden Verteilung ergeben sich erhebliche Verluste insbesondere für die Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern, während die Gemeinden mit 10 000 bis 50 000 Ein-

wohnern deutlich besser gestellt sind. Der beträchtliche Zuwachs für die steuerstarken Gemeinden, dem entsprechende Einbußen vor allem bei den steuerschwachen Gemeinden gegenüberstehen, zeigt beim Vergleich, daß auch von einer hoch angesetzten Begrenzung, wie sie die Sockelbeträge von 75 000 DM bzw. 150 000 DM darstellen, schon fühlbare Umverteilungseffekte ausgehen.

Sondereinflüsse im Einzelfall

Grundsätzlich bestätigen die Ergebnisse der Modellrechnungen die Hypothese, daß eine Anhebung der Sockelbetragsgrenze tendenziell die größeren und die steuerstärkeren Gemeinden begünstigt. Trotzdem sollte nicht übersehen werden, daß der Einzelfall von diesem Trend erheblich abweichen kann. So würde etwa die Stadt Ludwigshafen, die sowohl nach der Größe als auch nach der Steuerkraft in der Spitzengruppe liegt, von einer Anhebung der Sockelbeträge bis auf 40 000 DM bzw. 80 000 DM profitieren, eine weitere Erhöhung wäre hier jedoch mit einem Verlust verbunden. Ein völliger Wegfall der Begrenzung hätte sogar eine etwas größere Einbuße zur Folge als die Beibehaltung der derzeitigen niedrigen Sockelbeträge von 16 000 DM bzw. 32 000 DM. Offenbar wird hier das hohe

Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer 1976 nach den Schlüsselzahlen 1974

Abweichung von der tatsächlichen Verteilung in %

Sockelbeträge
16 000/32 000 DM

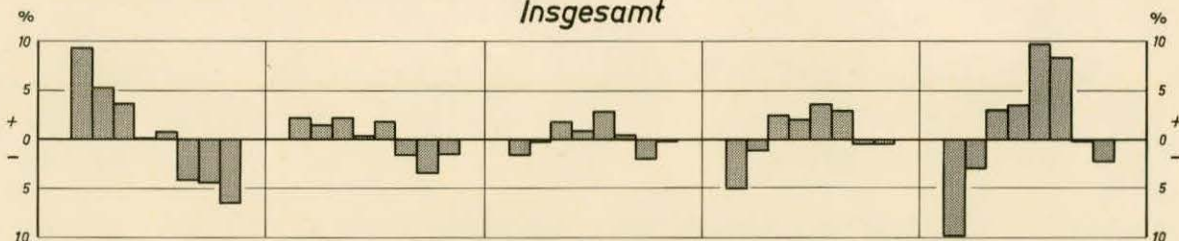
Sockelbeträge
25 000/50 000 DM

Sockelbeträge
40 000/80 000 DM

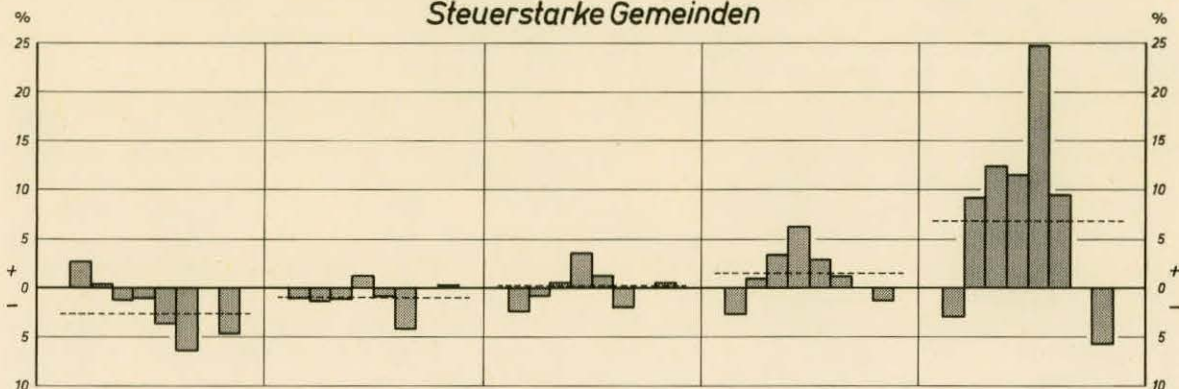
Sockelbeträge
75 000/150 000 DM

Gesamtes örtliches
Aufkommen

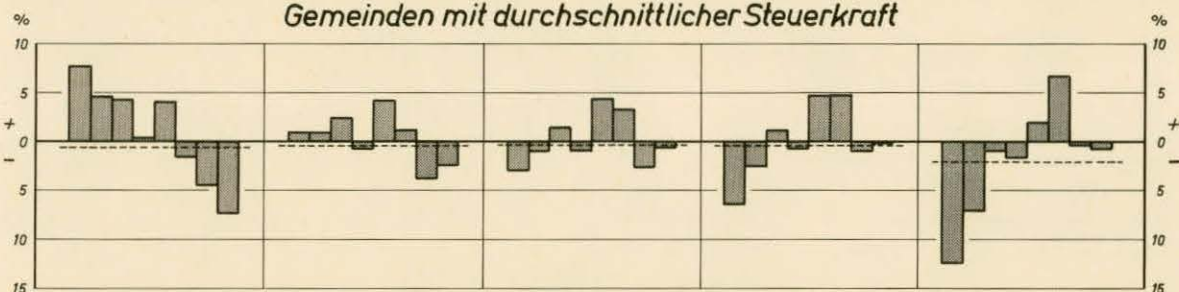
Insgesamt



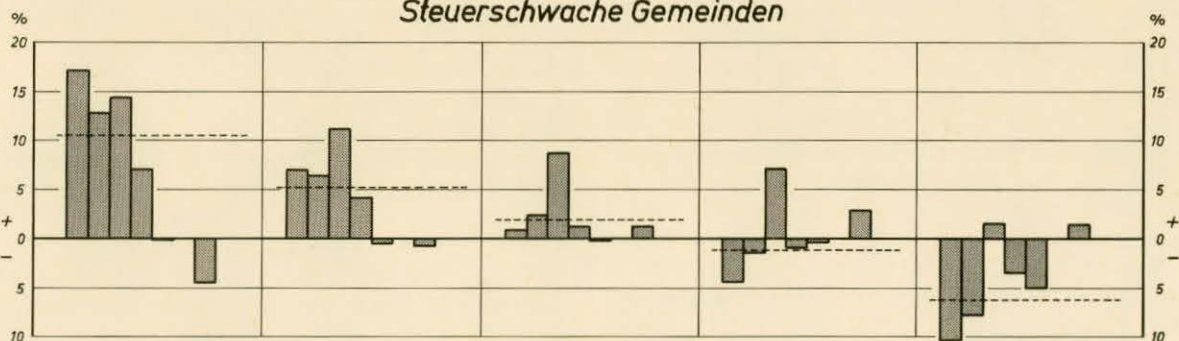
Steuerstarke Gemeinden



Gemeinden mit durchschnittlicher Steuerkraft



Steuerschwache Gemeinden



Gemeindegrößenklasse

unter 1000
1000 - 3000
3000 - 5000
5000 - 10000
10000 - 20000
20000 - 50000
50000 - 100000
100000 und mehr
Einwohner

unter 1000
1000 - 3000
3000 - 5000
5000 - 10000
10000 - 20000
20000 - 50000
50000 - 100000
100000 und mehr
Einwohner

unter 1000
1000 - 3000
3000 - 5000
5000 - 10000
10000 - 20000
20000 - 50000
50000 - 100000
100000 und mehr
Einwohner

unter 1000
1000 - 3000
3000 - 5000
5000 - 10000
10000 - 20000
20000 - 50000
50000 - 100000
100000 und mehr
Einwohner

unter 1000
1000 - 3000
3000 - 5000
5000 - 10000
10000 - 20000
20000 - 50000
50000 - 100000
100000 und mehr
Einwohner

Durchschnittsaufkommen von einer überdurchschnittlich großen Zahl von Steuerpflichtigen der unteren und mittleren Einkommenskategorie aufgebracht; eine Anhebung über die Grenze von 40 000 DM bzw. 80 000 DM hinaus bringt dann nur noch einen unterproportionalen Zuwachs zuvor nicht angerechneter Spitzenbeträge aus hohen Ein-

kommen, so daß sich die Schlüsselzahl wieder verringert. Dieses Beispiel zeigt die überraschenden Auswirkungen, die strukturelle Besonderheiten bei der Vielzahl der vorhandenen Einflußgrößen haben können.

Diplom-Volkswirt H. Libowitzky

Sonderausgaben und Freibeträge für außergewöhnliche Belastungen

Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1974

Sonderausgaben sind bestimmte Aufwendungen der Lebenshaltung, soweit sie weder unter die Betriebsausgaben noch die Werbungskosten fallen. Zu den Sonderausgaben - sie sind vom Gesamtbetrag der Einkünfte abzuziehen - zählen gemäß §§ 10 und 10 b EStG unter anderem Schuldzinsen und Rentenverpflichtungen, die nicht mit Einkünften in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, welche bei der Veranlagung außer Betracht bleiben; außerdem gezahlte Kirchen- und Vermögensteuern, Beiträge auf Grund der Kindergeldgesetze, Teile der Lastenausgleichsabgaben, Steuerberatkungskosten sowie bis zu einer bestimmten Höhe Spenden zur Förderung gemeinnütziger, wissenschaftlicher und staatspolitischer Zwecke; weiterhin die Beiträge zu Versicherungen und an Bausparkassen, die unter die beschränkt abzugsfähigen Sonderausgaben fallen.

Aufwendungen für Versicherungsbeiträge um 1,03 Mrd. DM höher als 1971

Die Sonderausgaben der unbeschränkt Steuerpflichtigen haben sich gegenüber 1971 um 748 Mill. DM oder 48% auf 2,3 Mrd. DM erhöht. Ihr Anteil am Gesamtbetrag der Einkünfte betrug 13,4% (1971: 13,7%). In der Gliederung nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte liegen die prozentualen Anteile - bezogen auf die Zahl aller Steuerpflichtigen (502 204) - zwischen 2,4% (100 000 DM und mehr) und 49% (25 000 bis 50 000 DM). Im unteren Einkommensbereich (bis 16 000 DM) und in der Gruppe 16 000 bis 25 000 DM hatte jeweils jeder Fünfte Sonderausgaben nachgewiesen, in der Größenklasse 50 000 bis 100 000 DM war es knapp jeder Zehnte. Für Sonderausgaben standen den unbeschränkt Steuerpflichtigen nach § 10 c EStG Pauschbeträge von 936 DM in den Fällen zu, in denen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit vorliegen, 636 DM, sofern in den Einkünften wiederkehrende Bezüge gemäß § 22 EStG, jedoch keine Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit enthalten sind, und 200 DM in allen anderen Fällen. Darüber hinausgehende Sonderausgaben konnten bei Einzelnachweis in voller Höhe oder als beschränkt abzugsfähige Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. 1974 wurde der Sonderausgabenpauschbetrag (insgesamt 39 Mill. DM) in 41 800 Fällen abgesetzt, wobei der überwiegende Teil (80%) dieser Pflichtigen einen Gesamtbetrag

der Einkünfte unter 16 000 DM hatte. Das entspricht - gemessen an der Zahl aller Einkommensteuerpflichtigen - einem Anteil von 8,3%. Beschränkt abzugsfähige Sonderausgaben hatten 91 von 100 Steuerpflichtigen angegeben, wobei es sich um Versicherungsbeiträge (2 487 Mill. DM) und Beiträge an Bausparkassen (91 Mill. DM) in Höhe von insgesamt 2 578 Mill. DM handelt. Berücksichtigungsfähig abgesetzt wurden davon allerdings nur 1 805 Mill. DM. Dieser Betrag macht bereits mehr als drei Viertel (78,3%) aller Sonderausgaben aus. Gegenüber 1971 haben sich die tatsächlichen Aufwendungen für Versicherungsbeiträge und Beiträge an Bausparkassen um fast 67% erhöht, wobei die Aufwendungen für Versicherungsbeiträge allein um 71% angestiegen sind. Die von 22 143 Pflichtigen angegebenen Beiträge an Bausparkassen haben sich im gleichen Zeitraum um rund 1,9 Mill. DM verringert. Darüber hinaus wurde von 82,2% der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen ein Betrag für Kirchensteuer von insgesamt 301 Mill. DM angegeben, während die gezahlte Vermögensteuer (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG) - ihr Anteil an den gesamten Sonderausgaben belief sich auf knapp 3% - nur von 4,4% der Pflichtigen abgesetzt werden konnte. Spenden für steuerbegünstigte Zwecke (35,4 Mill. DM) hatte etwa jeder Vierte nachgewiesen. Die absetzbaren Verluste beliefen sich auf rund 25 Mill. DM. Steuerbegünstigte nicht entnommene Gewinne waren als Sonderausgabenabzug von untergeordneter Bedeutung; nur 15 Steuerpflichtige konnten insgesamt 98 000 DM geltend machen. Steuerberatkungskosten (12 Mill. DM) wurden von jedem sechsten unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen angegeben. Gegenüber 1971 ist die Zahl dieser Fälle um 59% auf fast 85 000 angestiegen. Der für diesen Zweck angesetzte Betrag hat sich nahezu verdoppelt. Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung (4,4 Mill. DM) wurden nur in 1,6% aller Fälle verzeichnet.

Freibeträge für außergewöhnliche Belastungen und sonstige Abzugsbeträge erreichten 1,03 Mrd. DM

Bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen können bestimmte Freibeträge und sonstige steuerfreie Abzugsbeträge bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens vom veranlagten Einkommen abgesetzt werden. Es handelte sich 1974 bei diesen Beträgen um insgesamt 1 033 Mill. DM, die

Freibeträge für außergewöhnliche Belastungen und sonstige vom Einkommen zur Ermittlung des zu versteuernden Einkommensbetrages abzusetzende Beträge der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen nach der Höhe des Gesamtbetrages der Einkünfte 1974

Art der außergewöhnlichen Belastung und der sonstigen abzugsfähigen Beträge	Ins- gesamt	Einkommensteuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von ... DM					
		unter 8 000	8 000 — 16 000	16 000 — 25 000	25 000 — 50 000	50 000 — 100 000	100 000 und mehr
Fälle							
<u>Freibeträge für außergewöhnliche Belastungen</u>							
Freibetrag für Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge usw. nach § 33a EStG 1953 in Verbindung mit § 52 Abs. 19 EStG	252	18	30	49	107	33	15
Freibetrag nach § 33a	89 950	3 033	7 625	13 560	46 118	14 640	4 974
darunter: für die auswärtige Unterbringung (§ 33a Abs. 2 EStG)	14 188	235	860	1 697	7 026	3 147	1 223
für die Beschäftigung von Hausgehilfinnen (§ 33a Abs. 3 EStG)	17 836	668	1 552	2 515	8 050	3 616	1 435
Pauschbetrag wegen Körperbehinderung (§ 65 EStDV)	45 813	3 350	7 148	10 018	19 377	4 645	1 275
Überbelastungsbetrag nach § 33 EStG							
Angemeldete Gesamtbelastung	46 336	5 651	10 491	12 859	15 521	1 626	188
darunter: Aussteueraufwendungen	66	4	5	23	30	4	-
Pauschbeträge für Krankendiät	24 998	2 847	5 476	7 484	8 654	509	28
Nach Abzug der zumutbaren Eigenbelastung (§ 64 EStDV) verbleibender Betrag	46 336	5 651	10 491	12 859	15 521	1 626	188
<u>Sonstige Abzugsbeträge</u>							
Altersfreibetrag (§ 32 Abs. 3 Nr. 2 EStG)	55 327	15 522	15 737	9 406	10 219	2 986	1 457
In den Einkünften enthaltene steuerfrei bleibende Ver- äußerungsgewinne (§ 14, § 14a Abs. 1-3, § 16 Abs. 4, § 17 Abs. 3 und § 18 Abs. 3 EStG)	655	46	90	109	201	139	70
In den Einkünften enthaltene ermäßigt besteuerte Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen	50	8	10	10	14	7	1
In den Einkünften enthaltene Zinsen, die dem Steuerabzug mit 30 % unterlegen haben	35	3	1	3	9	14	5
Freibleibender Betrag nach § 46 Abs. 3 und § 46a EStG, § 70 und § 72 EStDV	30 987	2 231	4 854	7 275	15 658	968	1
Kinderfreibeträge	277 880	6 322	23 833	61 827	146 890	30 765	8 243
Besonderer Freibetrag für Alleinstehende, die das 49. Lebensjahr vollendet haben (§ 32 Abs. 3 Nr. 1 EStG)	44 365	12 266	11 853	7 606	10 293	1 680	667
In s g e s a m t	390 466	28 678	49 318	82 645	181 673	37 666	10 486
Außergewöhnliche Belastungen und sonstige Abzugsbeträge in 1 000 DM							
<u>Freibeträge für außergewöhnliche Belastungen</u>							
Freibetrag für Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge usw. nach § 33 a EStG 1953 in Verbindung mit § 52 Abs. 19 EStG	224	12	26	40	97	28	21
Freibetrag nach § 33a	79 500	2 127	5 800	10 111	40 525	14 562	6 375
darunter: für die auswärtige Unterbringung (§ 33a Abs. 2 EStG)	17 370	263	995	1 914	8 411	4 017	1 770
für die Beschäftigung von Hausgehilfinnen (§ 33a Abs. 3 EStG)	11 790	412	993	1 571	5 210	2 457	1 147
Pauschbetrag wegen Körperbehinderung (§ 65 EStDV)	61 022	4 428	10 357	14 127	24 302	6 175	1 633
Überbelastungsbetrag nach § 33 EStG							
Angemeldete Gesamtbelastung	73 116	5 724	13 085	17 912	28 521	6 054	1 824
darunter: Aussteueraufwendungen	111	3	4	35	62	7	-
Pauschbeträge für Krankendiät	24 314	2 364	4 836	7 309	9 218	560	27
Nach Abzug der zumutbaren Eigenbelastung (§ 64 EStDV) verbleibender Betrag	39 362	4 790	8 438	9 314	12 915	2 969	936
<u>Sonstige Abzugsbeträge</u>							
Altersfreibetrag (§ 32 Abs. 3 Nr. 2 EStG)	51 011	13 993	14 510	8 696	9 600	2 824	1 388
In den Einkünften enthaltene steuerfrei bleibende Ver- äußerungsgewinne (§ 14, § 14a Abs. 1-3, § 16 Abs. 4, § 17 Abs. 3 und § 18 Abs. 3 EStG)	10 400	120	519	730	2 282	4 309	2 440
In den Einkünften enthaltene ermäßigt besteuerte Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen	82	6	8	6	8	52	2
In den Einkünften enthaltene Zinsen, die dem Steuerabzug mit 30 % unterlegen haben	13	0	0	2	3	6	2
Freibleibender Betrag nach § 46 Abs. 3 und § 46a EStG, § 70 und § 72 EStDV	11 818	811	1 852	2 868	5 917	369	1
Kinderfreibeträge	740 368	14 935	64 097	172 218	376 464	87 019	25 635
Besonderer Freibetrag für Alleinstehende, die das 49. Lebensjahr vollendet haben (§ 32 Abs. 3 Nr. 1 EStG)	39 231	10 502	10 360	6 801	9 433	1 529	606
In s g e s a m t	1 032 880	51 699	115 919	224 866	481 518	119 840	39 038

Sonderausgaben der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen nach der Höhe des Gesamtbetrages der Einkünfte 1974

Art der Sonderausgaben	Ins- gesamt	Einkommensteuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von ... DM					
		unter 3 000	3 000	16 000	25 000	50 000	100 000
			— 16 000	— 25 000	— 50 000	— 100 000	und mehr
Fälle							
Pauschbeträge für Sonderausgaben (§ 10c EStG)	41 794	20 677	12 449	5 127	3 181	290	70
Einzel nachgewiesene Sonderausgaben							
Schuldzinsen u. ä. (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG)	6 928	364	1 141	1 426	2 235	1 075	687
Versicherungsbeiträge und Beiträge an Bauspar- kassen (§ 10 Abs. 1 Nr. 2 und 3 EStG)	458 779	14 931	46 804	95 425	242 721	46 827	12 070
Tatsächliche Aufwendungen für Beiträge an Kranken-, Unfall-, Haftpflichtversicherungen, gesetzliche Rentenversicherungen und Arbeits- losenversicherung (§ 10 Abs. 1 Nr. 2a EStG)	458 763	14 928	46 801	95 422	242 719	46 824	12 069
Lebensversicherungen (§ 10 Abs. 1 Nr. 2b EStG)	273 539	6 554	24 597	58 206	148 995	27 871	7 316
Bausparkassen (§ 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG)	22 143	215	978	2 080	9 515	7 389	1 966
Abzugsfähige Aufwendungen
Kirchensteuer (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 EStG)	412 905	8 164	37 395	87 928	225 982	42 562	10 874
Vermögensteuer (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG)	22 283	1 031	2 613	2 712	5 751	5 110	5 066
Abzugsfähige Teile der Lastenausgleichsabgabe (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 EStG)	10 877	789	1 674	1 678	3 054	1 984	1 698
Beiträge auf Grund der Kindergeldgesetze (§ 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG)	95	1	8	20	53	9	4
Steuerberatungskosten (§ 10 Abs. 1 Nr. 8 EStG)	84 763	3 288	9 570	19 384	41 457	8 829	2 235
Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung (§ 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG)	7 880	245	455	1 170	4 770	1 107	133
Steuerbegünstigter nicht entnommener Gewinn (§ 10a EStG)	15	-	1	2	6	1	5
Spenden für steuerbegünstigte Zwecke (§ 10b EStG)	134 424	2 281	8 994	21 669	69 194	23 516	8 770
Verlustabzug (§ 10d EStG)	718	38	96	112	235	109	128
Insgesamt	502 204	35 900	59 708	100 848	246 285	47 249	12 214
Sonderausgaben in 1 000 DM							
Pauschbeträge für Sonderausgaben (§ 10c EStG)	38 955	17 091	11 950	5 725	3 843	294	52
Einzel nachgewiesene Sonderausgaben							
Schuldzinsen u. ä. (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG)	15 025	413	1 512	2 038	3 604	3 030	4 428
Versicherungsbeiträge und Beiträge an Bauspar- kassen (§ 10 Abs. 1 Nr. 2 und 3 EStG)	2 578 221	35 466	159 087	405 367	1 380 006	412 242	186 053
Tatsächliche Aufwendungen für Beiträge an Kranken-, Unfall-, Haftpflichtversicherungen, gesetzliche Rentenversicherungen und Arbeits- losenversicherung (§ 10 Abs. 1 Nr. 2a EStG)	2 180 534	29 529	132 824	349 842	1 210 983	320 938	136 418
Lebensversicherungen (§ 10 Abs. 1 Nr. 2b EStG)	306 722	5 510	23 841	49 220	134 360	55 491	38 300
Bausparkassen (§ 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG)	90 965	427	2 422	6 305	34 663	35 813	11 335
Abzugsfähige Aufwendungen	1 804 852	32 371	138 214	336 860	971 788	242 033	83 586
Kirchensteuer (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 EStG)	301 371	1 097	6 805	24 376	126 408	60 455	82 230
Vermögensteuer (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG)	64 759	592	2 353	2 983	7 918	10 392	40 521
Abzugsfähige Teile der Lastenausgleichsabgabe (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 EStG)	4 306	154	359	394	904	798	1 697
Beiträge auf Grund der Kindergeldgesetze (§ 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG)	25	0	0	9	11	2	3
Steuerberatungskosten (§ 10 Abs. 1 Nr. 8 EStG)	11 654	410	1 243	2 087	4 573	1 886	1 455
Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung (§ 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG)	4 391	192	334	720	2 431	622	92
Steuerbegünstigter nicht entnommener Gewinn (§ 10a EStG)	98	-	0	0	33	20	45
Spenden für steuerbegünstigte Zwecke (§ 10b EStG)	35 402	217	1 049	2 592	12 964	7 676	10 904
Verlustabzug (§ 10d EStG)	25 325	88	395	860	2 856	2 612	18 514
Insgesamt	2 303 676	52 403	163 554	377 940	1 136 873	329 749	243 157

von 390 500 Steuerpflichtigen geltend gemacht wurden. Mit rund 740 Mill. DM (278 000 bzw. 71% der Fälle), die einem Anteil von fast 72% aller vorgeannten Freibeträge für außergewöhnliche Belastungen und der sonstigen Abzugsbeträge entsprechen, fallen vor allem die Kinderfreibeträge ins Gewicht. Diese wurden den Steuerpflichtigen letztmalig für 1974 gewährt, da durch das EStG 1975 stattdessen die Kindergeldregelung eingeführt worden ist. Den besonderen Freibetrag gemäß § 32 Abs. 3 Nr. 1 EStG (39 Mill. DM) konnten einzelveranlagte Steuerpflichtige (44 000 Fälle) geltend machen, die das 49. Lebensjahr vollendet hatten.

Ein Altersfreibetrag (51 Mill. DM) gemäß § 32 Abs. 3 Ziff. 2 EStG war für Steuerpflichtige abziehen, die das 64. Lebensjahr vollendet hatten (55 000 Fälle). Weitere Abzugsbeträge wurden gemäß § 33 EStG für Ausgaben infolge außergewöhnlicher Belastungen allgemeiner Art (Krankheit, Unfall, Todesfall) gewährt, soweit sie die nach Einkommenshöhe und Familienstand gestaffelte zumutbare Eigenbelastung übersteigen. Von der angemeldeten Gesamtbelastung (73 Mill. DM) verblieb ein entsprechender Überbelastungsbetrag von 39 Mill. DM (46 000 Fälle). Unter den außergewöhnlichen Belastungen in besonderen Fällen gemäß § 33a EStG

(80 Mill. DM) wurden Freibeträge für die auswärtige Unterbringung in Höhe eines Betrages von 17,4 Mill. DM und für die Beschäftigung von Hausgehilfen von 11,8 Mill. DM nachgewiesen. Mit insgesamt 61 Mill. DM wurde der Pauschbetrag für Körperbehinderung (§ 65 EStDV) in Abzug gebracht (45 800 Fälle). Für die in den Einkünften enthaltenen steuerfrei bleibenden Veräußerungsgewinne (§§ 14, 14 a, 16, 17, 18 EStG) wurden insgesamt 10,4 Mill. DM vom veranlagten Einkommen abgesetzt.

In der Gliederung nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte entfallen von den insgesamt nachgewiesenen Freibeträgen und den sonstigen Abzugsbeträgen (1,033 Mrd. DM) mehr als zwei Drittel (68,4%) auf den mittleren Einkommensbereich (16 000 bis unter 50 000 DM). Jeweils gut 10% entfielen auf die Größenklasse 8 000 bis 16 000 DM (11,2) und auf die Gruppe 50 000 bis 100 000 DM (11,6%).

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Nachfrage der Schulabgänger nach Ausbildungsstellen 1978

Die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre führten natürlich auch in Rheinland-Pfalz zu einem sprunghaften Anstieg der Schulabgänger aus der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen, der sich erstmals zum Ende des Schuljahres 1976/77 auswirkte. Im laufenden Schuljahr 1977/78 wird die Zahl der Schulabgänger nochmals geringfügig über der des Vorjahres liegen und auch in den kommenden Jahren ist noch mit einer hohen Zahl von Schulentlassungen zu rechnen. Erst ab Mitte der 80er Jahre wird sich der Geburtenrückgang der 70er Jahre auch auf die Schulabgängerzahlen auswirken.

Der Anstieg der Zahl der Schulentlassungen brachte zwangsläufig eine zunehmende Nachfrage nach Ausbildungsstellen mit sich. Dies führte wiederum, noch verstärkt durch die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung, im Bereich der betrieblichen Ausbildung zu Kapazitätsproblemen.

Erfassungsquote über 98%

Um rechtzeitig einen Überblick über die Situation der Schulabgänger zu erhalten, führte das Statistische Landesamt im Auftrag des Kultusministeriums im Mai 1978 eine Befragung der Entlassschüler durch. Gefragt wurde danach, ob die Schulabgänger eine Ausbildung im dualen System oder eine Ausbildung im öffentlichen Dienst anstrebten, zur Bundeswehr oder zum Bundesgrenzschutz wollten, einen Arbeitsplatz oder eine weitere schulische oder Hochschulbildung nachsuchten, oder ob sie zu Hause bleiben wollten. Vor allem aber interessierte, ob die Schüler, die eine Ausbildung im dualen System anstrebten, bereits einen Ausbildungsplatz gefunden hatten oder nicht.

Zwar stand für etliche Schüler zum Zeitpunkt der Befragung sicherlich der endgültige Berufsweg bzw. Bildungsweg noch nicht exakt fest. Doch da die meisten Ausbildungsverträge jeweils bis März/April abgeschlossen sind, und auch die Bestätigungen der Schulen zur Aufnahme der Schüler in der Regel im Frühjahr vorliegen, können aus den Ergebnissen der Befragung im Mai doch einige wichtige Schlußfolgerungen gezogen werden.

Dies hatte sich bereits 1976 und 1977 gezeigt, als ebenfalls solche Befragungen durchgeführt worden waren. Dabei waren 1976 die Schulabgänger aus

den allgemeinbildenden Schulen bis Klassenstufe 10 mit Ausnahme der Schulen für Geistigbehinderte in die Erhebung einbezogen, außerdem die Schüler im Berufsgrundschuljahr und in Berufsfachschulen, wobei jedoch die Schulen, die eine berufliche Erstausbildung vermitteln, nicht berücksichtigt wurden. 1977 wurde die Befragung ausgedehnt auf die Entlassschüler bis zur Klassenstufe 12 der Gymnasien und auch auf die Schüler aus Schulen für Geistigbehinderte. Im laufenden Schuljahr wurde der Kreis der Befragten nochmals erweitert, so daß nun die voraussichtlichen Schulabgänger aus allen allgemeinbildenden Schulen (ohne Schulen für Geistigbehinderte) einschließlich der Abiturienten befragt wurden. Aus dem Bereich der berufsbildenden Schulen waren neben dem Berufsgrundschuljahr und den 1- und 2jährigen Berufsfachschulen (ohne höhere Berufsfachschulen) nun auch die Fachoberschulen und die beruflichen Gymnasien einbezogen.

Damit möglichst schon Mitte Juni, also noch vor dem Schuljahresende, Ergebnisse vorliegen, wurden nur die Daten der Schulen bei der Auswertung berücksichtigt, die bis Ende Mai die Erhebungsbogen zurückgesandt hatten. Dabei lag die Erfassungsquote mit 98,2% in diesem Jahr noch wesentlich über der Quote des Vorjahres. Bei einigen Schularten wurde sogar eine Erfassungsquote von 100% erreicht.

Über 40 000 Entlassschüler strebten Lehre an

Insgesamt waren im Mai 76 253 Schulabgänger befragt worden, rund 14 400 mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist in erster Linie bedingt durch die Ausweitung des Kreises der Befragten, das heißt durch die Einbeziehung der Abiturienten und Fachoberschüler. Betrachtet man die gleiche Gruppe von Schulabgängern, die auch im vergangenen Jahr in die Erhebung einbezogen war, so nahm die Zahl der Schulabgänger jedoch noch immer um fast 2 800 gegenüber dem Vorjahr zu. Mehr Schulabgänger meldeten vor allem die Realschulen (+ 2 600), das Berufsgrundschuljahr (+ 1 500) und die Berufsfachschulen (+ 500), während bei den Hauptschulen und den Gymnasien ein Rückgang in der Zahl der voraussichtlichen Schulabgänger festzustellen ist.

Von allen 1978 befragten Entlassschülern strebte mehr als die Hälfte (40 707) eine Ausbildung im

Schulabgänger 1978

Abgänge aus	Be-fragte Entlaß- schüler ins- gesamt	Davon													
		streben eine Ausbildung im dualen System an		davon		streben eine Ausbildung im öffentlichen Dienst an		wollen zur Bundeswehr/ zum Bundes- grenzschutz/ in Ersatz- dienst		streben einen Arbeits- platz, aber keine Aus- bildung an		streben eine weitere schulische bzw. Hoch- schulaus- bildung an		wollen zu Hause bleiben (einschl. mithelfende Familien- angehörige)	
				mit ge- sicher- tem Ausbil- dungs- platz	suchen noch einen Ausbil- dungs- platz										
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt															
Hauptschulen	38 085	23 323	61,2	16 362	6 961	660	1,7	38	0,1	1 350	3,5	12 437	32,7	277	0,7
Sonderschulen	2 289	789	34,5	351	438	12	0,5	1	0,0	762	33,3	600	26,2	125	5,5
Realschulen	10 026	6 187	61,7	4 615	1 572	706	7,0	285	2,8	62	0,6	2 766	27,6	20	0,2
Gymnasien	11 163	2 519	22,6	1 844	675	722	6,5	1 177	10,5	67	0,6	6 528	58,5	150	1,3
Int. Gesamtschulen	151	44	29,1	42	2	20	13,2	2	1,3	-	-	76	50,3	9	6,0
Berufsgrundschuljahr	4 550	3 122	68,6	1 496	1 626	122	2,7	48	1,1	430	9,5	791	17,4	37	0,8
Berufsfachschulen	6 512	4 397	67,5	2 584	1 813	505	7,8	169	2,6	277	4,3	1 102	16,9	62	1,0
Fachoberschulen	2 997	210	7,0	116	94	90	3,0	823	27,5	139	4,6	1 695	56,6	40	1,3
Berufsl. Gymnasien	480	116	24,2	74	42	34	7,1	107	22,3	11	2,3	211	44,0	1	0,2
Insgesamt	76 253	40 707	53,4	27 484	13 223	2 871	3,8	2 650	3,5	3 098	4,1	26 206	34,4	721	0,9
Männlich															
Hauptschulen	20 340	14 434	71,0	10 737	3 697	459	2,3	38	0,2	630	3,1	4 662	22,9	117	0,6
Sonderschulen	1 343	559	41,6	267	292	5	0,4	1	0,1	450	33,5	295	22,0	33	2,5
Realschulen	4 511	2 913	64,6	2 339	574	437	9,7	285	6,3	6	0,1	863	19,1	7	0,2
Gymnasien	5 551	1 038	18,7	775	263	347	6,3	1 177	21,2	34	0,6	2 898	52,2	57	1,0
Int. Gesamtschulen	71	20	28,2	20	-	3	4,2	2	2,8	-	-	46	64,8	-	-
Berufsgrundschuljahr	1 583	1 238	78,2	706	532	67	4,2	48	3,0	106	6,7	121	7,6	3	0,2
Berufsfachschulen	2 366	1 627	68,8	1 077	550	223	9,4	169	7,1	30	1,3	305	12,9	12	0,5
Fachoberschulen	2 218	90	4,1	57	33	53	2,4	823	37,1	76	3,4	1 159	52,3	17	0,8
Berufsl. Gymnasien	299	57	19,1	40	17	14	4,7	107	35,8	4	1,3	117	39,1	-	-
Zusammen	38 282	21 976	57,4	16 018	5 958	1 608	4,2	2 650	6,9	1 336	3,5	10 466	27,3	246	0,6
Weiblich															
Hauptschulen	17 745	8 889	50,1	5 625	3 264	201	1,1	-	-	720	4,1	7 775	43,8	160	0,9
Sonderschulen	946	230	24,3	84	146	7	0,7	-	-	312	33,0	305	32,2	92	9,7
Realschulen	5 515	3 274	59,4	2 276	998	269	4,9	-	-	56	1,0	1 903	34,5	13	0,2
Gymnasien	5 612	1 481	26,3	1 069	412	375	6,7	-	-	33	0,6	3 630	64,7	93	1,7
Int. Gesamtschulen	80	24	30,0	22	2	17	21,3	-	-	-	-	30	37,5	9	11,3
Berufsgrundschuljahr	2 967	1 884	63,5	790	1 094	55	1,9	-	-	324	10,9	670	22,6	34	1,1
Berufsfachschulen	4 146	2 770	66,8	1 507	1 263	282	6,8	-	-	247	6,0	797	19,2	50	1,2
Fachoberschulen	779	120	15,4	59	61	37	4,7	-	-	63	8,1	536	68,8	23	3,0
Berufsl. Gymnasien	181	59	32,6	34	25	20	11,0	-	-	7	3,9	94	51,9	1	0,6
Zusammen	37 971	18 731	49,3	11 466	7 265	1 263	3,3	-	-	1 762	4,6	15 740	41,5	475	1,3

dualen System, also eine Lehre, an. Damit ist zwar die Zahl der Schulabgänger, die einen Ausbildungsplatz suchten, gegenüber dem Vorjahr geringfügig gestiegen, doch ihr Anteil an der Gesamtzahl der Befragten sank rapide von 64,8% auf 53,4%, was wiederum vor allem auf die Einbeziehung der Abiturienten und Fachoberschüler in die Befragung zurückzuführen ist. Legt man die Schulabgängerzahlen zugrunde, die denen des Vorjahres entsprechen, so ging die Zahl der Entlaßschüler, die eine Lehre absolvieren wollten, trotz der gestiegenen Schulabgängerzahl leicht zurück, ihr Anteil an der Gesamtzahl sank von 64,8 auf 61,3%.

Etwas angestiegen ist die Zahl der Schulabgänger, die keinen Ausbildungs-, sondern einen Arbeitsplatz suchten. Doch lag ihr Anteil mit 4,1% der Gesamtzahl relativ niedrig. Erwartungsgemäß suchten zwar ein Drittel aller Sonderschüler, aber weniger als 1% der Realschüler und Gymnasiasten einen Arbeitsplatz und keine Ausbildungsstelle.

Weitere schulische Bildung stärker gefragt

Während der Anteil der Schulabgänger, die eine Lehre absolvieren, sank, stieg der Trend zu einer weiteren schulischen Bildung. Von allen im Mai

1978 befragten Entlaßschülern wollte mehr als ein Drittel nach Abschluß des Schulbesuchs in eine weitere schulische oder eine Hochschulbildung eintreten. Stellt man die vergleichbaren Gruppen von 1977 und 1978 einander gegenüber, so zeigt sich, daß im Vorjahr 27,7% der Schulabgänger einen weiteren Schulbesuch - überwiegend in einer berufsbildenden Vollzeitschule - planten. In diesem Jahr lag ihr Anteil bei 29,1%. Auffallend dabei ist, daß vor allem die Mädchen verstärkt weitere schulische Abschlüsse anstreben. So wollten mehr als zwei Fünftel der Entlaßschülerinnen, aber nur etwas mehr als ein Viertel der männlichen Schulabgänger eine weitere schulische Bildung bzw. eine Hochschulbildung absolvieren. Der Trend zur weiteren schulischen Bildung und damit auch einer längeren Schulverweildauer zeigt sich auch noch darin, daß 1978 trotz gestiegener Schülerzahlen weniger Schüler aus Klassenstufe 10 der Gymnasien die Schule verlassen wollten als noch vor einem Jahr.

Leicht angestiegen ist sowohl die Zahl als auch der Anteil der Schüler, die eine Ausbildung im öffentlichen Dienst anstrebten, und zwar vor allem bei Schulabgängern aus dem Berufsgrundschuljahr und aus Berufsfachschulen. Insgesamt waren es

Schulabgänger aus Hauptschulen nach Verwaltungsbezirken 1978

Verwaltungsbezirk	Be- fragte Entlaß- schüler ins- gesamt	Davon										
		streben eine Ausbildung im dualen System an				davon		streben eine Aus- bildung im öffent- lichen Dienst an	wollen zur Bundes- wehr/ Bundes- grenz- schutz/in Ersatz- dienst	streben einen Arbeits- platz, aber keine Ausbil- dung an	streben eine weitere schu- lische Ausbil- dung an	wollen zu Hause bleiben (einschl. mithelf. Familien- ange- hörige)
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%					
Kreisfreie Stadt Koblenz	912	553	60,6	365	66,0	188	34,0	2,6	0,1	4,9	30,7	1,0
Landkreise												
Ahrweiler	1 095	672	61,4	549	81,7	123	18,3	2,6	0,1	1,5	34,1	0,4
Altenkirchen (Ww.)	1 466	969	66,1	723	74,6	246	25,4	2,1	0,1	3,5	27,6	0,5
Bad Kreuznach	1 499	851	56,8	603	70,9	248	29,1	0,3	-	4,2	38,4	0,3
Birkenfeld	977	585	59,9	313	53,5	272	46,5	1,4	0,3	2,4	35,4	0,6
Cochem-Zell	847	514	60,7	376	73,2	138	26,9	3,3	-	2,6	32,9	0,5
Mayen-Koblenz	2 047	1 348	65,9	963	71,4	385	28,6	1,4	0,0	31,6	30,6	0,5
Neuwied	1 489	878	59,0	647	73,7	231	26,3	1,3	0,1	3,0	36,5	0,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 011	530	52,4	413	77,9	117	22,1	2,5	0,4	2,5	41,6	0,6
Rhein-Lahn-Kreis	1 102	734	66,6	552	75,2	182	24,8	4,4	-	1,2	27,6	0,3
Westerwaldkreis	1 839	1 250	68,0	905	72,4	345	27,6	1,3	0,1	3,5	26,9	0,3
RB Koblenz	14 284	8 884	62,2	6 409	72,1	2 475	27,9	1,9	0,1	2,8	32,5	0,4
Kreisfreie Stadt Trier	1 111	686	61,8	366	53,4	320	46,7	2,0	0,3	1,6	33,8	0,5
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	1 365	874	64,0	581	66,5	293	33,5	1,8	0,1	2,3	30,1	1,7
Bitburg-Prüm	1 348	747	55,4	578	77,4	169	22,6	1,3	-	1,6	41,1	0,7
Daun	753	404	53,7	301	74,5	103	25,5	2,1	-	1,7	41,6	0,9
Trier-Saarburg	1 344	836	62,2	505	60,4	331	39,6	1,2	0,3	1,7	33,9	0,7
RB Trier	5 921	3 547	59,9	2 331	65,7	1 216	34,3	1,6	0,2	1,8	35,6	0,9
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	445	278	62,5	195	70,1	83	29,9	1,8	-	7,6	26,7	1,3
Kaiserslautern	945	531	56,2	297	55,9	234	44,1	1,9	0,3	7,8	32,5	1,3
Landau i. d. Pfalz	324	223	68,8	139	62,3	84	37,7	2,8	0,6	1,5	25,9	0,3
Ludwigshafen a. Rhein	1 394	889	63,8	567	63,8	322	36,2	1,9	-	2,9	30,1	1,4
Mainz	1 167	707	60,6	525	74,3	182	25,7	1,1	-	1,8	36,0	0,5
Neustadt a. d. Weinstr.	495	295	59,6	219	74,2	76	25,8	1,8	-	2,8	34,5	1,2
Pirmasens	270	154	57,0	82	53,3	72	46,8	2,6	-	12,6	26,3	1,5
Speyer	380	204	53,7	140	68,6	64	31,4	3,4	0,3	3,7	38,9	-
Worms	729	431	59,1	288	66,8	143	33,2	1,5	-	4,1	33,6	1,6
Zweibrücken	377	225	59,7	144	64,0	81	36,0	2,4	-	3,4	33,7	0,8
Landkreise												
Alzey-Worms	1 081	697	64,5	538	77,2	159	22,8	0,8	0,1	2,4	31,1	1,1
Bad Dürkheim	1 219	746	61,2	516	69,2	230	30,8	2,2	-	3,4	32,8	0,3
Donnersbergkreis	833	504	60,5	341	67,7	163	32,3	1,7	-	3,6	34,0	0,2
Germersheim	1 164	696	59,8	518	74,4	178	25,6	0,7	0,1	6,6	31,8	1,0
Kaiserslautern	1 021	639	62,6	473	74,0	166	26,0	1,8	0,2	4,7	30,3	0,5
Kusel	958	611	63,8	393	64,3	218	35,7	2,2	-	1,4	32,4	0,3
Südliche Weinstraße	1 150	697	60,6	490	70,3	207	29,7	1,8	0,3	6,3	30,1	0,9
Ludwigshafen	1 224	796	65,0	595	74,8	201	25,3	1,3	-	4,0	28,0	1,6
Mainz-Bingen	1 553	979	63,0	765	78,1	214	21,9	1,1	0,1	3,1	31,9	0,8
Pirmasens	1 151	590	51,3	397	67,3	193	32,7	1,3	-	13,9	32,6	1,0
RB Rheinhessen-Pfalz	17 880	10 892	60,9	7 622	70,0	3 270	30,0	1,6	0,1	4,7	31,8	0,9
Rheinland-Pfalz	38 085	23 323	61,2	16 362	70,2	6 961	29,9	1,7	0,1	3,5	32,7	0,7
Kreisfreie Städte	8 549	5 176	60,6	3 327	64,3	1 849	35,7	2,0	0,1	4,0	32,4	1,0
Landkreise	29 536	18 147	61,4	13 035	71,8	5 112	28,2	1,7	0,1	3,4	32,7	0,7

3,8% aller befragten Schüler. Weitere 3,5% wollten zur Bundeswehr bzw. zum Bundesgrenzschutz als Beruf oder erwarteten ihre Einberufung als Wehrpflichtige. Die Abiturienten waren in dieser Gruppe am stärksten vertreten. Nicht einmal 1% aller befragten Entlassschüler wollte weder in ein Ausbildungs- noch in ein Arbeitsverhältnis eintreten, sondern zu Hause bleiben.

27 500 mit gesichertem Ausbildungsvertrag

Von den 40 707 befragten Schulabgängern, die eine Ausbildung im dualen System anstrebten, hatten im Mai 1978 mehr als zwei Drittel, insgesamt 27 484 Schüler, bereits einen gesicherten Ausbildungsvertrag. 13 223 Entlassschüler suchten noch einen Lehrherrn, das sind fast 1 600 weniger als im Mai des Vorjahres. Betrachtet man den gleichen Kreis von Befragten wie im Vorjahr, dann zeigt sich sogar ein Rückgang der Zahl der Schulabgänger ohne Lehrstelle gegenüber dem Vorjahr um 2 900. Die Situation stellt sich damit wesentlich besser dar als vor einem Jahr und auch besser als 1976, als noch wesentlich weniger Schüler aus den Schulen entlassen wurden und eine Ausbildungsstelle suchten. Zwar dürfte mit ein Grund für die Verbesserung der Situation auch darin liegen, daß die Suche der Entlassschüler nach einem Ausbildungsplatz inzwischen wegen der schwierigen Situation schon sehr viel früher beginnt als noch vor zwei Jahren. Damit sind im Mai auch schon mehr Verträge abgeschlossen als vormals. Dennoch scheint die Versorgung der Schulabgänger mit Lehrstellen günstiger zu sein als in den Vorjahren.

Die Chance, eine Lehrstelle zu finden, ist offenbar sehr stark abhängig von der besuchten Schulart, vom Vorliegen eines Abschlusses und auch vom Geschlecht. So hatten im Mai 1978 fast drei Viertel der ausbildungswilligen Entlassschüler aus Realschulen und Gymnasien einen Ausbildungsplatz gefunden und auch 7 von 10 Schulabgängern aus Hauptschulen, die eine Lehrstelle anstrebten, hatten einen gesicherten Ausbildungsvertrag. Schlechter dagegen war die Versorgung der Entlassschüler aus berufsbildenden Schulen. Nur 54,4% der ausbildungswilligen Schüler, die diese Schulart verlassen wollten, hatten einen Lehrherrn gefunden. Dabei hatten es die Schüler aus dem Berufsgrundschuljahr bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz am schwersten. Noch schwieriger allerdings stellte sich die Situation für die 789 eine Lehrstelle Nachfragenden aus Sonderschulen dar. Von ihnen hatten lediglich 351 einen gesicherten Ausbildungsplatz.

Die größten Probleme bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz ergaben sich jedoch für Schüler, die ihre Schule vorzeitig verlassen wollten. Von den Schülern aus Klassenstufe 7 und darunter aus Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, die eine Lehre absolvieren wollten, hatte bis zum Mai erst ein Drittel auch eine Zusage bekommen und auch bei den Abgängern aus Klassenstufe 8 war es nur knapp mehr als die Hälfte. Allerdings suchte auch ein Großteil dieser vorzeitig abgehenden Schü-

ler von vornherein keinen Ausbildungs- sondern einen Arbeitsplatz.

7 300 Mädchen und 6 000 Jungen noch ohne Ausbildungsvertrag

Für die Schulabgänger aller Schularten zeigte sich, daß die Mädchen, die einen betrieblichen Ausbildungsplatz nachfragten, seltener einen Lehrherrn gefunden hatten als die Jungen. So hatten bis zum Mai erst 61,2% aller ausbildungswilligen Entlassschülerinnen Erfolg bei der Stellensuche gehabt, während von ihren Schulkameraden bereits 72,9% einen Ausbildungsvertrag hatten. Insgesamt waren im Mai noch 7 265 der befragten Mädchen und 5 958 der befragten Jungen ohne Ausbildungsvertrag.

Während von den weiblichen Schulabgängern aus Gymnasien fast ein ebenso hoher Anteil der Ausbildungswilligen eine Lehrstelle gefunden hatte wie ihre Schulkameraden, differierten die Anteile bei den Realschülern, Hauptschülern und Sonderschülern um mehr als zehn Prozentpunkte. Im Bereich der berufsbildenden Schulen war die Diskrepanz noch größer. Dort hatten 57% der ausbildungswilligen männlichen Entlassschüler aus dem Berufsgrundschuljahr, aber nur 41,9% der Schülerinnen einen gesicherten Ausbildungsvertrag. Von den männlichen Schulabgängern aus Berufsfachschulen hatten 66,2% eine Lehrstelle gefunden (Mädchen 54,4%), aus Fachoberschulen 63,3% (Mädchen 49,2%) und aus beruflichen Gymnasien 70,2% (Mädchen 57,6%).

Aus den Schwierigkeiten, die Mädchen offensichtlich bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz haben, läßt sich zumindest teilweise auch erklären, weshalb relativ viele Mädchen eine weitere schulische Bildung anstreben. Sie weichen offenbar einerseits vielfach in den Schulbereich aus, wenn sie am Ausbildungsstellenmarkt keine Möglichkeit zur Vermittlung sehen und versuchen andererseits, ihre Chancen durch eine weitere schulische Bildung zu verbessern.

Konzentration auf wenige Berufe

Mit ein Grund dafür, daß es für Mädchen schwieriger ist, eine Lehrstelle zu finden, dürfte darin liegen, daß sich die Schulabgängerinnen bei der Stellensuche auf nur wenige typische Berufsgruppen konzentrieren. So suchten allein 45,6% der Mädchen, die im Mai noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, eine Lehrstelle in der Berufsgruppe der kaufmännischen und der Verwaltungsberufe (einschließlich Verkaufsberufe). Weitere 27,0% suchten Ausbildungsstellen für Gesundheits- und Körperpflegeberufe (Arzthelferin, Friseurin). Damit konzentrierten sich drei Viertel der stellensuchenden Mädchen auf nur zwei der 16 erfragten Berufsgruppen. Der Anteil der Mädchen, die eine Lehrstelle in Metallberufen, Elektroberufen oder Bau- und Holzberufen nachsuchten, war dagegen verschwindend klein. Von den männlichen Schulabgängern, die noch keinen Ausbildungsplatz hatten, war die Streuung in den Berufsgruppen dagegen größer. So suchten 31% der ausbildungswilligen

Schulabgänger aus Berufsgrundschuljahr, 1- und 2jährigen Berufsfachschulen, Fachoberschulen und beruflichen Gymnasien
nach Verwaltungsbezirken 1978

Verwaltungsbezirk	Be- fragte Entlaß- schüler ins- gesamt	Davon										
		streben eine Ausbildung im dualen System an		davon			streben eine Aus- bildung im öffent- lichen Dienst an	wollen zur Bundes- wehr/ Bundes- grenz- schutz/in Ersatz- dienst	streben einen Arbeits- platz, aber keine Ausbil- dung an	streben eine weitere schu- liche Ausbil- dung an	wollen zu Hause bleiben (einschl. mithelf. Familien- ange- hörige)	
				mit gesichertem Ausbildungs- platz	suchen noch einen Aus- bildungs- platz	Anzahl						
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl				%		
Kreisfreie Stadt Koblenz	743	273	36,7	165	60,4	108	39,6	6,5	8,3	8,2	38,6	1,6
Landkreise												
Ahrweiler	180	93	51,7	66	71,0	27	29,0	6,7	13,3	8,3	20,0	-
Altenkirchen (Ww.)	293	150	51,2	101	67,3	49	32,7	-	3,8	8,2	36,9	-
Bad Kreuznach	770	405	52,6	258	63,7	147	36,3	2,7	12,7	2,6	27,9	1,4
Birkenfeld	288	186	64,6	84	45,2	102	54,8	4,2	9,0	2,1	19,4	0,7
Cochem-Zell	171	97	56,7	67	69,1	30	30,9	7,0	8,8	3,5	21,6	2,3
Mayen-Koblenz	429	228	53,1	141	61,8	87	38,2	9,8	9,6	4,9	22,4	0,2
Neuwied	669	284	42,5	177	62,3	107	37,7	3,7	13,3	4,3	33,8	2,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	413	242	58,6	127	52,5	115	47,5	11,6	3,4	4,6	19,6	2,2
Rhein-Lahn-Kreis	245	147	60,0	94	63,9	53	36,1	4,5	14,7	2,0	18,0	0,8
Westerwaldkreis	395	264	66,8	151	57,2	113	42,8	5,8	9,4	2,0	15,2	0,8
RB Koblenz	4 596	2 369	51,5	1 431	60,4	938	39,6	5,5	9,9	4,7	27,1	1,3
Kreisfreie Stadt Trier	1 104	539	48,8	210	39,0	329	61,0	5,6	8,1	6,5	28,4	2,1
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	407	187	45,9	94	50,3	93	49,7	4,4	8,4	4,7	34,9	1,7
Bitburg-Prüm	458	273	59,6	128	46,9	145	53,1	4,4	2,0	8,1	25,5	0,4
Daun	324	189	58,3	112	59,3	77	40,7	3,7	8,6	2,2	26,9	0,3
Trier-Saarburg	302	236	78,2	168	71,2	68	28,8	1,7	3,6	3,3	13,2	-
RB Trier	2 595	1 424	54,9	712	50,0	712	50,0	4,5	6,6	5,6	27,2	1,3
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	239	123	51,5	63	51,2	60	48,8	2,9	6,7	13,0	25,5	0,4
Kaiserslautern	826	276	33,4	97	35,1	179	64,9	6,2	15,1	3,2	42,0	0,1
Landau i. d. Pfalz	348	178	51,1	85	47,8	93	52,2	4,3	14,4	4,3	25,6	0,3
Ludwigshafen a. Rhein	752	439	58,4	225	51,3	214	48,7	3,7	6,4	7,2	24,2	0,1
Mainz	1 148	468	40,8	301	64,3	167	35,7	3,7	6,0	8,6	40,4	0,4
Neustadt a. d. Weinstr.	363	235	64,7	140	59,6	95	40,4	4,7	9,4	2,5	17,9	0,8
Pirmasens	171	100	58,5	48	48,0	52	52,0	7,6	11,7	1,2	20,4	0,6
Speyer	326	175	53,7	77	44,0	98	56,0	6,1	6,4	9,8	23,6	0,3
Worms	582	338	58,1	198	58,6	140	41,4	3,8	4,3	8,6	23,3	1,9
Zweibrücken	271	159	58,6	65	40,9	94	59,1	3,7	8,5	10,7	18,1	0,4
Landkreise												
Alzey-Worms	172	124	72,1	84	67,7	40	32,3	1,2	-	13,9	11,6	1,2
Bad Dürkheim	166	123	74,1	62	50,4	61	49,6	9,0	1,8	10,8	4,2	-
Donnersbergkreis	211	121	57,3	78	64,5	43	35,5	10,9	4,7	2,4	24,6	-
Germersheim	405	300	74,1	167	55,7	133	44,3	6,4	-	11,1	7,9	0,5
Kaiserslautern	219	125	57,1	46	36,8	79	63,2	4,1	5,0	4,1	28,8	0,9
Kusel	313	209	66,8	86	41,1	123	58,9	6,0	4,5	4,2	17,2	1,3
Südliche Weinstraße	196	151	77,0	85	56,3	66	43,7	7,6	5,1	1,5	3,2	0,5
Ludwigshafen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Mainz-Bingen	421	242	57,5	141	58,3	101	41,7	7,1	8,3	5,2	20,0	1,9
Pirmasens	219	166	75,8	79	47,6	87	52,4	7,3	3,7	5,5	6,8	0,9
RB Rheinhessen-Pfalz	7 348	4 052	55,1	2 127	52,5	1 925	47,5	5,2	7,1	6,8	25,1	0,6
Rheinland-Pfalz	14 539	7 845	54,0	4 270	54,4	3 575	45,6	5,2	7,9	5,9	26,1	1,0
Kreisfreie Städte	6 873	3 303	48,0	1 674	50,7	1 629	49,3	4,9	8,5	7,0	30,7	0,9
Landkreise	7 666	4 542	59,3	2 596	57,2	1 946	42,8	5,4	7,4	4,9	22,0	1,0

Von Schulabgängern ohne Ausbildungsvertrag angestrebte Berufsgruppen 1978

Berufsgruppe	Ins- gesamt	Abgänger aus							
		Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gymnasien und Inte- grierten Gesamt- schulen	Berufs- grund- schuljahr	1- und 2jährigen Berufs- fach- schulen	Fach- ober- schulen	beruf- lichen Gym- nasien
Insgesamt									
Landwirtschafts-, Gartenbau- und Forstberufe	387	233	49	28	14	27	25	9	2
Metallberufe	1 882	1 363	73	87	32	251	67	7	2
Elektroberufe	953	586	10	133	36	77	101	9	1
Bauberufe	611	434	71	67	11	20	8	-	-
Holzberufe	369	266	48	10	4	34	5	2	-
Textil- und Lederberufe	325	237	11	11	8	47	11	-	-
Druck- und Papierberufe	76	34	1	7	9	20	5	-	-
Chemie-, Physik- und Biologie- berufe; Glas-, Porzellan- und Keramikberufe	356	137	1	79	50	35	47	1	6
Nahrungs- und Genußmittel- berufe	701	520	39	31	13	64	34	-	-
Kaufmännische und Verwal- tungsberufe	4 338	1 759	38	638	288	538	1 023	31	23
Gesundheits- und Körperpflege- berufe	2 047	819	33	363	155	243	408	24	2
Hotel- und Gaststättenberufe	398	217	13	39	19	88	19	2	1
Hauswirtschaftsberufe	458	193	35	19	8	159	41	2	1
Gestaltende und künstlerische Berufe	243	122	13	50	17	22	11	5	3
Bergleute und Mineralgewinner	5	3	-	1	-	-	1	-	-
Verkehrsberufe	74	38	3	9	13	1	7	2	1
I n s g e s a m t	13 223	6 961	438	1 572	677	1 626	1 813	94	42
Weiblich									
Landwirtschafts-, Gartenbau- und Forstberufe	160	90	11	12	10	20	12	3	2
Metallberufe	36	25	-	3	3	3	2	-	-
Elektroberufe	20	9	-	1	2	2	5	1	-
Bauberufe	50	18	-	23	3	1	5	-	-
Holzberufe	27	20	6	-	1	-	-	-	-
Textil- und Lederberufe	271	199	9	7	6	43	7	-	-
Druck- und Papierberufe	41	14	1	4	4	15	3	-	-
Chemie-, Physik- und Biologie- berufe; Glas-, Porzellan- und Keramikberufe	223	78	-	38	30	32	41	-	4
Nahrungs- und Genußmittel- berufe	274	178	11	17	10	38	20	-	-
Kaufmännische und Verwal- tungsberufe	3 314	1 468	33	446	163	462	706	23	13
Gesundheits- und Körperpflege- berufe	1 962	790	31	349	140	233	393	24	2
Hotel- und Gaststättenberufe	278	124	9	36	18	71	18	2	-
Hauswirtschaftsberufe	453	189	34	19	8	159	41	2	1
Gestaltende und künstlerische Berufe	141	55	1	43	10	15	9	5	3
Bergleute und Mineralgewinner	2	2	-	-	-	-	-	-	-
Verkehrsberufe	13	5	-	-	6	-	1	1	-
I n s g e s a m t	7 265	3 264	146	998	414	1 094	1 263	61	25

Entlaßschüler ohne Lehrstelle Metallberufe nach, 17,2% kaufmännische und Verwaltungsberufe, 15,7% Elektroberufe und 9,4% Bauberufe.

Von den Schulabgängern, die im Mai 1978 noch keine Lehrstelle gefunden hatten, waren bis zu diesem Termin erst 57% beim zuständigen Arbeitsamt vorstellig geworden. Mädchen fragten offensichtlich eher bei den Arbeitsämtern nach Lehr-

stellen als Jungen. Am häufigsten meldeten sich Schüler aus Realschulen, dem Berufsgrundschuljahr und den Berufsfachschulen beim Arbeitsamt, während Schulabgänger aus allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien, die noch einen Ausbildungsplatz suchten, relativ selten die Unterstützung der Arbeitsämter in Anspruch nahmen.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Studien- und Berufswünsche 1978

Seit 1971 werden in allen Bundesländern die Schüler in der Sekundarstufe II, die eine Studienberechtigung erlangen wollen, nach ihren Studien- und Berufswünschen gefragt. Diese Befragung sollte ursprünglich Daten für die Vorausschätzungen der Studienanfängerzahlen liefern und die Hochschulplanung auf mögliche zu erwartende Engpässe im Hochschulbereich hinweisen. Doch der zunehmende Andrang zu den Hochschulen war mit Hilfe dieses kurzfristig gewonnenen Datenmaterials nicht mehr zu bewältigen. Nunmehr hat die Erhebung der Studien- und Berufswünsche lediglich noch die Aufgabe - möglichst unverfälscht von Überlegungen zum Numerus clausus - Daten über die Absichten der Studienberechtigten zu ermitteln.

Eine Erhebung der Studien- und Berufswünsche der Abiturienten war erstmals 1970 auf Veranlassung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft von der Hochschul-Informationssystem GmbH durchgeführt worden. Seinerzeit waren neben den Abiturienten auch die Angehörigen der Bundeswehr und des zivilen Ersatzdienstes mit Berechtigung zum Hochschulstudium in die Erhebung einbezogen worden. 1971 wurde entsprechend einem Beschluß der Bundesländer-Kommission für die Bildungsplanung erneut eine solche Erhebung durchgeführt. Mit der

Schüler in Abschlußklassen 1971 - 1978

Jahr	Befragte Schüler		Mit Studienabsicht		Unent-schlossene		Ohne Studienabsicht	
	ins-ge-samt	weib-lich	zu-sam-men	weib-lich	zu-sam-men	weib-lich	zu-sam-men	weib-lich
	Anzahl		%					
1971	6 578	2 602	85,8	83,2	8,3	6,2	5,9	7,7
1972	9 547	2 654	90,3	89,3	5,9	5,5	3,7	5,3
1973	9 271	3 362	88,2	87,6	7,6	6,5	4,3	5,9
1974	10 680	3 864	83,4	81,3	10,5	9,5	6,1	9,2
1975	10 271	3 792	78,1	73,8	12,8	12,3	9,1	13,9
1976	12 314	4 935	74,8	69,5	15,0	15,2	10,2	15,3
1977	13 195	5 486	70,5	65,9	17,9	17,9	11,6	16,2
1978	12 296	5 123	67,0	63,2	19,7	18,7	13,2	18,0

Erhebung und Aufbereitung wurden das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter betraut. Ab 1972 bildete das Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz) vom 31. August 1971 die Rechtsgrundlage für diese Statistik.

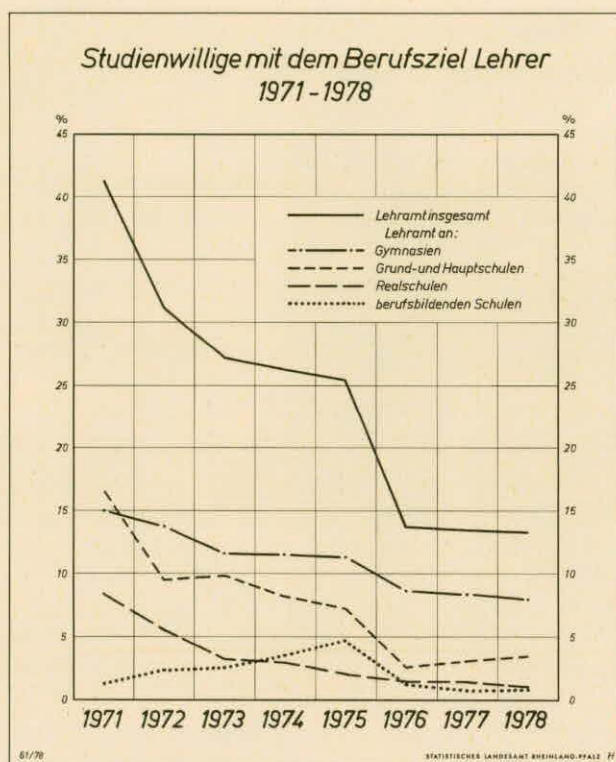
Entsprechend diesem Gesetz mußten in diese Erhebung alle Schüler der Sekundarstufe II einbezogen werden, die eine Studienberechtigung erwerben wollen. Außerdem ist auch bei den wehr- und ersatzdienstleistenden Studienberechtigten eine solche Erhebung durchzuführen. Da jedoch berechtigte Zweifel daran bestehen, daß die Schüler in den unteren Klassenstufen der Sekundarstufe II bereits brauchbare Aussagen über ihre Studien- und Berufswünsche machen können, wurde die Befragung auf die Schüler in den Abschlußklassen beschränkt. Ebenso wurde auf die Erfassung der Studienberechtigten im Bereich der Bundeswehr und des Zivildienstes verzichtet.

Die in die Erhebung einbezogenen Abiturienten und Fachoberschüler sollten jeweils angeben, welchen Schulabschluß sie anstreben, ob sie studieren wollten oder nicht, wann und wo sie welches Fach studieren wollten und welches Berufsziel sie hatten, falls sie kein Studium anstrebten. Die letzte Frage war allerdings weniger von Bedeutung. In erster Linie interessierte die zu erwartende Nachfrage nach Studienplätzen.

In Rheinland-Pfalz wurde die Erhebung 1978 im Februar durchgeführt. Befragt wurden die Schüler in den Abschlußklassen der allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien, der Integrierten Gesamtschulen, der Kollegs und der Fachoberschulen. Natürlich wußten zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht alle Abiturienten und Fachoberschüler, welchen Weg sie nach der Erlangung der Studienberechtigung einschlagen wollten. Auch war für einige Schüler nicht sicher, ob sie das angestrebte

Studienwillige Abiturienten und Fachoberschüler nach angestrebten Studienbereichen 1978

Angestrebter Studienbereich	Ins-gesamt		Männlich		Weiblich	
	An-zahl	%	An-zahl	%	An-zahl	%
Sozialwesen	748	9,1	220	4,4	528	16,3
Maschinenbau, Verfahrenstechnik	747	9,1	711	14,2	36	1,1
Wirtschaftswissenschaften	717	8,7	532	10,6	185	5,7
Elektrotechnik	492	6,0	485	9,7	7	0,2
Humanmedizin	422	5,1	211	4,2	211	6,5
Rechtswissenschaft	353	4,3	209	4,2	144	4,4
Chemie	278	3,4	203	4,1	76	2,3
Biologie	257	3,1	124	2,5	133	4,1
Bauingenieurwesen	238	2,9	225	4,5	14	0,4
Agrarwissenschaften	218	2,6	152	3,0	66	2,0
Gestaltung	206	2,5	95	1,9	111	3,4
Architektur, Innenarchit.	190	2,3	131	2,6	59	1,8
Psychologie	181	2,2	74	1,5	107	3,3
Germanistik	177	2,1	54	1,1	123	3,8
Sport, Leibeserziehung	176	2,1	108	2,2	68	2,1
Physik, Astronomie	158	1,9	130	2,6	28	0,9
Mathematik	157	1,9	86	1,7	71	2,2
Erziehungswissenschaften	153	1,9	28	0,6	125	3,9
Katholische Theologie, Religionslehre	138	1,7	79	1,6	59	1,8
Musik	137	1,7	67	1,3	70	2,2
Anglistik	131	1,6	35	0,7	96	3,0
Bildende Kunst, Kunstgeschichte	122	1,5	46	0,9	76	2,3
Informatik	121	1,5	87	1,7	34	1,0
Politik und Sozialwissenschaften	113	1,4	80	1,6	33	1,0
Geschichte	105	1,3	64	1,3	41	1,3
Bibliothekswesen, Publizistik	104	1,3	37	0,7	67	2,1
Evangelische Theologie, Religionslehre	104	1,3	62	1,2	42	1,3
Gartenbau, Landespflanze	95	1,2	47	0,9	48	1,5
Pharmazie	95	1,2	37	0,7	58	1,8
Ernährungs- und Hauswissenschaften	86	1,0	8	0,2	78	2,4
Zusammen	7 221	87,6	4 427	88,5	2 794	86,2
Sonstige	1 022	12,4	576	11,5	446	13,8
Insgesamt	8 243	100,0	5 003	100,0	3 240	100,0



Schulziel erreichen werden. Doch die Erhebung hatte auch nicht die Aufgabe, exakte Daten über die zu erwartenden Studienanfänger zu ermitteln, sondern lediglich die Absichten der Schüler in den Abschlußklassen zum Zeitpunkt der Befragung festzustellen. Im Vergleich mit den in den Vorjahren gewonnenen Werten zeigte sich dabei, daß die Abiturienten und die Fachoberschüler offensichtlich sowohl die relativ guten Chancen am Ausbildungsstellenmarkt für Schüler mit Hochschul- und Fachhochschulreife als auch die gegenwärtig schlechte Arbeitsmarktsituation für Akademiker bei ihren Planungen berücksichtigten.

Nur noch zwei Drittel zum Studium entschlossen

Denn immer weniger Abiturienten und Fachoberschüler wollen studieren. Im Februar 1978 waren von den 12 296 in die Erhebung in Rheinland-Pfalz einbezogenen Schüler in den Abschlußklassen nur noch gut zwei Drittel zum Studium entschlossen, und zwar 7 von 10 Jungen und 63,2% der Mädchen. Bei der Erhebung der Studien- und Berufswünsche 1971 hatten noch 85,8% aller befragten Schüler angegeben, daß sie nach Erlangung der Hochschulberechtigung studieren wollten, 1972 waren es sogar 9 von 10 der Befragten. Seither sank der Anteil der Studienwilligen ständig.

Damit nahm trotz gestiegener Abiturientenzahlen die Zahl der Studienwilligen nicht in dem zu erwartenden Ausmaß zu. So hatten 1978 rund 400 Schüler weniger die Absicht zu studieren als 1972, obwohl in diesem Jahr über 2 700 Schüler mehr in die Erhebung einbezogen waren als damals.

Mit dem Rückgang der Studienneigung nahm die Unsicherheit unter den Abiturienten und Fachoberschülern zu. Jeder fünfte Schüler war im Fe-

bruar 1978 hinsichtlich seines späteren Berufs- bzw. Bildungsweges noch unentschlossen. Seit 1972 hat sich damit der Anteil der Unentschlossenen mehr als verdreifacht. Dies weist deutlich auf die Probleme hin, die sich für die Schüler ergeben, die zwischen Hochschulstudium und beruflicher Ausbildung zu entscheiden haben. Interessanterweise ist der Anteil der noch unentschlossenen Jungen mit 20,5% höher als der Anteil der Mädchen (18,7%).

Von den Schülern, die sich im Februar noch nicht entschieden hatten, werden sich voraussichtlich noch einige für ein Studium entscheiden, wodurch sich die Zahl der Studienwilligen noch etwas erhöhen wird. Dennoch ist der Trend zur nachlassenden Studienneigung deutlich.

Dagegen haben immer mehr Abiturienten und Fachoberschüler von vornherein nicht die Absicht zu studieren. Im Februar 1978 waren 1 626 der befragten 12 296 Schüler ohne Studienabsicht. Damit hat sich der Anteil der Abiturienten und Fachoberschüler, die nicht auf eine Hochschule wollten, seit 1972 fast vervierfacht. Wie schon in den vorangegangenen Jahren war dabei der Anteil der Mädchen, die nicht studieren wollten, höher als der Anteil der Jungen. Zum Zeitpunkt der Befragung waren einer von zehn männlichen Schülern, aber fast zwei von zehn Schülerinnen ohne Studienabsicht.

Fachoberschüler wollen häufiger studieren als Gymnasiasten

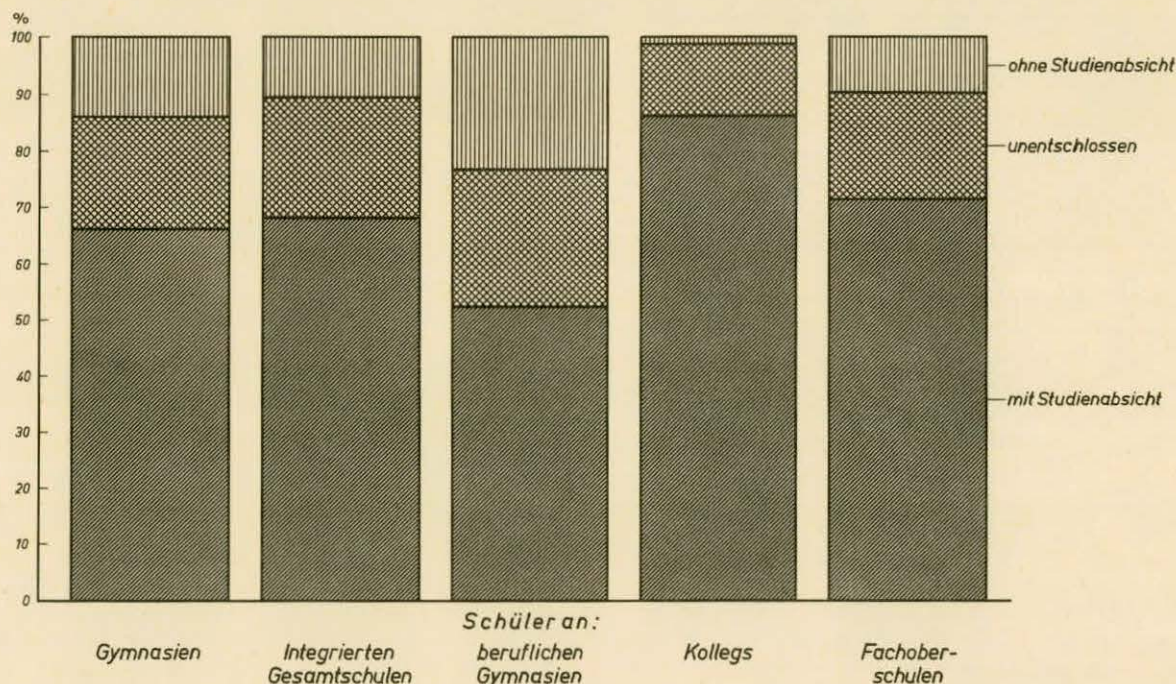
Betrachtet man die Ergebnisse der Befragung der Abiturienten und Fachoberschüler nach der besuchten Schulart, dann zeigt sich, daß relativ mehr Schüler aus den Abschlußklassen der Fachoberschulen studieren wollen als Schüler aus den Gymnasien des allgemeinbildenden Bereichs. Im Februar 1978 hatten sieben von 10 Fachoberschülern, aber nur zwei Drittel der Abiturienten aus Gymnasien die Absicht, zu studieren. Am stärksten war der Trend zum Studium bei den Abiturienten, die die Hochschulreife über den zweiten Bildungsweg an einem Kolleg erlangen wollten. Zwar waren aus den drei Kollegs des Landes nur rund 100 Abitu-

Studienwillige¹⁾ des gesamten Bundesgebietes mit angestrebtem Hochschulort in Rheinland-Pfalz 1978

Bundesland	Ins-gesamt	In Rheinland-Pfalz wollen studieren			
		zu-sam-men	an Uni-versi-täten	an Er-ziehungs-wissen-schaftl. Hoch-schule	an Fach-hoch-schulen
Schleswig-Holstein	3 738	18	10	3	5
Niedersachsen	15 466	81	39	10	32
Nordrhein-Westfalen	39 809	503	181	22	300
Hessen	11 412	977	776	64	137
Rheinland-Pfalz	7 944	3 492	1 770	175	1 547
Baden-Württemberg	14 001	109	72	6	31
Bayern	20 530	65	11	4	50
Saarland	2 378	261	95	4	162
Bremen, Hamburg und Berlin (West)	8 868	28	14	3	11
Insgesamt	124 146	5 534	2 968	291	2 275

1) Ohne 17 315 Studienwillige, die an Philosophisch-theologischen und kirchlichen Hochschulen, Kunsthochschulen oder Hochschulen im Ausland studieren wollten oder keine Angaben machten.

Studienabsicht der Abiturienten und Fachoberschüler 1978



62/78

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

rienten in die Erhebung einbezogen. Doch da der Anteil derer, die studieren wollten, mit 86,1% um fast 20 Prozentpunkte über dem Anteil der Studienwilligen an der Gesamtzahl der Befragten lag, wird hier doch deutlich, daß der zweite Bildungsweg in der Regel mit dem Ziel eingeschlagen wird, anschließend ein Hochschulstudium aufzunehmen.

Von den 8 243 Studienwilligen gaben die meisten (je 9,1%) als angestrebten Studienbereich Sozialwesen, das heißt Sozialarbeit und Sozialpädagogik, und Maschinenbau/Verfahrenstechnik an. Aber auch Wirtschaftswissenschaften (8,7%), Elektrotechnik (6,0%) und Medizin (5,1%) wurden häufig als Studienbereich der ersten Wahl genannt. Betrachtet man nur die Schüler, die die Hochschulreife anstrebten, so ändert sich die Rangfolge der angestrebten Studienbereiche. Bei den Abiturienten dominierten die Bereiche Wirtschaftswissenschaften (7,7%), Medizin (7,1%), Rechtswissenschaft (5,9%), Maschinenbau/Verfahrenstechnik (5,5%) und Sozialwesen (4,4%). Bei den Schülern, die die Fachhochschulreife erwerben wollten, stand der Wunsch nach einem Studium im Bereich Sozialwesen (21,2%) an erster Stelle, gefolgt von Maschinenbau/Verfahrenstechnik (18,2%), Elektrotechnik (13,4%), Wirtschaftswissenschaften (11,2%) und Bauingenieurwesen (7,7%).

Lehrerberuf hat an Attraktivität verloren

Die Tatsache, daß nicht mehr alle ausgebildeten Lehrer auch eine Anstellung an einer Schule finden, schlägt sich schon seit einigen Jahren in den Ergebnissen der Befragung über die Studien- und Berufswünsche der Abiturienten und Fachoberschüler nieder. 1978 strebten nur noch 13,2% aller Stu-

dienwilligen, das sind rund 1 100 Schüler, ein Lehramt an. Noch 1971 hatten zwei Fünftel aller Studienwilligen angegeben, daß sie Lehrer werden wollten. Mehr als die Hälfte der Schüler, die 1978 angaben, den Lehrerberuf ergreifen zu wollen, beabsichtigte ein Studium für das Lehramt an Gymnasien. Stellt man der hohen Zahl von 652 potentiellen Anwärtern auf das Lehramt an Gymnasien die Zahl der zur Zeit an den Gymnasien von Rheinland-Pfalz tätigen hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrern von rund 5 800 gegenüber, so zeigt sich, daß die bei den Abiturienten offensichtlich bestehenden Erwartungen hinsichtlich der Einstellungschancen für das Lehramt an Gymnasien viel zu hoch sind.

Studienwillige¹⁾ nach dem Bundesland des angestrebten Hochschulortes 1978

Bundesland des angestrebten Hochschulortes	Insgesamt		Mit angestrebter Hochschulreife		Mit angestrebter Fachhochschulreife	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig-Holstein	62	0,8	58	1,0	4	0,2
Hamburg	77	1,0	62	1,1	15	0,7
Niedersachsen	122	1,5	97	1,7	25	1,1
Bremen	24	0,3	14	0,2	10	0,4
Nordrhein-Westfalen	1 369	17,2	1 072	18,8	297	13,3
Hessen	735	9,3	459	8,0	276	12,4
Rheinland-Pfalz	3 492	44,0	2 242	39,2	1 250	56,0
Baden-Württemberg	1 146	14,4	954	16,7	192	8,6
Bayern	463	5,8	381	6,7	82	3,7
Saarland	273	3,4	238	4,2	35	1,6
Berlin (West)	181	2,3	136	2,4	45	2,0
Insgesamt	7 944	100,0	5 713	100,0	2 231	100,0

1) Ohne 299 Studienwillige, die an Philosophisch-theologischen und kirchlichen Hochschulen, Kunsthochschulen oder Hochschulen im Ausland studieren wollten oder keine Angaben machten.

Die meisten der 8 243 studienwilligen Abiturienten und Fachoberschüler, rund 85%, gaben im Februar an, daß sie unmittelbar nach dem Erwerb der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife mit dem Studium beginnen wollten. Nur jeder sechste Studienwillige beabsichtigte, zu einem späteren Zeitpunkt an eine Hochschule gehen zu wollen.

Weit mehr als die Hälfte (57,5%) der rheinland-pfälzischen Studienwilligen beabsichtigte, das Studium an einer Universität oder einer Gesamthochschule aufzunehmen, gut ein Drittel wollte auf eine Fachhochschule, und nur ein kleiner Teil strebte Studiengänge an Kunsthochschulen, pädagogischen oder erziehungswissenschaftlichen Hochschulen, philosophisch-theologischen oder kirchlichen Hochschulen oder im Ausland an. Nur wenige machten hierzu überhaupt keine Angaben. Von denjenigen, die an einer Fachhochschule studieren wollten, strebten gut drei Viertel die Fachhochschulreife an. Aber immer-

hin knapp ein Viertel der zu erwartenden Studienanfänger an Fachhochschulen wollte die Hochschulreife erwerben.

Erwartungsgemäß beabsichtigten die meisten Studienwilligen des Landes, an einer Hochschule in Rheinland-Pfalz zu studieren. 37,7% der Schüler mit angestrebter Hochschulreife und 54,6% der Schüler mit angestrebter Fachhochschulreife nannten als bevorzugten Studienort einen Hochschulstandort in Rheinland-Pfalz. Doch auch in den umliegenden Bundesländern Nordrhein-Westfalen (16,6% aller Studienwilligen), Baden-Württemberg (13,9%) und Hessen (8,9%) wollte ein großer Teil der rheinland-pfälzischen Studienwilligen eine Hochschule besuchen. Nur wenige Abiturienten und Fachhochschüler aus Rheinland-Pfalz gaben die Stadtstaaten Bremen (0,3%), Hamburg (0,9%) und Berlin (2,2%) als gewünschten Studienort an.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Schwangerschaftsabbrüche 1977

Mit Inkrafttreten des 15. Strafrechtänderungsgesetzes am 22. Juni 1976 wurden auch die neu gefaßten Bestimmungen über den Schwangerschaftsabbruch geltendes Recht. Der zuvor bestehende Rechtszustand, demzufolge jeder nicht medizinisch indizierte Schwangerschaftsabbruch mit Strafe bedroht war, hat insofern eine Änderung erfahren, als bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen auch bei anders motivierten Abbrüchen ein strafrechtlicher Tatbestand nicht mehr gegeben ist. Als Indikation zum legalen Schwangerschaftsabbruch gilt die gesicherte ärztliche Erkenntnis, wonach

- (1) der Abbruch der Schwangerschaft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Schwangeren angezeigt ist, um eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden und die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann (Allgemeinmedizinische und psychiatrische Indikation - § 218 a, Abs. 1 StGB),
- (2) dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß das Kind infolge einer Erbanlage oder schädlicher Einflüsse vor der Geburt an einer nicht behebbaren Schädigung seines Gesundheitszustandes leiden würde, die so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann (Eugenische Indikation - § 218 a, Abs. 2.1 StGB),
- (3) an der Schwangeren eine rechtswidrige Tat nach den §§ 176 - 179 StGB begangen worden ist und dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß die Schwangerschaft auf der Tat beruht (Ethische Indikation - § 218 a, Abs. 2.2 StGB),
- (4) der Abbruch der Schwangerschaft sonst angezeigt ist, um von der Schwangeren die Gefahr

einer Notlage abzuwenden, die

- (a) so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann und
- (b) nicht auf andere für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann (Sonstige schwere Notlage - § 218 a, Abs. 2.3 StGB).

Der Definition des Schwangerschaftsabbruchs zufolge handelt es sich bei einem solchen um einen bewußten medizinischen Eingriff mit dem Ziel der frühzeitigen Schwangerschaftsbeendigung. Im Sinne des geltenden Strafrechts beginnt die Schwangerschaft mit der Nidation des befruchteten Eies in der Gebärmutter. Aus medizinischer Sicht liegt nur dann ein Schwangerschaftsabbruch vor, wenn der Fötus noch nicht lebensfähig war (entsprechend der klassischen Lehrmeinung vor Beginn der 28. Schwangerschaftswoche). Nach der 28. Schwangerschaftswoche würde es sich um eine eingeleitete Frühgeburt handeln.

Die nachfolgende Darstellung beruht auf den Auswertungen der von den Ärzten für bundesstatistische Zwecke auszufüllenden Meldevordrucke über erfolgte Schwangerschaftsabbrüche. Begründet wurde die ärztliche Meldepflicht durch das Fünfte Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 18. Juni 1974, geändert durch Artikel 3 Nr. 2 des 15. Strafrechtänderungsgesetzes vom 18. Mai 1976. Die Ergebnisse des Jahres 1977 sind somit die ersten für einen geschlossenen Jahreszeitraum.

Im Rahmen der amtlichen Statistik wird der Schwangerschaftsabbruch nur nach dem Ort des Eingriffs, nicht aber nach dem Wohnort der Schwangeren registriert. Beide Orte müssen nicht identisch sein; sicherlich wird in einer nicht geringen Zahl von Fällen die Schwangere - freiwillig oder durch Umstände gezwungen - einen außerhalb ihres Wohnbereichs liegenden Eingriffsort wählen.

Sind die Ländernachweisungen über die Frauen mit Schwangerschaftsabbrüchen schon ihrer nicht vollends identischen regionalen Zuordnung wegen nur unter erheblichen Einschränkungen geeignet, zur weiblichen Bevölkerung insgesamt in Bezug gesetzt zu werden, so gilt dies im besonderen, wenn es sich wie in Rheinland-Pfalz bei den Abbrüchen um relativ geringe Fallzahlen handelt.

Wenn dennoch in den folgenden Ausführungen auf solche Relationen nicht gänzlich verzichtet wurde, so deshalb, weil die beziehungslose Darstellung der Schwangerschaftsabbrüche keinerlei Kenntnisse über das effektive Ausmaß dieser Geschehnisse im Lande vermitteln würde. Es bleibt, daß es sich bei den Bezugswerten lediglich um Näherungswerte handeln kann. Darauf basierende Aussagen finden sich nur dann, wenn diese durch die repräsentativen Ergebnisse für das Bundesgebiet bestätigt sind.

587 legale Schwangerschaftsabbrüche

Nach den vorliegenden statistischen Meldungen wurden 1977 in Rheinland-Pfalz insgesamt 587 legale Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Unterstellt man, daß diese Zahl identisch ist mit der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche bei weiblichen Personen, welche im Lande wohnhaft waren, so errechnen sich auf 100 000 Frauen im gebärfähigen Alter rund 51 Abbrüche. Bezogen auf 10 000 der im Berichtsjahr Geborenen ergeben sich 171 Abbrüche.

Bei einer Aufgliederung der in der Schwangerschaftsabbruch-Statistik erfaßten Frauen nach ihrem Alter findet sich die mit Abstand stärkste Besetzung in der Gruppe der 35- bis 40jährigen. Diese haben einen Anteil von mehr als einem Viertel. Nach der Rangfolge ihrer Besetzung folgen die Altersgruppen der 25- bis 30jährigen (16,7%), der 40- bis 45jährigen (14,7%) und der 30- bis 35jährigen (14,3%). Deutlich geringere Anteile hatten die 20- bis 25jährigen (10,9%) und die 15- bis 20jährigen (9,7%). In drei Fällen wurden die künstlichen Schwangerschaftsbeendigungen bei unter 15jährigen, in 11 Fällen bei über 45jährigen vorgenommen.

Höchste Abbruchrate bei den 35- bis 40jährigen Frauen

Bezieht man die wegen eines legalen Abbruchs erfaßten Frauen auf 100 000 gebärfähige Frauen des gleichen Altersbereichs, so ist die Rangfolge der Werte insofern eine andere, als ab der höchstbesetzten Gruppe der 35- bis 40jährigen mit abnehmendem Alter die gruppenspezifischen Werte ein kontinuierliches Gefälle aufweisen. Unter Fortlassung der in den Nachweisungen altersmäßig nicht mehr spezifizierten unter 15- und über 45jährigen Frauen errechnen sich somit für die dazwischen liegenden Altersbereiche folgende Häufigkeitsziffern: 40- bis 45jährige 73, 35- bis 40jährige 114, 30- bis 35jährige 88, 25- bis 30jährige 86, 20- bis 25jährige 50, 15- bis 20jährige 39. Damit wird offensichtlich, daß auf Frauen zwischen 35 bis 40 Jahren die weitaus meisten Schwangerschaftsabbrüche entfielen. Es ist dies verständlicherweise jener Altersbereich, in dem sich die erfaßten Frauen mit der höchsten Quote vorhergegangener Schwangerschaften befinden. Im Zusammenhang damit ist die Feststellung interessant, daß die Schwangerschaftsabbrüche bei den 35- bis 40jährigen Frauen immerhin zu 55% mit der allgemein-medizinischen Indikation begründet wurden und nur zu 29% mit einer sonstigen schweren Notlage. Genau umgekehrt verhält es sich mit der Motivation der 15- bis 20jährigen, an welchen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen wurden. Hier ist die schwere Notlage weit häufiger (64,9%) als die medizinische Indikation (26,3%). Dies wiederum erklärt sich insofern, als nahezu neun Zehntel der jungen Frauen ledig waren und sich zum großen Teil bei der Feststellung ihrer Schwangerschaft noch in einer Schul- oder Berufsausbildung befanden.

Schwangerschaftsabbrüche nach Alter der Schwangeren und Familienstand 1977

Altersgruppe	Ins- gesamt	Ledig	Ver- hei- ratet	Ver- witwet	Ge- schie- den	Unbe- kannt
Insgesamt						
10 - 15 Jahre	3	3	-	-	-	-
15 - 20 "	57	50	7	-	-	-
20 - 25 "	64	16	42	1	5	-
25 - 30 "	98	7	82	1	7	1
30 - 35 "	84	5	70	1	7	1
35 - 40 "	157	3	137	3	13	1
40 - 45 "	86	3	71	3	7	2
45 - 55 "	11	-	11	-	-	-
Unbekannt	27	5	20	-	1	1
Insgesamt	587	92	440	9	40	6
Anteil in %						
10 - 15 Jahre	0,5	3,3	-	-	-	-
15 - 20 "	9,7	54,3	1,6	-	-	-
20 - 25 "	10,9	17,4	9,6	11,1	12,5	-
25 - 30 "	16,7	7,6	18,6	11,1	17,5	16,7
30 - 35 "	14,3	5,4	15,9	11,1	17,5	16,7
35 - 40 "	26,7	3,3	31,1	33,3	32,5	16,7
40 - 45 "	14,7	3,3	16,1	33,3	17,5	33,3
45 - 55 "	1,9	-	2,5	-	-	-
Unbekannt	4,6	5,4	4,6	-	2,5	16,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

brüche bei den 35- bis 40jährigen Frauen immerhin zu 55% mit der allgemein-medizinischen Indikation begründet wurden und nur zu 29% mit einer sonstigen schweren Notlage. Genau umgekehrt verhält es sich mit der Motivation der 15- bis 20jährigen, an welchen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen wurden. Hier ist die schwere Notlage weit häufiger (64,9%) als die medizinische Indikation (26,3%). Dies wiederum erklärt sich insofern, als nahezu neun Zehntel der jungen Frauen ledig waren und sich zum großen Teil bei der Feststellung ihrer Schwangerschaft noch in einer Schul- oder Berufsausbildung befanden.

Nach ihrem Familienstand waren die erfaßten Frauen zu drei Viertel verheiratet und zu einem Siebtel ledig. 6,8% waren geschieden, 1,5% verwitwet. Bezogen auf 100 000 gebärfähige Frauen des gleichen Familienstandes entfielen auf die geschiedenen Frauen mit 136 Fällen die meisten Schwangerschaftsabbrüche. Nicht einmal die Hälfte dieser Häufigkeitsrate (63) ergab sich bei den verheirateten Frauen. Sehr viel geringer noch war die Häufigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs bei den verwitweten (32) und ledigen (23) Frauen. Auch im altersmäßigen Vergleich zwischen den Familienstandsgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede, jedoch verbietet die zum Teil sehr geringe absolute Besetzung einzelner Altersbereiche eine dieses Faktum betreffende Aussage.

Stark vier Fünftel der in der Schwangerschaftsabbruch-Statistik nachgewiesenen Frauen mußten ledige minderjährige oder ältere pflegebedürftige Kinder versorgen. Die Frauen des Altersbereichs von 30 bis 40 Jahren waren fast ausnahmslos Mütter solcher Kinder. Relativ hohe Anteile (um 90%) wiesen noch die Mütter der höheren Altersgruppen auf, ungleich geringere dagegen die Mütter der jüngeren Altersgruppen. Deren Anteile verminderten sich überdies mit den absteigenden Lebensjah-

ren verständlicherweise überproportional. Ein Vergleich zwischen der Gesamtheit der rheinland-pfälzischen Mütter mit ledigen Kindern unter 18 Jahren und der Gesamtzahl der Frauen zwischen 15 und 55 Jahren einerseits und den in der Schwangerschaftsabbruch-Statistik nachgewiesenen analogen Frauengruppen andererseits, läßt offensichtlich werden, daß Frauen mit Kindern eher eine Schwangerschaft beenden lassen als solche ohne Kinder. Hatte nämlich von der Gesamtzahl der gebärfähigen rheinland-pfälzischen Frauen nur gut die Hälfte ledige Kinder unter 18 Jahren, so betrug der Anteil der Mütter in der Schwangerschaftsabbruch-Statistik mehr als vier Fünftel. Dadurch, daß es sich bei den Gruppierungen dieser Statistik wiederum um verhältnismäßig geringe Zahlennachweisungen handelt, ist das Ausmaß vermehrter Abbruchswilligkeit bei Müttern nicht ganz zweifelhaft.

Kinderzahl nimmt Einfluß auf den Entschluß einer Schwangerschaftsunterbrechung

Um den Umfang der Belastung der Mütter durch die Erziehung und Versorgung der ledigen unter 18jährigen Kinder transparent zu machen, wurde in der Schwangerschaftsabbruch-Statistik differenziert zwischen Müttern mit Kindern im eigenen Haushalt und solchen Müttern, deren Kinder anderswo untergebracht waren. Hier sind insofern Doppelzählungen möglich, als Frauen beiden Gruppen zugeordnet werden können. Den rheinland-pfälzischen Nachweisungen zufolge traf dies in neun Fällen zu. Lediglich eine Mutter (von 478 Müttern insgesamt) lebte von ihren Kindern dauernd getrennt. Von den 477 Müttern mit im eigenen Haushalt lebenden Kindern hatten 20% ein Kind, 31% zwei Kinder, 25% drei Kinder und 24% vier oder mehr Kinder. Erhebliche Abweichungen zeigen sich bei einem Vergleich dieser Relationen mit der Struktur der Kinderzahl, wie sie für alle rheinland-pfälzischen Mütter mit minderjährigen Kindern ermittelt wurde. Es entfielen von dieser Gesamtzahl auf die Mütter mit einem Kind 46%, auf Mütter mit zwei Kindern 37%, mit drei Kindern 12%, mit vier und mehr Kindern 6%. Die auffälligen Divergen-

zen insbesondere in den beiden letzten Gruppen lassen es deutlich werden, daß auch die Existenz von mehreren der Obhut einer Mutter anvertrauten Kindern einen nicht geringen Einfluß auf den Entschluß zu einer Schwangerschaftsunterbrechung nimmt.

Die Frage nach den vorangegangenen Schwangerschaften bezieht sich nicht nur auf solche, die mit Lebendgeburten, sondern auch mit Tot- oder Fehlgeburten oder Abbrüchen beendet wurden. Bei rund 18% der erfaßten Frauen war die 1977 unterbrochene Schwangerschaft die erste. 13,5% hatten bereits eine Schwangerschaft zuvor; 22% bereits zwei, 19% drei, 9,5% vier, 7,5% fünf, 6% sechs, 2% sieben und 3% acht und mehr Schwangerschaften. Nachweisungen über die Art der Schwangerschaftsbeendigungen bleiben in der statistischen Ergebnisdarstellung ausschließlich auf die beiden ersten Schwangerschaftsgruppen beschränkt. Insbesondere wegen der in Rheinland-Pfalz nur relativ geringen Gesamtzahl von legalen Schwangerschaftsunterbrechungen können diese Angaben nur gruppenspezifische Bedeutung haben. Sie sind auch deshalb nicht repräsentativ, weil das Risiko einer Fehl- oder Totgeburt mit der Zahl der Schwangerschaften sehr stark zunimmt. So wurden bei acht und mehr Schwangerschaften nur etwa 35% der Fälle mit der entsprechenden Zahl an Lebendgeburten beendet, während von den 79 Fällen einer nur einmaligen Schwangerschaft 72 (91%) mit einer Lebendgeburt und sieben mit einer Totgeburt endeten. Bei den 128 Frauen mit zwei vorherigen Schwangerschaften ergaben sich in 117 Fällen (91,4%) jeweils zwei Lebendgeburten und in zehn Fällen jeweils eine Lebend- und eine Totgeburt. Eine der Frauen hatte auch ihre beiden vorhergehenden Schwangerschaften durch künstlichen Eingriff unterbrechen lassen. Wiederum der geringen Fallzahl wegen lassen sich fundierte Aussagen über altersspezifische Unterschiede innerhalb der Nachweisungen der Arten der Schwangerschaftsbeendigungen nicht treffen, sieht man davon ab, daß die Zahl der vorangegangenen Schwangerschaften mit zunehmendem Alter der Frau ansteigt.

Medizinische Indikation und sonstige schwere Notlage häufigste Begründungen

Bei der Begründung eines legalen Schwangerschaftsabbruchs gemäß § 218 a StGB wird unterschieden zwischen allgemeinmedizinischer, psychiatrischer, eugenischer, ethischer (kriminologischer) Indikation und sonstiger schwerer Notlage. In der Statistik findet bei Vorliegen mehrerer Indikationen nur die jeweils schwerwiegendste Berücksichtigung. Mehr als die Hälfte der 1977 in Rheinland-Pfalz vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche waren medizinisch indiziert, und zwar ergab sich in 47,5% der Fälle eine allgemein-medizinische und in 4,6% eine psychiatrische Indikation. Ein noch bedeutender Anteil entfiel auf die sonstige schwere Notlage (37,5%); weit geringer waren dagegen die Fälle der eugenischen Indikation (10,1%) und nur in einem Falle (0,2%) wurde der Abbruch der Schwangerschaft mit deren Entstehen infolge

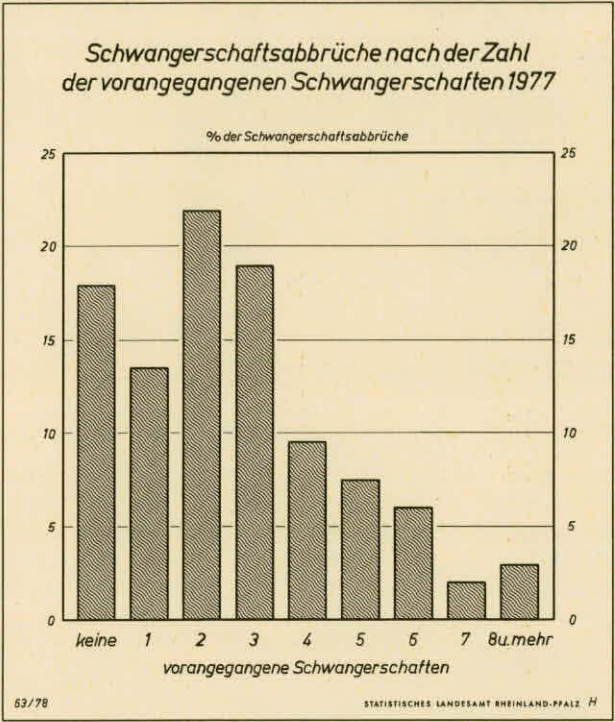
Schwangerschaftsabbrüche nach Alter der Schwangeren und Zahl der zu versorgenden Kinder 1977

Alter der Schwangeren	Insgesamt		Mütter mit ... ledigen Kindern			
			1	2	3	4 und mehr
	Anzahl	%	Anzahl			
unter 15 Jahre	-	-	-	-	-	-
15 - 20 "	6	1,2	5	1	-	-
20 - 25 "	43	8,8	22	13	7	1
25 - 30 "	81	16,6	19	31	21	10
30 - 35 "	85	17,5	19	30	24	12
35 - 40 "	154	31,6	20	47	36	51
40 - 45 "	84	17,2	10	21	24	29
45 - 55 "	10	2,1	1	3	2	4
Unbekannt	24	4,9	5	6	6	7
Insgesamt	487	100,0	101	152	120	114
%	100,0	.	20,7	31,2	24,6	23,4

einer strafbaren sexuellen Handlung begründet. Opfer dieser Straftat war ein lediges 15jähriges Mädchen. Die allgemeinmedizinische Indikation wird anteilmäßig häufiger mit zunehmendem Alter der Frau, wobei sich der zahlenmäßige Schwerpunkt im Altersbereich zwischen 35 und 40 Jahren (31,2%) findet. Annähernd die Hälfte der erfaßten Frauen, deren Schwangerschaften aus medizinischen Gründen beendet wurden, befand sich jenseits des 35. Lebensjahres. Sowohl bei der psychiatrischen als auch der eugenischen Indikation gibt es in der Alterskala der erfaßten Frauen keine Auffälligkeiten. Es mag sein, daß das Vorkommen solcher Fälle weitgehend altersunabhängig ist, näher jedoch liegt die Vermutung einer durch die relativ geringen Fallzahlen ungenügenden Repräsentation.

Die sonstige schwere Notlage ist relativ häufig in den Altersbereichen 15 bis 20 Jahren (16,8%), 35 bis 40 (20,5%) und 40 bis 45 Jahren (18,2%). Während es sich bei der erstgenannten Altersgruppe in der großen Mehrzahl (89%) um ledige Frauen handelt, sind die Erfaßten der beiden nachgenannten Gruppen zumeist verheiratete und geschiedene Frauen, vornehmlich mit zwei und mehr minderjährigen Kindern.

Den statistischen Hinweisen für den Arzt zufolge ist die Schwangerschaftsdauer post menstruationem zu berechnen, und zwar nach Möglichkeit auf der Basis der Ultraschallmethode. Bis zur 12. Schwangerschaftswoche, jener äußersten Zeitgrenze für legale Schwangerschaftsbeendigungen aufgrund einer ethischen Indikation oder einer sonstigen schweren Notlage, wurden über 92% aller erfaßten Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Innerhalb dieser Schwangerschaftsdauer erfolgten 98% der medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbrüche, für welche ein gesetzliches Zeitlimit nicht vorgeschrieben ist. Auch bei 83% der eugenisch indizierten Schwangerschaftsbeendigungen (solche sind erlaubt, wenn seit der Empfängnis nicht mehr als 22 Wochen vergangen sind) lag die Schwangerschaftsdauer unter 13 Wochen. Die Kulmination in der Skala der Schwangerschaftsdauer findet sich bei den allgemein-medizinisch indizierten Abbrüchen zwischen der 7. und 11. Schwangerschaftswoche



(66,3%), bei den psychiatrisch (33,3%) und eugenisch (25,4%) indizierten Schwangerschaftsabbrüchen jeweils in der 8. Woche. Der Abbruch der Schwangerschaft aufgrund einer sonstigen schweren Notlage erfolgte am häufigsten (50%) zwischen der 8. und 11. Schwangerschaftswoche.

Unter den angewendeten Abbruchmethoden dominierte die Curettage (Ausschabung des Uterus), sie bewirkte in zwei Drittel der Fälle das Schwangerschaftsende. Ein gutes Fünftel der Schwangerschaftsabbrüche wurde durch Vakuumaspiration (Absaugmethode) vorgenommen. In weit geringerem Umfange bevorzugte man die Eingriffsart einer vaginalen (1,0%) und abdominalen (2,0%) Hysterotomie (Öffnung des Uterus) sowie einer Hysterektomie (5,6%), mit welcher die gänzliche Entfernung des Uterus bezeichnet wird. Relativ gering waren auch die medikamentösen Abbrüche (3,6%).

Den statistischen Ergebnissen ist nicht eindeutig zu entnehmen, ob die Schwangerschaftsdauer auf

Schwangerschaftsabbrüche nach Schwangerschaftsdauer und Grund des Abbruchs 1977

Schwanger- schaftsdauer	Insgesamt	Allgemein- medizinischer Indikation	Psychia- trische Indikation	Eugenische Indikation	Ethische (Krimilog.) Indikation	Sonstige schwere Notlage	Unbekannt
bis 3 Wochen	-	-	-	-	-	-	-
" 4 "	2	-	-	-	-	2	-
" 5 "	6	3	-	1	-	2	-
" 6 "	24	11	-	5	-	8	-
" 7 "	38	21	4	6	-	7	-
" 8 "	138	80	9	15	-	33	1
" 9 "	120	62	2	6	-	50	-
" 10 "	114	43	2	9	-	60	-
" 11 "	66	25	2	3	1	35	-
" 12 "	37	15	3	4	-	15	-
" 13 "	8	3	-	3	-	2	-
14 und mehr "	12	4	-	6	-	2	-
Unbekannt	22	12	5	1	-	4	-
Insgesamt	587	279	27	59	1	220	1
%	100,0	47,5	4,6	10,1	0,2	37,5	0,2

Land	Insgesamt	Anteil in %	je 10 000 Lebend- und Totgeborene
Schleswig-Holstein	3 123	5,8	1 329
Hamburg	4 224	7,8	3 235
Niedersachsen	7 581	14,0	1 087
Bremen	900	1,7	1 501
Nordrhein-Westfalen	10 017	18,4	618
Hessen	8 559	15,8	1 644
Rheinland-Pfalz	587	1,1	171
Baden-Württemberg	8 517	15,7	931
Bayern	5 889	10,8	549
Saarland	401	0,7	402
Berlin (West)	4 511	8,3	2 712
Bundesgebiet	54 309	100,0	927

die Wahl der Abbruchmethode Einfluß nimmt, sieht man von dem medikamentös bewirkten Abbruch ab, durch welchen rund zwei Fünftel solcher Schwangerschaften beendet wurden, deren Dauer über zwölf Wochen betrug. Bei allen anderen Methoden belief sich der Anteil der kurzfristigeren Schwangerschaften zwischen 75 und 100%.

Eingriffe bleiben zumeist komplikationslos

Die angezeigten Komplikationen sind nur solche, die im kausalen Zusammenhang mit dem vorgenommenen Schwangerschaftsabbruch stehen und die der abbrechende Arzt selbst vor der Entlassung oder Verlegung beobachtet hat. Spätkomplikationen dürfen daher nicht nachgewiesen sein. Bei mehr als 95% der in der Schwangerschaftsabbruch-Statistik erfaßten 587 Frauen verlief der Eingriff komplikationslos. 34 Komplikationen wurden angezeigt, darunter befinden sich Mehrfachangaben. In Anbetracht der Breite der Komplikationspalette und der geringen Fallzahl bei diesen Geschehnissen, läßt sich eine gesicherte Aussage über Schwerpunkte in der Komplikationsart auch in bezug auf Schwangerschaftsdauer und Abbruchmethode nicht ermöglichen. Unter den Nachweisungen der Komplikationen ist ein Todesfall verzeichnet.

Die in Rheinland-Pfalz durchgeführten legalen Schwangerschaftsabbrüche erfolgten ausschließlich in Krankenhäusern. Fünf Frauen (0,9%) wurden schon am Tage des Eingriffs entlassen, jede zehnte verweilte bis zu drei Tagen. Zwei Drittel der Frauen blieben zwischen vier und sieben, ein Fünftel zwischen acht und 14 Tagen in stationärer Behandlung. Bei knapp 3% bedurfte es eines längeren

Krankenhausaufenthalts. Die Dauer der stationären Behandlung wird weitgehend bestimmt von der Art des Eingriffs. Bei Curettage, Vakuumaspiration und medikamentösem Abbruch betrug die Verweildauer zumeist nicht länger als sieben Tage. Dagegen bedingte die Vornahme einer Hysterotomie oder einer Hysterektomie einen Mindestaufenthalt von 14 Tagen.

Nur 1% der Abbrüche wurde in Rheinland-Pfalz vorgenommen

Nach den Meldungen der Ärzte wurden im Bundesgebiet während des Jahres 1977 insgesamt rund 54 000 Schwangerschaften legal beendet. Bezogen auf 10 000 der im gleichen Jahr Geborenen ergibt sich eine Meßziffer von 927 (mangels des Vorliegens der Länderzahlen über die gebärfähige weibliche Bevölkerung muß auf einen diesbezüglich bezogenen Häufigkeitsvergleich verzichtet werden). Bei der Beurteilung der für die einzelnen Bundesländer, insbesondere für die Stadtstaaten ermittelten Werte, ist wiederum das zu Anfang bezüglich der Problematik von landesspezifischen Bezugswerten Gesagte zu berücksichtigen. Sieben Bundesländer liegen mit ihren Abbruchziffern über dem Bundeswert, die Stadtstaaten Hamburg (3 235) und Berlin (2 712) um das Mehrfache. Noch vergleichsweise hohe Werte errechneten sich für die Länder Hessen (1 644), Bremen (1 500) und Schleswig-Holstein (1 328). Näherungswerte weisen Niedersachsen (1 086) und Baden-Württemberg (931) auf; deutlich den Bundeswert unterschritten haben die Länder Nordrhein-Westfalen (618), Bayern (549), das Saarland (402) und Rheinland-Pfalz (171). Auch mit einem zahlenmäßigen Anteil von rund 1 Prozent nimmt Rheinland-Pfalz mit dem Saarland (401 Abbrüche oder 0,7%) die letzte Stelle ein.

Bei der Gegenüberstellung der beiden großen Gruppen der medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbrüche einerseits und der Schwangerschaftsbeendigung infolge einer sonstigen schweren Notlage andererseits, zeigt sich, daß der Anteil der erstgenannten Fälle nur in den Ländern Bayern, Niedersachsen, dem Saarland und Rheinland-Pfalz überwiegt. In allen anderen Ländern dominiert die nichtqualifizierte Motivation einer schweren Notlage. Mit einer solchen wurden in Berlin 74% der Schwangerschaftsabbrüche begründet.

R. Zirwes

Arbeitnehmerverdienste 1977

Hauptzweck der Verdiensterhebungen ist es, kurzfristig Angaben über die Veränderungen der effektiven Arbeitnehmerverdienste zu gewinnen. Dementsprechend beziehen sich die Ergebnisse dieser regelmäßigen repräsentativen Erhebungen, die vierteljährlich für Industrie und Handel, halbjährlich für das Handwerk und im September jeden Jahres für die Landwirtschaft durchgeführt werden, nur auf die laufend vom Arbeitgeber an die Arbeitnehmer gezahlten Beträge, während einma-

lige Zahlungen wie zusätzliches Urlaubsgeld, Weihnachtsgatifikation, 13. Monatsgehalt usw. im Rahmen dieser Erhebung unberücksichtigt bleiben. Auf die Erfassung der geleisteten Arbeitszeit wird, ausgenommen im Handwerk, seit 1973 verzichtet; erhoben wird nur noch die bezahlte Arbeitszeit.

Sämtliche Verdiensterhebungen, ausgenommen eine individuelle Befragung in der Landwirtschaft, beruhen auf dem sogenannten Lohnsummenverfah-

Wirtschaftszweig	Bruttostundenverdienst				Bruttowocheverdienst			
	1975	1976	1977		1975	1976	1977	
			ins- gesamt	Verän- derung zu 1976			ins- gesamt	Verän- derung zu 1976
	DM		%		DM		%	
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	11,68	12,93	13,89	7,4	499	545	583	7,0
Industrie der Steine und Erden	10,26	10,86	11,43	5,2	457	500	522	4,4
Eisen- und Stahlindustrie	10,07	10,81	11,61	7,4	381	469	477	1,7
NE-Metallindustrie (einschl. NE-Metallgießerei)	10,00	10,78	11,30	4,8	425	486	498	2,5
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	11,45	12,45	13,38	7,5	465	519	555	6,9
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	9,16	9,70	10,60	9,3	413	443	482	8,8
Holzschliff-, zellstoff-, papier- und pappeerzeugende Industrie	9,55	10,84	10,90	0,6	399	499	485	- 2,8
Investitionsgüterindustrien	9,78	10,39	11,18	7,6	395	437	470	7,6
Maschinenbau	10,15	10,81	11,63	7,6	395	455	491	7,9
Straßenfahrzeugbau	10,82	11,39	12,33	8,3	452	473	518	9,5
Elektrotechnische Industrie	8,36	8,77	9,48	8,1	322	356	385	8,1
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	9,24	10,00	10,70	7,0	360	423	421	- 0,5
Feinkeramische Industrie	9,38	10,10	10,68	5,7	393	433	455	5,1
Glasindustrie	10,14	11,33	12,22	7,9	411	490	516	5,3
Holzverarbeitende Industrie	9,12	9,93	10,54	6,1	378	418	458	9,6
Musikinstrumenten-, Sportgeräte-, Spiel- und Schmuckwarenindustrie	7,66	8,15	8,66	6,3	309	339	354	4,4
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	8,04	8,73	9,19	5,3	333	378	390	3,2
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	10,51	11,22	11,99	6,9	435	479	518	8,1
Kunststoffverarbeitende Industrie	8,90	9,85	10,35	5,1	372	424	433	2,1
Schuhindustrie	7,01	7,45	8,00	7,4	282	298	321	7,7
Textilindustrie	7,96	8,50	9,09	6,9	315	354	376	6,2
Bekleidungsindustrie	6,66	7,08	7,55	6,6	263	275	297	8,0
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	8,63	9,44	10,04	6,4	389	427	450	5,4
Brauerei und Mälzerei	10,19	11,35	12,09	6,5	437	489	520	6,3
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	9,95	10,51	11,23	6,9	434	455	488	7,3
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)	9,70	10,42	11,15	7,0	402	443	473	6,8
Männer	10,26	11,02	11,79	7,0	430	475	506	6,5
Frauen	7,21	7,73	8,27	7,0	283	310	330	6,5

ren, bei dem die Betriebe die während des gesamten Berichtsmonats entlohten Angestellten und Arbeiter nach Geschlecht und Leistungsgruppen untergliedern. Mit der seit Herbst 1974 neu konzipierten und erstmalig auf eine Verordnung der Europäischen Gemeinschaften gestützten Erhebung über die Löhne in der Landwirtschaft soll das Niveau und die Entwicklung der Bruttobarverdienste in der Landwirtschaft aufgezeigt werden. Die Befragung erstreckt sich auf Betriebe aller Größenklassen; in der nachfolgenden Darstellung wurden jedoch wegen der Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen früherer Erhebungen in der Landwirtschaft bis zum Jahre 1976 nur die Zahlenangaben von Betrieben mit 50 und mehr ha berücksichtigt. Ab 1977 beinhalten die Daten jedoch wegen der Reduzierung des Berichtskreises die Ergebnisse von männlichen Arbeitern in landwirtschaftlichen Betrieben aller Größenklassen.

Verdienste der Industriearbeiter um 7% gestiegen

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz im Jahre 1977 war gekennzeichnet von einem Abflachen der Zuwachsraten von Produktion und Umsatz, wobei deutliche branchenspezifische Unterschiede beobachtet werden konnten. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen bezifferte sich 1977 die nominale Zuwachsrate des rheinland-pfälzischen Sozialprodukts auf + 5,8% und fiel somit niedriger aus als im Vorjahr (+ 9,1%). Infolge der gegenüber

den früheren Jahren geringeren Preissteigerungen ergibt sich damit eine reale Wachstumsrate in Rheinland-Pfalz von + 2,1% (1976 + 5,7%).

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Industriearbeiter (hier und im folgenden immer einschl. Hoch- und Tiefbau) stieg im Jahrsdurchschnitt 1977 gegenüber dem Vorjahr um 7,0% auf 11,15 DM. Damit blieb die Zuwachsrate geringfügig unter der von 1976, die + 7,4% betragen hatte. Bei den Männern und Frauen ergaben sich im Berichtsjahr jeweils Erhöhungen um 7,0% auf 11,79 DM bzw. 8,27 DM. Im Jahr zuvor hatten die entsprechenden Lohnsteigerungen + 7,4% bzw. + 7,2% ausgemacht. Vergleichsweise sei noch erwähnt, daß im Bundesgebiet im Jahre 1977 der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Industriearbeiter bei den Männern mit 11,89 DM um 7,3% und bei den Frauen mit 8,64 DM um 7,7% höher lag als ein Jahr zuvor.

Seit 1975 wird die Lohnskala der einzelnen Wirtschaftszweige von der Energiewirtschaft und Wasserversorgung angeführt; im Berichtsjahr wurde hier ein durchschnittlicher Bruttostundenverdienst von 13,89 DM ermittelt. Danach folgt die chemische Industrie mit einem Stundenlohn von 13,38 DM. Ein ganz erheblicher Verdienstunterschied besteht zu den Wirtschaftszweigen, die am Ende der Lohnskala anzutreffen sind. So wurde in der Bekleidungsindustrie, die erneut am Ende der Verdienst-

Jahr	Bruttowochenverdienste der Arbeiter					Bruttomonatsverdienste der Angestellten										Öffentlicher Dienst 2)
	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)			Handwerk	Landwirtschaft 1)	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						Handel, Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe				
						kaufmännische Angestellte			technische Angestellte			kaufmännische Angestellte				
	insgesamt	Männer	Frauen	Männer	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
	%															
1967	-	- 0,5	0,8	-	-	3,9	4,3	3,0	2,4	2,5	2,2	3,8	3,4	3,5	-	
1968	7,7	7,5	7,6	6,2	2,3	5,7	6,2	4,8	5,8	5,9	4,7	5,4	5,5	5,6	3,6	
1969	13,8	14,0	10,6	12,1	12,7	10,4	10,4	11,5	12,0	12,2	11,5	8,7	8,7	8,4	6,8	
1970	14,6	15,4	12,7	15,1	10,8	12,5	12,0	13,5	13,3	13,4	14,1	11,0	12,3	10,7	14,2	
1971	7,7	7,3	10,2	10,5	7,5	9,1	8,4	10,0	8,1	7,8	10,6	11,8	11,0	12,7	9,1	
1972 ³⁾	8,1	8,1	8,2	13,2	10,3	9,1	9,3	9,6	7,9	8,1	8,0	10,4	9,1	12,3	6,9	
1973	9,7	9,5	10,0	7,8	7,1	16,0	15,3	14,8	13,2	13,2	11,2	13,8	12,3	13,2	9,4	
1974	9,7	8,1	14,3	7,8	11,1	11,1	9,7	12,6	10,8	10,8	12,1	13,4	11,0	17,1	11,0	
1975	4,7	4,1	7,2	6,7	8,2	7,8	6,8	8,2	6,0	5,9	8,5	7,1	6,6	7,0	6,0	
1976	10,2	10,5	9,5	1,7	13,3	8,2	8,1	8,1	6,9	7,0	6,0	6,2	5,3	6,7	4,9	
1977	6,8	6,5	6,5	5,2	1,5	7,6	7,6	7,6	6,6	6,7	7,7	8,2	7,9	8,3	5,3	

1) Bundesgebiet. Ab 1974 Rheinland-Pfalz. Ab 1977 reduzierter Berichtskreis. - 2) Verg.-Gr. VIb BAT (40 Jahre, ledig, Ortsklasse S); ab 1. 1. 1973 Wegfall der Ortsklasse A. - 3) Ab 1973 neuer Berichtskreis (außer Handwerk und Landwirtschaft).

skala anzutreffen ist, mit einem Stundenlohn von 7,55 DM nur etwas mehr als die Hälfte des Betrages verdient, den die Arbeiter in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung erhielten. Die höchste Steigerung der Bruttostundenverdienste gegenüber 1976 verzeichneten Sägewerke und holzbearbeitende Industrie (+ 9,3%), die niedrigste die Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie (+ 0,6%); für letztere war ein Jahr früher noch mit + 13,5% die höchste Zunahmerate aller Wirtschaftszweige ausgewiesen worden. Dies deutet darauf hin, daß - über einen längeren Zeitraum betrachtet - in den einzelnen Wirtschaftszweigen eine gewisse Annäherung der Lohnzuwachsrate festzustellen ist.

Dennoch lassen sich teilweise über mehrere Jahre hinweg auch deutlich unterschiedliche Entwicklungen erkennen. So verzeichnete von 1970 bis 1977 der Wirtschaftszweig Energiewirtschaft und Wasserversorgung mit + 111% die höchste Lohnsteigerungsrate; für die dort beschäftigten Arbeiter erhöhte sich in diesem Zeitraum der Bruttostundenlohn im Jahresdurchschnitt von 6,60 DM auf 13,89 DM. Die niedrigste Zuwachsrate wurde für die Schuhindustrie ermittelt, wo sich nur ein Anstieg von 4,78 DM um 67% auf 8,00 DM ergab. Ein Vergleich der Veränderung der Wochenverdienste für Industriearbeiter in den einzelnen Wirtschaftszweigen von 1970 bis 1977 zeigt an der Spitze die Energiewirtschaft und Wasserversorgung mit einer Lohnerhöhung um 91%, während in der Eisen- und Stahlindustrie die Steigerung mit + 50% am niedrigsten ausfiel.

In der Aufgliederung der Industriearbeiter nach Leistungsgruppen und Geschlecht erzielten im Berichtsjahr bei den Männern die Facharbeiter (Leistungsgruppe 1) im Oktober 1977 gegenüber Oktober 1976 mit einem Stundenlohn von 12,46 DM die günstigste relative Veränderung ihrer Bezüge (+ 7,1%); ein Jahr zuvor waren es dagegen die ungelernten Kräfte (Leistungsgruppe 3), welche mit + 7,6% den höchsten Anstieg des Stundenlohns zu verzeichnen hatten. Bei den Frauen erreichten erneut die Facharbeiterinnen mit einer Erhöhung des

Bruttostundenlohns um 0,64 DM oder 7,6% auf 9,05 DM den absolut und relativ größten Verdienstzuwachs. Allerdings ist die Zahl der Facharbeiterinnen verhältnismäßig klein, so daß den ermittelten Werten nur eine eingeschränkte Aussagekraft zukommt.

Bezahlte Wochenarbeitszeit blieb mit 42,4 Stunden konstant

Die bezahlten Wochenstunden, welche sich 1976 um 1,1 Stunden auf 42,5 Stunden erhöht hatten, blieben gegenüber dem Vorjahr auf nahezu gleicher Höhe; sie beliefen sich für die Industriearbeiter insgesamt auf 42,4 Stunden. Für Männer, die erfahrungsgemäß etwas länger arbeiten als Frauen, wurden 42,9 Stunden ermittelt, für Frauen 39,9 Stunden. Bei den Handwerkern konnte eine geringfügige Verringerung der bezahlten Wochenarbeitszeit um 0,4 Stunden auf 42,7 Stunden beobachtet werden.

Im Handwerk haben die Maler die höchsten Stundenlöhne

Nach den Ergebnissen der halbjährlichen Verdiensterhebung in neun ausgewählten Zweigen des Handwerks sind die durchschnittlichen effektiven Bruttostundenverdienste der männlichen Arbeiter - weibliche Beschäftigte bleiben bei der Darstellung der Verdienstentwicklung im Handwerk außer Betracht - von 9,78 DM im November 1976 um 5,9% auf 10,36 DM im November 1977 gestiegen. Der durchschnittliche Bruttowochenlohn der Handwerker erhöhte sich infolge der etwas kürzeren bezahlten Wochenarbeitszeit jedoch nur um 22 DM oder 5,2% auf 443 DM. Damit blieben die Verdienste der Handwerker erneut deutlich hinter denen in der Industrie zurück. Beim durchschnittlichen Wochenlohn betrug der Rückstand - 63 DM und beim Stundenlohn - 1,43 DM. Im Jahre 1976 hatten die entsprechenden Werte um 54 DM bzw. 1,20 DM niedriger gelegen. In den einzelnen Handwerkszweigen wurden 1977 die höchsten Stundenlöhne mit 10,93 DM für Maler gezahlt, danach folgten Tischler (10,65 DM) und Fleischer (10,64 DM). Am Ende der Lohnskala befanden sich erneut die Beschäftigten der Herrenschneiderei (7,63 DM).

Chemische Industrie zahlt die höchsten Gehälter

Die Verdienstentwicklung der Angestellten wich 1977 geringfügig von derjenigen der Industriearbeiter ab. In der rheinland-pfälzischen Industrie erhöhten sich die Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten von Oktober 1976 zu Oktober 1977 um 175 DM oder 7,6% auf 2 483 DM. Im Jahr zuvor hatte sich mit + 8,2% ein noch etwas höherer Anstieg ergeben. Mit 1 961 DM erreichte das durchschnittliche Monatsgehalt der Frauen nur etwa zwei Drittel von dem der Männer.

Bei den technischen Angestellten fiel der Verdienstanstieg mit + 6,6% um 1 Prozentpunkt niedriger aus als bei den kaufmännischen Angestellten. Auch im Jahre 1976 hatten sich erstere mit einer geringeren Gehaltserhöhung zufrieden geben müssen. Männliche technische Angestellte verdienten im Berichtsjahr 3 112 DM, Frauen hingegen erreichten mit 2 153 DM nur etwas mehr als zwei Drittel dieses Gehalts. Bei den männlichen technischen Angestellten erzielten diejenigen der Leistungsgruppe V, das sind solche, die einfache schematische oder mechanische Tätigkeiten ausüben, die keine Berufsausbildung erfordern, mit + 12,9% den höchsten relativen Verdienstanstieg. Das durchschnittliche Monatsgehalt lag hier bei 1 946 DM. Bei den Frauen ergab sich in Leistungsgruppe IV mit + 7,8% die stärkste Zunahme; deren Monatsgehalt bezifferte sich auf 1 764 DM. In diese Leistungsgruppe werden diejenigen Angestellten eingeordnet, die ohne eigene Entscheidungsbefugnis mit ein-

fachen Tätigkeiten betraut werden, deren Ausübung eine abgeschlossene Berufsausbildung oder - durch mehrjährige Berufstätigkeit, den erfolgreichen Besuch einer Fachschule oder privates Studium - erworbene Fachkenntnisse voraussetzt. Insgesamt gesehen läßt sich feststellen, daß die Angestelltenverdienste eine erheblich größere Spannweite nach Leistungsgruppen haben als die Arbeiterverdienste. Hierin kommt die erheblich größere Differenziertheit der Angestelltentätigkeiten zum Ausdruck.

Was die einzelnen Wirtschaftszweige anbetrifft, so wurden abermals in der chemischen Industrie die höchsten Gehälter gezahlt, und zwar 3 400 DM für männliche und 2 440 DM für weibliche Angestellte. Danach folgen Straßenfahrzeugbau (3 228 DM bzw. 2 112 DM) sowie Energiewirtschaft und Wasserversorgung (3 074 DM bzw. 2 177 DM). Auch am Ende der Gehaltsskala nach Wirtschaftszweigen gab es keine Veränderungen. Die niedrigsten Verdienste verzeichnete die Schuhindustrie mit 2 294 DM für männliche und 1 428 DM für weibliche Angestellte sowie der Wirtschaftszweig Musikinstrumenten-, Sportgeräte-, Spiel- und Schmuckwarenindustrie (2 270 DM bzw. 1 383 DM).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe stiegen die Monatsgehälter 1977 um 8,2% auf 1 877 DM. Die Verdienste der weiblichen Angestellten erhöhten sich erneut etwas stärker als die ihrer männlichen Kollegen; erstere verdienen im Oktober 1977 durchschnittlich 1 511 DM (+ 8,3%),

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter in Industrie und Handwerk nach Leistungsgruppen und Geschlecht im Oktober 1976 und 1977

Leistungsgruppe	Bruttostundenlohn			Bruttowochenlohn			Bezahlte Wochenarbeitszeit			
							insgesamt		Mehrarbeitszeit	
	1976	1977	Ver- änderung	1976	1977	Ver- änderung	1976	1977	1976	1977
	DM		%	DM		%	Stunden			
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)										
Insgesamt										
1	11,53	12,36	7,2	495	530	7,1	42,9	42,9	3,1	3,0
2	10,00	10,69	6,9	425	451	6,1	42,5	42,2	2,6	2,3
3	8,23	8,76	6,4	344	362	5,2	41,7	41,3	2,1	1,7
Insgesamt	10,42	11,15	7,0	443	473	6,8	42,5	42,4	2,7	2,5
Männer										
1	11,63	12,46	7,1	500	535	7,0	43,0	42,9	3,1	3,1
2	10,58	11,31	6,9	458	486	6,1	43,3	43,0	3,2	2,9
3	9,08	9,64	6,2	394	413	4,8	43,4	42,8	3,4	3,0
Zusammen	11,02	11,79	7,0	475	506	6,5	43,1	42,9	3,2	3,0
Frauen										
1	8,41	9,05	7,6	334	363	8,7	39,8	40,1	0,8	0,6
2	7,94	8,52	7,3	317	339	6,9	39,9	39,8	0,7	0,5
3	7,44	7,93	6,6	299	317	6,0	40,3	40,0	0,8	0,5
Zusammen	7,73	8,27	7,0	310	330	6,5	40,1	39,9	0,8	0,5
Handwerk (November)										
Männer										
Vollgesellen	10,29	10,82	5,2	442	461	4,3	43,0	42,6	1,9	1,7
Junggesellen	7,73	8,34	7,9	327	352	7,6	42,3	42,2	1,4	1,3
Übrige Arbeiter	8,76	9,21	5,1	401	410	2,2	45,7	44,5	5,2	3,8
Insgesamt	9,78	10,36	5,9	421	443	5,2	43,1	42,7	2,1	1,8

Durchschnittliche Bruttononatsverdienste der Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Leistungsgruppen und Geschlecht im Oktober 1976 und 1977

Leistungsgruppe	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe		
	kaufmännische Angestellte			technische Angestellte			kaufmännische Angestellte		
	1976	1977	Ver- änderung	1976	1977	Ver- änderung	1976	1977	Ver- änderung
	DM		%	DM		%	DM		%
Insgesamt									
II	3 399	3 611	6,2	3 491	3 729	6,8	2 741	2 982	8,8
III	2 239	2 409	7,6	2 701	2 870	7,0	1 978	2 135	7,9
IV	1 597	1 704	6,7	2 122	2 254	6,2	1 325	1 412	6,6
V	1 339	1 386	3,5	1 535	1 676	9,2	1 167	1 266	8,5
Insgesamt	2 308	2 483	7,6	2 858	3 048	6,6	1 734	1 877	8,2
Männer									
II	3 449	3 666	6,3	3 493	3 733	6,9	2 840	3 093	8,9
III	2 401	2 590	7,9	2 723	2 894	6,3	2 174	2 317	6,6
IV	1 825	1 942	6,4	2 263	2 403	6,2	1 582	1 662	5,1
V	1 649	1 682	2,0	1 724	1 946	12,9	1 342	1 532	14,2
Zusammen	2 716	2 922	7,6	2 917	3 112	6,7	2 172	2 344	7,9
Frauen									
II	3 018	3 209	6,3	3 281	3 457	5,4	2 314	2 502	8,1
III	2 036	2 181	7,1	2 285	2 432	6,4	1 699	1 869	10,0
IV	1 518	1 625	7,0	1 636	1 764	7,8	1 245	1 336	7,3
V	1 242	1 328	6,9	1 354	1 437	6,1	1 121	1 201	7,1
Zusammen	1 822	1 961	7,6	2 000	2 153	7,7	1 395	1 511	8,3

letztere 2 344 DM (+ 7,9%). Im Jahr zuvor hatten die entsprechenden Steigerungsraten 6,7% bzw. 5,3% betragen. Was die einzelnen Leistungsgruppen anbetrifft, so konnte bei den Männern die günstigste Verdienstentwicklung in Leistungsgruppe V ermittelt werden, wo das durchschnittliche Monatsgehalt um 14,2% auf 1 532 DM anstieg.

Die im öffentlichen Dienst beschäftigten Angestellten erhielten eine Gehaltsaufbesserung von 5,3% (1976 + 4,9%).

Die insgesamt ermittelten durchschnittlichen Bruttononatsverdienste der rheinland-pfälzischen Angestellten in Industrie, im Handel, bei Kredit-

instituten und im Versicherungsgewerbe beliefen sich 1977 auf 2 333 DM, das sind 7,5% mehr als im Jahr zuvor. Die durchschnittlichen Bruttononatsverdienste der männlichen Angestellten in Industrie und Handel nahmen um 7,3% auf 2 761 DM und die der weiblichen Angestellten um 7,7% auf 1 658 DM zu. Vergleichsweise sei noch erwähnt, daß im Bundesgebiet die durchschnittlichen Bruttononatsverdienste der männlichen Angestellten in Industrie und Handel um 6,9% auf 2 820 DM stiegen; bei den Frauen errechnete sich eine Zunahme um 7,6% auf 1 809 DM.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1976	1977				1978			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 657	3 645	3 647	3 646	3 645	3 637	3 635
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 017	1 977	1 897	2 080	2 683	1 071 ^p	1 891 ^p	1 582 ^p	2 707 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,5	6,1	6,9	8,7	3,8 ^p	6,1 ^p	5,3 ^p	8,8 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 879	2 844	2 916	2 626	2 924	2 658 ^p	3 132 ^p	2 666 ^p	3 306 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,4	9,4	8,8	9,4	9,5 ^p	10,1 ^p	8,9 ^p	10,7 ^p
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 726	3 495	3 822	3 590	3 542	4 243 ^p	4 138 ^p	3 403 ^p	3 850 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	11,5	12,3	12,0	11,4	15,2 ^p	13,4 ^p	11,4 ^p	12,5 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	55	45	51	35	42	50 ^p	55 ^p	35 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	19,2	15,8	17,3	13,1	14,4	20,0 ^p	18,0 ^p	12,9 ^p	...
* Überschul der Geborenen bzw.										
Gestorbenen (-)	Anzahl	- 847	- 651	- 906	- 964	- 618	- 1 585 ^p	- 1 006 ^p	- 737 ^p	- 544 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,8	- 2,1	- 2,9	- 3,2	- 2,0	- 5,7 ^p	- 3,3 ^p	- 2,5 ^p	- 1,8 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 392	7 480	7 125	7 065	6 603	5 751	6 824
Ausländer	Anzahl	1 809	1 830	1 888	1 435	1 603	1 523	1 707
Erwerbspersonen	Anzahl	3 899	3 930	4 059	3 983	3 589	3 213	3 882
* Fortgezogene	Anzahl	7 944	7 677	7 310	7 189	6 912	5 902	7 161
Ausländer	Anzahl	2 138	1 924	1 941	1 777	1 884	1 506	1 744
Erwerbspersonen	Anzahl	4 442	4 279	4 295	4 362	3 903	3 419	4 263
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 551	- 197	- 185	- 124	- 309	- 151	- 337
Ausländer	Anzahl	- 329	- 94	- 53	- 342	- 281	17	- 37
Erwerbspersonen	Anzahl	- 542	- 349	- 236	- 379	- 314	- 206	- 381
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 360	10 535	9 805	9 393	9 595	8 153	9 418
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	62 137	58 977	60 505	56 894	51 962	75 676	61 173	55 156	49 436
* Männer	Anzahl	35 728	30 110	31 981	28 898	25 406	44 584	31 800	26 614	23 058
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 287	1 032	644	540	491	4 862	899	561	477
Bauberufe	Anzahl	4 232	3 326	4 116	3 406	2 714	5 829	3 586	2 495	1 967
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	23 541	20 750	21 855	20 362	18 503	27 825	23 135	20 344	18 021
Arbeitslosenquote	%	4,8	4,6	4,6	4,3	4,0	5,9	4,7	4,3	3,8
Offene Stellen	Anzahl	11 328	11 148	11 908	11 806	11 727	11 223	13 113	13 091	12 556
Männer	Anzahl	6 645	6 922	7 428	7 399	7 200	6 726	8 121	8 233	7 777
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	321	451	605	563	409	467	643	459	427
Bauberufe	Anzahl	919	818	954	842	900	638	955	1 122	1 042
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 420	4 294	4 466	4 416	4 534	4 195	4 864	4 933	4 771
Kurzarbeiter	Anzahl	9 871	7 738	11 883	11 311	9 232	13 115	10 144	10 634	8 727
Männer	Anzahl	7 266	5 394	8 625	7 338	6 034	10 293	7 657	8 146	6 135
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	654	672
* Milchkühe	1 000	233	237
* Schweine	1 000	683	699	.	681	.	.	.	715	.
* Mastschweine	1 000	236	233	.	211	.	.	.	220	.
* Zuchtsauen	1 000	75	79	.	77	.	.	.	81	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	49	53	.	50	.	.	.	53	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	17 091	15 055	15 965	14 136	13 926	13 643	15 808	14 770	14 698
* Kälber	Anzahl	714	605	743	851	665	488	661	503	575
* Schweine	Anzahl	90 886	96 209	96 319	94 024	102 242	88 336	101 214	105 653	104 918
* Hausschlachtungen	Anzahl	15 129	14 026	17 695	13 584	10 645	15 044	16 224	14 930	11 009
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	12 515	12 196	12 500	11 868	12 490	11 209	13 038	13 091	13 043
* Kälber	t	4 888	4 370	4 663	4 201	4 190	4 029	4 688	4 409	4 420
* Schweine	t	71	58	70	77	63	50	67	48	58
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	75	72	70	88	53	94	108	83	43
* Geflügelfleisch 8)	t	92	104	100	102	133	92	74	103	113
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	75	74	80	80	87	67	81	82	90
* an Molkereien und Händler geliefert	%	89,8	91,7	91,1	91,7	92,6	91,7	92,6	93,6	94,2
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,4	11,1	11,5	12,1	10,1	11,0	11,5	12,2

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 8) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat.

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1976	1977				1978			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 649	2 706	2 716	2 714	2 712	2 694	2 685	2 691	2 681
* Beschäftigte	1 000	365	364	364	363	362	360	360	360	359
* Arbeiter 2)	1 000	262	262	262	261	260	258	258	258	258
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	39 193	38 997	42 568	38 044	38 540	36 370	39 230	38 371	36 392
Löhne und Gehälter	Mill. DM	792	853	801	784	841	774	833	839	898
* Löhne	Mill. DM	492	528	505	485	531	466	517	508	568
* Gehälter	Mill. DM	300	325	296	299	310	307	316	331	330
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	85	82	86	85	86	76	86	88	81
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	108	107	118	101	81	108	112	99	95
* Stadt- und Kokereigas	Mill. cbm	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	107	106	117	100	80	107	111	98	94
* Heizölverbrauch	1 000 t	204	199	236	206	200	213	216	187	168
* leichtes Heizöl	1 000 t	30	30	34	31	26	38	34	30	24
* schweres Heizöl	1 000 t	174	169	202	175	174	175	182	157	144
* Stromverbrauch	Mill. kWh	911	924	979	924	967	879	953	925	897
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	282	272	295	275	277	272	269	261	239
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 977	4 154	4 569	3 926	4 130	3 802	4 326	4 117	4 044
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 140	1 205	1 295	1 199	1 215	1 115	1 252	1 108	1 202
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamte Industrie	1970 = 100	122	122	123	128	125	116	127	131	123
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	127	126	128	130	127	124	128	130	126
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	125	124	126	129	126	120	125	128	123
* Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	126	123	131	125	127	120	126	128	122
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	100	95	90	102	105	57	84	106	85
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	1970 = 100	129	126	139	129	128	133	135	129	129
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	126	131	127	142	130	122	125	130	126
Maschinenbau (einschl. Büro- maschinen) und Datenverar- beitung	1970 = 100	122	135	125	149	122	127	136	143	133
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	116	116	120	121	115	118	119	122	117
Schuhindustrie	1970 = 100	68	65	75	69	55	72	73	67	65
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1970 = 100	139	132	120	129	135	124	132	142	133
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	95	102	94	113	114	70	124	134	110
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	96	97	96	.	.	.	98	.	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	154	171	138	.	.	.	138	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	233	311	330	288	280	362	353	359	374
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 750	1 723	1 795	1 710	1 689	1 833	1 896	1 760	1 720
* Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	668	657	684	653	678	676	710	701	721
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 298	1 338	1 420	1 328	1 272	1 500	1 521	1 383	1 356
* Gaserzeugung 4)	1 000 cbm	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Gasbezug 4)	Mill. cbm	181	207	229	206	147	279	274	229	200
Gasverbrauch	Mill. cbm	169	195	214	191	139	256	256	216	191
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	68 047	69 864	70 016 ⁷⁾	70 266	70 177	67 168	68 378 ^p	69 210 ^p	69 541 ^p
Facharbeiter	Anzahl	38 763	39 661	40 154 ⁷⁾	40 471	40 330	37 670	38 348 ^p	38 742 ^p	38 931 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 061	15 742	15 416 ⁷⁾	15 401	15 548	14 583	15 107 ^p	15 490 ^p	15 637 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 046	9 232	9 777	9 764	10 027	4 780	9 505 ^p	9 784 ^p	9 530 ^p
Privater Bau	1 000	5 452	5 855	6 260	6 157	6 278	3 275	5 896 ^p	5 941 ^p	6 082 ^p
* Wohnungsbau	1 000	3 607	3 911	4 153	4 188	4 240	1 995	4 056 ^p	4 135 ^p	4 038 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	79	97	81	94	97	60	60 ^p	80 ^p	82 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 766	1 847	2 026	1 875	1 941	1 220	1 782 ^p	1 726 ^p	1 962 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 594	3 377	3 517	3 607	3 749	1 505	3 607 ^p	3 843 ^p	3 448 ^p
Hochbau	1 000	888	776	845	840	872	398	694 ^p	782 ^p	644 ^p
Tiefbau	1 000	2 706	2 601	2 672	2 767	2 877	1 107	2 913 ^p	3 061 ^p	2 804 ^p
Straßenbau	1 000	1 242	1 429	1 423	1 537	1 638	561	1 693 ^p	1 632 ^p	1 465 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	133	137	131	134	145	83	136 ^p	140 ^p	153 ^p
* Löhne	Mill. DM	117	119	114	117	128	64	117 ^p	121 ^p	134 ^p
* Gehälter	Mill. DM	16	18	17	17	17	19	19 ^p	19 ^p	19 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	327	398	333	311	316	192	245 ^p	254 ^p	293 ^p

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerbli. Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenscheite = 1,46 t Braunkohlenscheite = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8.400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1976	1977				1978			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 162	1 176	1 179	1 031	1 236	1 118	1 351	1 354	1 433
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 120	1 132	1 137	985	1 189	1 094	1 284	1 299	1 377
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 135	1 146	1 155	1 030	1 230	1 005	1 335	1 326	1 349
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	225	237	234	212	254	216	288	287	296
* Wohnfläche	1 000 qm	181	182	181	159	191	160	216	208	214
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	201	199	198	166	221	178	206	211	214
* Umbauter Raum	1 000 cbm	682	857	1 064	834	800	842	614	812	565
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	103	133	168	97	95	98	83	109	75
* Nutzfläche	1 000 qm	127	148	160	137	147	151	108	142	106
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 936	1 920	1 972	1 737	1 987	1 611	2 227	2 163	2 177
Öffentliche Tiefbauaufträge										
Insgesamt	Mill. DM	67	85	51	46	63	41	87	117	142
Straßenbauten (einschl. Straßenbrückenbauten)	Mill. DM	49	60	37	31	51	27	53	83	109
Übrige Tiefbauten	Mill. DM	18	25	14	15	12	14	34	34	33
Nach Ausführungszeit										
bis 3 Monate	Mill. DM	15	17	6	10	17	7	12	24	27
3 - 6 Monate	Mill. DM	18	21	14	12	21	8	22	26	29
6 - 12 Monate	Mill. DM	21	31	12	23	18	19	31	37	44
über 1 Jahr	Mill. DM	13	16	19	1	7	7	22	30	42
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 334	1 394	1 586	1 374	1 392	1 277	1 428	1 356	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	54	70	73	65	74	53	71	88	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 280	1 324	1 513	1 308	1 318	1 224	1 358	1 267	...
Rohstoffe	Mill. DM	13	15	19	17	15	14	14	16	...
Halbwaren	Mill. DM	77	76	105	74	86	67	75	71	...
Fertigwaren	Mill. DM	1 190	1 233	1 390	1 217	1 217	1 144	1 268	1 180	...
Vorerzeugnisse	Mill. DM	398	394	465	401	409	366	424	423	...
Enderzeugnisse	Mill. DM	791	839	925	816	807	777	844	757	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	578	621	781	598	626	586	651	617	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	96	101	133	104	106	105	111	114	...
Dänemark	Mill. DM	26	28	38	27	26	27	32	34	...
Frankreich	Mill. DM	193	197	241	182	195	186	197	169	...
Großbritannien	Mill. DM	70	81	107	73	75	76	85	89	...
Irland	Mill. DM	4	4	3	3	4	3	4	4	...
Italien	Mill. DM	95	97	126	102	105	89	106	106	...
Niederlande	Mill. DM	94	112	133	106	115	101	116	102	...
Österreich	Mill. DM	51	61	65	61	61	50	66	57	...
Schweiz	Mill. DM	53	55	58	54	50	54	58	58	...
USA und Kanada	Mill. DM	72	75	73	64	89	73	81	111	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	303	311	320	287	300	279	303	256	...
Ostblockländer	Mill. DM	84	72	73	96	56	64	78	66	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	815	834	911	828	843	758	871	841	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	138	142	172	130	164	124	154	139	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	677	692	739	698	679	634	718	702	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	440	446	517	452	454	450	514	478	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	109	115	136	123	124	110	118	116	...
Dänemark	Mill. DM	6	7	7	6	6	9	9	8	...
Frankreich	Mill. DM	126	124	152	120	111	114	141	130	...
Großbritannien	Mill. DM	20	21	22	17	18	24	27	21	...
Irland	Mill. DM	1	2	2	2	2	2	2	2	...
Italien	Mill. DM	66	75	78	73	81	85	95	86	...
Niederlande	Mill. DM	112	103	120	111	112	106	122	116	...
Österreich	Mill. DM	21	20	22	17	20	20	28	26	...
Schweiz	Mill. DM	14	15	17	14	12	15	18	17	...
USA und Kanada	Mill. DM	73	76	76	67	99	46	50	47	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	180	182	176	190	175	137	158	176	...
Ostblockländer	Mill. DM	21	20	17	11	17	18	22	25	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1976	1977			1978				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	104	105	104	104	104	105	105	106	105
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	171	183	185	179	182	160	200	192	187
Waren verschiedener Art	1970 = 100	192	198	173	183	184	161	204	192	194
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	168	183	182	181	185	161	195	189	187
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	154	163	168	153	161	115	186	171	164
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	172	192	205	182	191	171	211	203	195
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	167	177	155	151	149	137	173	153	160
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	155	180	228	197	195	177	236	221	203
Umsatz in Preisen von 1970 1)	1970 = 100	125	129	131	126	128	111	139	132	129
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	125	130	130	128	130	114	138	133	131
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	110	111	116	105	110	76	122	112	107
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	128	137	148	131	136	118	146	140	134
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	130	136	120	117	115	104	131	116	121
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	115	130	166	142	141	125	167	156	141
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	95	96	94	98	102	89	94	95	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	121	126	118	125	136	120	122	127	...
* Umsatz	1970 = 100	131	138	119	140	163	112	131	142	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	141	152	117	159	192	108	135	159	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	123	128	120	126	141	116	129	129	...
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	291	300	176	271	377	140	202
* Ausländer	1 000	59	62	21	47	73	18	29
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 003	1 121	641	967	1 311	498	759
* Ausländer	1 000	168	172	52	115	172	45	72
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 565	1 609	1 747	1 466	1 818	1 416	1 548	1 693	1 553
* Güterversand	1 000 t	1 273	1 308	1 477	1 340	1 442	1 063	1 311	1 657	1 368
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 239	13 560	19 506	16 515	15 665	13 082	19 960	17 633	15 790
Krafträder und Motorroller	Anzahl	311	352	693	708	668	291	1 132	1 133	959
* Personen- und Kombinationskraft- wagen	Anzahl	10 959	12 197	17 283	14 712	13 877	11 920	17 399	15 178	13 758
* Lastkraftwagen	Anzahl	519	526	726	557	606	480	656	687	583
Zugmaschinen	Anzahl	385	409	710	445	395	320	639	515	405
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	7 718	8 375	7 912	7 656	8 903	8 173	7 716	8 240	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 836	1 948	1 885	1 811	2 275	1 317	1 652	1 924	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 882	6 427	6 027	5 845	6 628	6 856	6 064	6 316	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 615	2 752	2 646	2 633	3 305	1 857	2 349	2 681	...
* Getötete	Anzahl	82	79	76	70	74	56	71	71	...
Pkw - Insassen	Anzahl	39	43	34	44	46	26	42	38	...
Fußgänger	Anzahl	21	17	19	11	18	18	19	8	...
* Verletzte	Anzahl	2 533	2 673	2 570	2 563	3 211	1 801	2 277	2 610	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 499	1 601	1 488	1 684	1 807	1 273	1 389	1 481	...
Fußgänger	Anzahl	286	280	324	232	289	220	271	267	...
Schwerverletzte	Anzahl	811	858	823	821	1 075	539	752	817	...
Pkw - Insassen	Anzahl	427	453	437	480	527	319	380	414	...
Fußgänger	Anzahl	130	127	146	119	130	110	131	109	...

¹⁾ Maßzahlen wurden neu berechnet, gemäß Index-Neuberechnung der Einzelhandelspreise auf Basis 1970.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1976	1977				1978			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	38 399	42 306	39 438	39 655	39 937	42 860	43 476	43 862	44 173
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	37 742	41 587	38 785	38 991	39 241	42 166	42 763	43 138	43 456
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	29 978	33 759	30 935	31 159	31 431	34 283	34 814	35 160	35 406
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 764	7 828	7 850	7 832	7 810	7 883	7 948	7 978	8 050
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 210	8 778	8 390	8 365	8 446	8 954	9 136	9 096	9 018
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 849	8 525	8 012	8 027	8 096	8 720	8 876	8 879	8 816
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	362	253	378	338	350	234	259	217	202
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 095	4 540	4 139	4 195	4 223	4 466	4 551	4 609	4 672
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	3 315	3 938	3 397	3 461	3 500	3 932	4 020	4 087	4 131
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	780	602	741	733	723	534	531	522	542
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	25 436	28 270	26 256	26 431	26 572	28 747	29 076	29 432	29 766
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	18 814	21 296	19 525	19 671	19 835	21 631	21 918	22 193	22 460
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 622	6 974	6 731	6 760	6 737	7 115	7 158	7 239	7 307
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	34 202	37 882	34 552	34 775	35 753	38 329	37 932	38 512	39 375
* Sichteinlagen	Mill. DM	5 180	5 842	5 070	5 232	5 576	6 081	5 775	5 985	6 266
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 699	5 359	4 691	4 791	5 000	5 488	5 387	5 561	5 685
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	481	484	380	440	576	593	388	424	582
* Termingelder	Mill. DM	6 828	8 159	7 178	7 247	7 789	8 376	8 345	8 659	9 150
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 626	6 855	5 860	6 073	6 069	7 065	7 014	7 403	7 505
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 202	1 304	1 318	1 173	1 720	1 311	1 331	1 256	1 646
* Spareinlagen	Mill. DM	22 194	23 881	22 304	22 297	22 388	23 872	23 812	23 867	23 959
bei Sparkassen	Mill. DM	12 913	13 843	12 973	12 964	13 011	13 870	13 841	13 874	13 929
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 086	1 167	1 000	916	926	966	986	1 000	936
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	922	1 033	1 051	927	846	866	1 047	944	844
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	45	37	36	24	31	45	38	35	40
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	50 350	12 677	7 604	5 512	4 442	11 390	6 164	11 876	11 084
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	.	1	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 010	971	961	925	979	770	1 029	830	994
* Wechselsumme	1 000 DM	4 077	4 021	3 535	3 544	3 018	4 106	5 033	3 616	4 371
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	763 352	872 606	895 218	499 626	692 253	941 145	971 743	524 792	789 233
Steuern vom Einkommen	1 000 DM	528 724	636 104	719 227	271 774	465 719	601 516	742 524	299 414	543 592
Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	347 605	390 134	232 581	252 081	419 757	500 870	230 221	251 032	429 962
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	54 855	61 986	-	-	171 583	224 255	-	-	178 629
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	114 430	152 143	325 727	17 546	- 11 323	35 922	370 699	13 732	16 239
Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	7 550	10 144	2 486	5 340	2 493	5 363	3 428	6 600	4 976
Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	59 139	83 683	158 433	- 3 193	54 792	59 361	138 176	28 050	92 415
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	7 542	16 670	-	-	59 135	48 071	-	-	81 018
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	234 628	236 502	175 991	227 852	226 534	339 629	229 219	225 378	245 641
Umsatzsteuer	1 000 DM	163 489	164 183	90 650	159 551	160 492	254 887	144 843	156 849	177 913
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	71 139	72 319	85 341	68 301	66 042	84 742	84 376	68 529	67 728
* Bundessteuern	1 000 DM	97 790	100 213	158 635	83 141	75 772	106 979	118 206	90 894	91 414
Zölle	1 000 DM	7 956	8 976	10 046	8 133	6 947	7 010	8 562	7 082	6 539
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	79 508	87 952	143 787	71 829	67 092	97 814	107 698	81 912	83 146
* Landessteuern	1 000 DM	59 305	65 860	72 489	59 280	84 704	67 711	54 431	60 708	81 689
Vermögensteuer	1 000 DM	12 549	19 582	27 918	8 021	37 050	30 419	4 586	2 746	35 409
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	28 438	30 413	29 922	35 961	29 583	26 085	30 059	36 091	29 257
Biersteuer	1 000 DM	6 555	6 563	5 791	6 356	6 253	5 236	4 790	6 138	6 404
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	393 689	439 899	405 809	.	.	.	431 137	.	.
Grundsteuer A	1 000 DM	8 421	7 377	3 606	.	.	.	5 120	.	.
Grundsteuer B	1 000 DM	60 367	63 714	55 233	.	.	.	55 134	.	.
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	263 511	309 768	280 254	.	.	.	307 011	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	24 291	26 426	29 337	.	.	.	28 615	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	26 999	22 424	27 880	.	.	.	24 976	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1976	1977				1978			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	506 854	562 723	601 399	404 866	438 632	605 723	602 160	423 275	502 021
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	232 014	280 091	320 533	117 014	204 270	263 161	329 168	130 743	240 353
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	161 897	163 192	121 438	157 222	156 313	228 269	154 728	152 135	165 814
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	15 147	19 228	793	47 489	2 277	7 314	58	49 503	4 440
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	395 643	458 416	450 905	310 722	388 130	470 571	495 953	338 601	436 965
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	231 425	279 134	319 938	115 432	203 429	262 644	327 445	129 896	238 030
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	89 766	94 194	57 685	88 521	97 720	132 902	114 019	98 494	112 806
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	15 147	19 228	793	47 489	2 277	7 314	58	49 503	4 440
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	490 662	555 654	517 299	.	.	540 822	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	166 429	197 767	178 966	.	.	199 138	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	194 055	227 756	212 778	.	.	217 558	.	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	140,8	146,3	145,2	145,9	146,5	149,2	149,7	150,1	150,5
* Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	136,8	143,7	142,6	144,0	145,0	145,2	145,5	146,6	146,8
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Gebäude	1970 = 100	143,7	150,7	.	.	150,9	155,5
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	433	465	.	457	.	.	.	486	.
* Männliche Arbeiter	DM	464	497	.	490	.	.	.	521	.
* Facharbeiter	DM	487	526	.	516	.	.	.	549	.
* Angelernte Arbeiter	DM	445	478	.	472	.	.	.	500	.
* Hilfsarbeiter	DM	381	407	.	400	.	.	.	425	.
* Weibliche Arbeiter	DM	303	326	.	321	.	.	.	343	.
* Hilfsarbeiter	DM	292	315	.	313	.	.	.	329	.
Bruttostundenverdienste	DM	10,23	11,01	.	10,88	.	.	.	11,47	.
* Männliche Arbeiter	DM	10,82	11,63	.	11,50	.	.	.	12,11	.
* Facharbeiter	DM	11,42	12,27	.	12,11	.	.	.	12,78	.
* Angelernte Arbeiter	DM	10,40	11,18	.	11,08	.	.	.	11,60	.
* Hilfsarbeiter	DM	8,89	9,56	.	9,46	.	.	.	9,97	.
* Weibliche Arbeiter	DM	7,61	8,18	.	8,10	.	.	.	8,62	.
* Hilfsarbeiter	DM	7,30	7,89	.	7,86	.	.	.	8,26	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	42,2	.	42,0	.	.	.	42,4	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,4	42,7	.	42,6	.	.	.	43,0	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,9	39,8	.	39,6	.	.	.	39,8	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 171	2 333	.	2 302	.	.	.	2 445	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	1 933	2 078	.	2 051	.	.	.	2 181	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 380	2 553	.	2 517	.	.	.	2 667	.
* männlich	DM	1 521	1 640	.	1 619	.	.	.	1 721	.
* weiblich	DM	2 746	2 945	.	2 893	.	.	.	3 068	.
* Technische Angestellte	DM	2 811	3 019	.	2 967	.	.	.	3 141	.
* männlich	DM	1 874	1 999	.	1 943	.	.	.	2 120	.
* weiblich	DM	2 528	2 719	.	2 677	.	.	.	2 846	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 265	2 440	.	2 408	.	.	.	2 564	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 663	2 869	.	2 831	.	.	.	3 007	.
* männlich	DM	1 788	1 929	.	1 902	.	.	.	2 035	.
* weiblich	DM	2 798	2 999	.	2 945	.	.	.	3 123	.
* Technische Angestellte	DM	2 855	3 063	.	3 009	.	.	.	3 187	.
* männlich	DM	1 959	2 107	.	2 049	.	.	.	2 227	.
* weiblich	DM	1 729	1 856	.	1 831	.	.	.	1 952	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 713	1 842	.	1 817	.	.	.	1 936	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 144	2 296	.	2 261	.	.	.	2 404	.
* männlich	DM	1 378	1 485	.	1 468	.	.	.	1 556	.
* weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1976	1977				1978			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 531	61 400 ^p	61 430	61 418	61 406
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 477	29 862 ^p	20 059 ^p	27 799 ^p	29 615 ^p	14 975 ^p	16 278 ^p	27 602 ^p	23 122 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	50 238	48 529 ^p	45 104 ^p	50 788 ^p	46 677 ^p	47 279 ^p	45 565 ^p	51 131 ^p	47 632 ^p
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	61 095	58 744 ^p	55 654 ^p	63 857 ^p	59 668 ^p	63 846 ^p	68 523 ^p	66 070 ^p	56 907 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	-10 857	-10 215 ^p	-10 550 ^p	-13 069 ^p	-12 991 ^p	-16 567 ^p	-22 958 ^p	-14 939 ^p	-9 275 ^p
Arbeitslose	1 000	1 060	1 030	1 214	1 084	1 039	1 213	1 224	1 099	1 000
Männer	1 000	567	518	676	570	523	657	688	585	495
Offene Stellen	1 000	235	231	224	244	246	205	224	247	257
Männer	1 000	139	141	135	147	148	125	134	151	157
Kurzarbeiter	1 000	277	229	281	258	242	251	251	226	298
Männer	1 000	210	180	223	201	182	194	192	172	231
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 589	21 386	.	.	21 754	.	.	.	23 197
Schlachtmenge 4)	1 000 t	326	331	296	348	320	334	298	332	341
Milcherzeugung	1 000 t	1 847	1 877	1 728	2 078	2 108
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	7 616	7 382	7 251	7 261	7 236	7 226	7 217	7 216	7 193
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	778	777	737	819	746	761	719	746	739
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	61 154	67 939	71 697	83 734	74 530	76 638	72 801	81 039	77 607
Auslandsumsatz	Mill. DM	14 409	16 549	17 843	20 701	17 732	18 870	17 967	20 146	18 535
Produktionsindex (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	104	111	112	115	122	109	112	116	121 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	105	113	117	118	123	113	118	119	123 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	103	110	114	115	121	108	113	116	120 ^p
Grundstoff- und Produktions- güterindustrien	1970 = 100	101	112	113	116	119	106	112	116	122 ^p
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	102	109	115	118	123	110	115	114	117 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	103	110	115	117	124	110	115	119	123 ^p
Nahrungs- und Genußmittel- industrien	1970 = 100	113	117	112	111	121	111	114	121	128 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	92	95	76	94	107	74	70	92	108 ^p
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 150	27 804	28 242	30 005	28 470	33 266	30 696	24 700 ^p	22 800 ^p
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 537	3 626	3 680	3 913	3 351	3 890	3 839	3 857	3 798
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 211	1 192	1 078	1 136	1 145	1 102 ^p	1 098 ^p	1 133 ^p	1 159 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	153	149	109	154	145	108 ^p	74 ^p	139 ^p	153 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 021	6 257	3 697	4 940	5 020	5 126 ^p	3 315 ^p	4 082 ^p	4 638 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 018	17 114	13 585	16 819	16 951	14 521	14 739	18 558	19 443
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 015	16 149	12 898	15 998	16 116	13 769	13 889	17 474	18 416
Wohnfläche	1 000 qm	2 913	2 796	2 166	2 755	2 746	2 367	2 445	3 125	3 284
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 241	3 057	2 245	3 127	3 013	2 431	2 623	2 984	3 110
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	31 603	29 232	22 605	29 128	28 966	25 050	25 523	32 324	33 974
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	21 348	22 794	20 983	25 823	21 903	21 313	21 366	24 608	23 925
EG-Länder	Mill. DM	9 767	10 225	9 880	12 188	9 998	9 938	9 920	11 570	10 949
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 683	1 783	1 688	2 130	1 766	1 652	1 885	2 190	2 005
Dänemark	Mill. DM	554	502	482	593	487	429	477	527	512
Frankreich	Mill. DM	2 802	2 804	2 733	3 424	2 620	2 710	2 623	3 278	2 870
Großbritannien	Mill. DM	1 016	1 218	1 088	1 428	1 185	1 296	1 175	1 327	1 472
Irland	Mill. DM	59	65	62	81	67	74	70	88	72
Italien	Mill. DM	1 583	1 561	1 656	1 882	1 561	1 547	1 478	1 615	1 562
Niederlande	Mill. DM	2 070	2 293	2 170	2 651	2 312	2 230	2 212	2 546	2 455
Österreich	Mill. DM	1 041	1 212	1 077	1 266	1 127	989	1 094	1 235	1 302
Schweiz	Mill. DM	950	1 048	1 000	1 138	991	1 049	1 073	1 165	1 304
USA und Kanada	Mill. DM	1 369	1 614	1 295	1 581	1 661	1 592	1 423	1 914	1 798
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 475	3 899	3 323	4 137	3 606	3 655	3 460	4 057	3 937
Ostblockländer	Mill. DM	1 452	1 392	1 339	1 538	1 243	1 414	1 248	1 381	1 521

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, ohne Bauindustrie. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1976	1977				1978			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	18 470	19 592	18 253	21 626	18 962	19 914	18 765	20 420	20 674
EG-Länder	Mill. DM	8 916	9 444	8 748	10 624	9 332	9 362	9 344	10 079	10 356
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 588	1 630	1 531	1 931	1 661	1 497	1 590	1 778	1 791
Dänemark	Mill. DM	274	296	282	300	243	313	310	335	372
Frankreich	Mill. DM	2 153	2 275	2 080	2 777	2 242	2 267	2 317	2 447	2 534
Großbritannien	Mill. DM	712	871	690	928	871	901	862	973	945
Irland	Mill. DM	67	76	60	81	67	70	68	76	77
Italien	Mill. DM	1 575	1 727	1 711	1 786	1 640	1 655	1 739	1 778	1 916
Niederlande	Mill. DM	2 547	2 568	2 393	2 821	2 607	2 659	2 458	2 693	2 721
Österreich	Mill. DM	408	508	458	538	473	488	529	594	587
Schweiz	Mill. DM	564	656	588	668	604	654	700	750	816
USA und Kanada	Mill. DM	1 657	1 614	1 409	1 783	1 560	1 562	1 423	1 450	1 616
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 788	4 002	4 039	4 337	3 881	3 793	3 439	3 835	3 603
Ostblockländer	Mill. DM	915	945	741	969	859	1 060	802	1 012	975
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	159,7	170,7	141,9	173,3	164,5	155,2	150,3 ^p	182,3 ^p	174,4 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	138,0	146,7	123,6	135,1	140,2	127,6	124,7 ^p	144,4 ^p	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	901	992	991	999	1 007	1 080	1 085	1 093	1 101 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	707	770	768	774	780	829	834	842	847 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	193	222	223	225	227	250	251	252	254 ^p
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	707	756	751	753	754	808	815	812	813 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	376	410	413	412	412	435	437	436	437 ^p
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	14 372	15 950	13 039	19 789	12 993	17 846	15 295	22 655	14 030
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	9 291	10 469	7 145	15 413	6 914	10 620	7 723	17 310	6 993
Lohnsteuer	Mill. DM	5 933	6 717	6 143	5 628	6 017	8 461	6 369	5 532	5 826
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 233	2 572	718	6 709	599	1 197	908	7 600	728
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 507	4 872	5 729	4 322	4 935	7 216	7 458	5 292	5 509
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 977	3 047	3 824	2 457	2 849	5 197	5 280	3 154	3 223
Bundessteuern	Mill. DM	3 066	3 272	3 229	3 518	3 217	1 594	3 586	3 352	3 311
Zölle	Mill. DM	271	310	259	348	350	305	284	295	320
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 862	2 734	2 678	2 956	2 676	1 118	2 955	2 871	2 803
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	147,8	152,0	151,8	153,3	154,5	151,2	151,6	151,9	152,3
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	149,0	142,4	148,8	147,9	145,5	143,0 ^p	142,5 ^p	141,3 ^p	137,4 ^p
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ³⁾	1970 = 100	140,8	144,4	143,7	144,1	144,7	145,2	145,2	145,5	145,8
Preisindex für Wohngebäude	1970 = 100	141,9	148,7	145,1	.	.	.	153,3	.	.
Bauleistungen am Gebäude ⁴⁾	1970 = 100	143,7	150,7	146,9	.	.	.	155,5	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	128,3	131,4	128,8	.	.	.	135,3	.	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	140,8	146,3	144,7	145,2	145,9	148,4	149,2	149,7	150,1
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	136,8	143,7	142,1	142,6	144,0	144,3	145,2	145,5	146,6
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	140,9	147,3	144,8	145,7	146,2	151,1	152,4	152,9	153,2
Wohnungsmiete	1970 = 100	140,0	144,7	143,1	143,6	143,8	147,2	147,6	148,1	148,3
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	176,4	178,4	179,6	178,7	177,8	182,3	182,3	183,4	181,8
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	135,5	140,2	139,0	139,4	139,6	143,8	144,8	145,2	145,5
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	150,1	153,6	151,3	151,4	152,8	156,2	156,9	157,7	157,9
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	148,1	154,4	152,2	152,5	153,3	157,6	158,7	159,1	159,5
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	135,8	139,3	138,3	138,6	138,8	141,0	141,5	142,0	142,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1970 = 100	133,6	139,7	137,4	139,0	139,1	141,8	142,3	142,4	142,6

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Bauleistungen am Bauwerk ohne Baunebenleistungen.

**Industrieproduktion in den ersten fünf Monaten 1978
leicht rückläufig**

Die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie nahm von April auf Mai 1978 um 1,9% ab. Gemessen am Ergebnis von Mai 1977 war ein geringfügiger Rückgang um 0,3% zu verzeichnen.

Von Januar bis Mai 1978 ergab sich im Vergleich zu den ersten fünf Monaten 1977 ein Produktionsrückgang von 1,3%. Von den Industriehauptgruppen erzielte lediglich der Nahrungs- und Genußmittelsektor mit + 7,6% einen Zuwachs. Die Verbrauchsgüter- (— 1,5%), Grundstoff- und Produktionsgüter- (— 2,6%) sowie die Investitionsgüterindustrien (— 2,6%) wiesen leichte Einbußen aus. Unter den bedeutendsten Zweigen des Landes erwiesen sich insbesondere die Ernährungsindustrie (+ 12,7%) sowie der Maschinenbau einschließlich Datenverarbeitung (+ 3,4%) expansiv, während elektrotechnische Industrie (— 11,2%), Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (— 3,5%), Steine und Erden (— 2,2%), Chemie (— 1,7%) und Straßenfahrzeugbau (— 0,1%) Minderungen hinnehmen mußten. hel

Größere Rinder- und Schafbestände

Anfang Juni dieses Jahres wurde für Rheinland-Pfalz ein Rinderbestand von annähernd 702 000 Tieren ermittelt. Das sind 0,6% mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres und 4,4% mehr als im Dezember 1977. Die Zahl der Milchkühe reduzierte sich gegenüber Juni 1977 um gut 1% auf nunmehr 238 000, im Vergleich zum Dezember blieb sie annähernd konstant. Bei den rinderhaltenden Betrieben hielt dem langjährigen Trend entsprechend die rückläufige Entwicklung weiter an. Verglichen mit Juni vorigen Jahres ging ihre Zahl um weitere 2 000 auf 34 800 zurück.

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Ausweitung des Schafbestandes setzte sich weiter fort. Seit Juni 1977 vergrößerte er sich um 2,5% auf 109 300 Tiere. Bei den Schafhaltern ließ sich in der gleichen Zeit ein Anstieg um 11% feststellen. da

Themen der letzten Hefte**Heft 1/Januar 1977**

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1976
Volkshochschulen 1975
Strafvollzug 1975/76
Sozialer Wohnungsbau 1973 - 1975
Wohngeld 1973 - 1975

Heft 2/Februar 1977

Allgemeinbildende Schulen 1976/77
Ausländer 1976
Bodennutzung 1950 - 1976
Fleischverbrauch und Fleischpreise 1950 - 1975
Umweltschutzinvestitionen 1975

Heft 3/März 1977

Berufsbildende Schulen 1976/77
Meldepflichtige Krankheiten 1976
Betriebsklassifizierung und Betriebseinkommen in der
Land- und Forstwirtschaft 1974/75
Bauhauptgewerbe 1976
Regionale Einzelhandelsumsätze 1974

Heft 4/April 1977

Rheinland-Pfalz 1947

Heft 5/Mai 1977

Lehrernachwuchs 1977
Altersstruktur der Lehrer 1955 - 1976
Religions- und Ethikunterricht 1976
Verunglückte Kinder und Jugendliche 1976
Beschäftigten- und Entgeltstatistik
Öffentliche Tiefbauaufträge 1976
Arbeitskosten im Handel, bei Banken
und Versicherungen 1974

Heft 6/Juni 1977

Industrie 1976
Erwerbstätigkeit 1976
Tödliche Unfälle 1976
Sozialhilfeempfänger 1965 - 1975

Heft 7/Juli 1977

Kindersterbefälle 1976
Außenhandel mit Nordamerika
Baulandmarkt 1976
Preise und Löhne 1974 - 1976

Heft 8/9 August/September 1977

Bevölkerungsentwicklung 1976
Nachfrage der Schulabgänger 1977 nach Ausbildungsstellen
Studienwünsche der Abiturienten 1977
Ernteaussichten 1977
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1976/77
Hochbautätigkeit 1976
Vermögensmillionäre 1974

Heft 10/Okttober 1977

Mord und Totschlag 1967 - 1976
Personal an Hochschulen 1972 - 1976
Abfallbeseitigung 1975
Sozialer Wohnungsbau 1976
Wohngeld 1976

Heft 11/November 1977

Auswirkungen des Höchstzahlverfahrens d'Hondt bei der
Verteilung der Bundestagssitze auf die Länder
Volkshochschulen 1976
Einzelhandel 1976/77
Arbeitnehmerverdienste 1976

Heft 12/Dezember 1977

Wirtschaftliche Entwicklung 1977
Handwerk 1977

Heft 1/Januar 1978

Allgemeinbildende Schulen 1977/78
Fächerwahl in der Mainzer Studienstufe 1973-1976
Tuberkulose 1976
Jahresverdienste 1974-1976
Personalkosten und Personalnebenkosten im
produzierenden Gewerbe 1975
Steuerliche Belastung der Löhne und Gehälter 1974

Heft 2/Februar 1978

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1977
Ausbildungsberufe der Berufsschüler 1974 - 1976
Ausländer 1977
Umsatz und Umsatzsteuer 1976
Freie Berufe 1974

Heft 3/März 1978

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1977
Berufsbildende Schulen 1977/78
Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1975
Sozialökonomische Betriebstypen in der Landwirtschaft

Heft 4/April 1978

Schuleinzugsbereiche 1977
Einkommen und Einkommensteuer 1974
Investitionen des produzierenden Gewerbes
Infektionskrankheiten 1977

Heft 5/Mai 1978

Bodennutzung 1977
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1977
Bauhauptgewerbe 1977
Ausländische Gäste und Übernachtungen 1972 - 1977
Einkommensteuerpflichtige 1974
List-Programm und Variables Tabellenprogramm-System

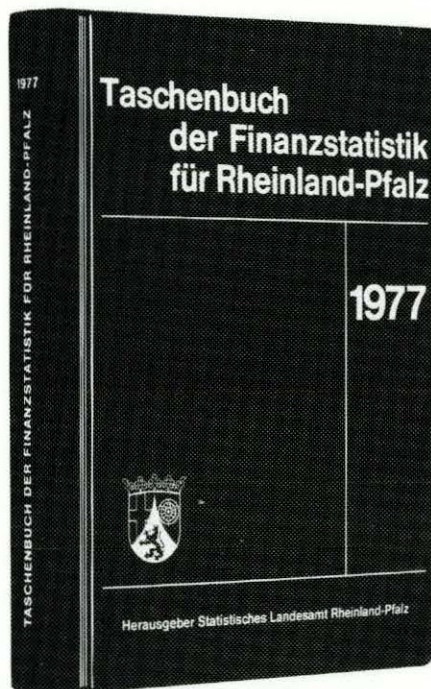
Heft 6/Juni 1978

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978
Auszubildende im Handwerk 1976
Baulandmarkt 1977

Themen der folgenden Hefte

Bevölkerungsentwicklung 1977
Industrie 1977
Außenhandel 1977
Löhne und Gehälter im Handwerk 1977
Hochbautätigkeit 1977
Schulden des Landes und der Gemeinden (Gv.)

In Kürze erscheint das



Aus dem Inhalt:

Staatliche und kommunale Finanzen
Finanzen des Landes
Kommunale Finanzen
Personal des Landes,
der Gemeinden und Gemeindeverbände
Schulden des Landes,
der Gemeinden und Gemeindeverbände
Kommunale Steuereinnahmen
Kommunaler Finanzausgleich

600 Seiten, Oktavformat (17 x 25 cm)
Plastikeinband,

Preis im Abonnement
(jährliche Erscheinungsfolge) 18,-- DM
Bei Einzelbestellung 20,-- DM

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,50, Jahresabonnement DM 25,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.